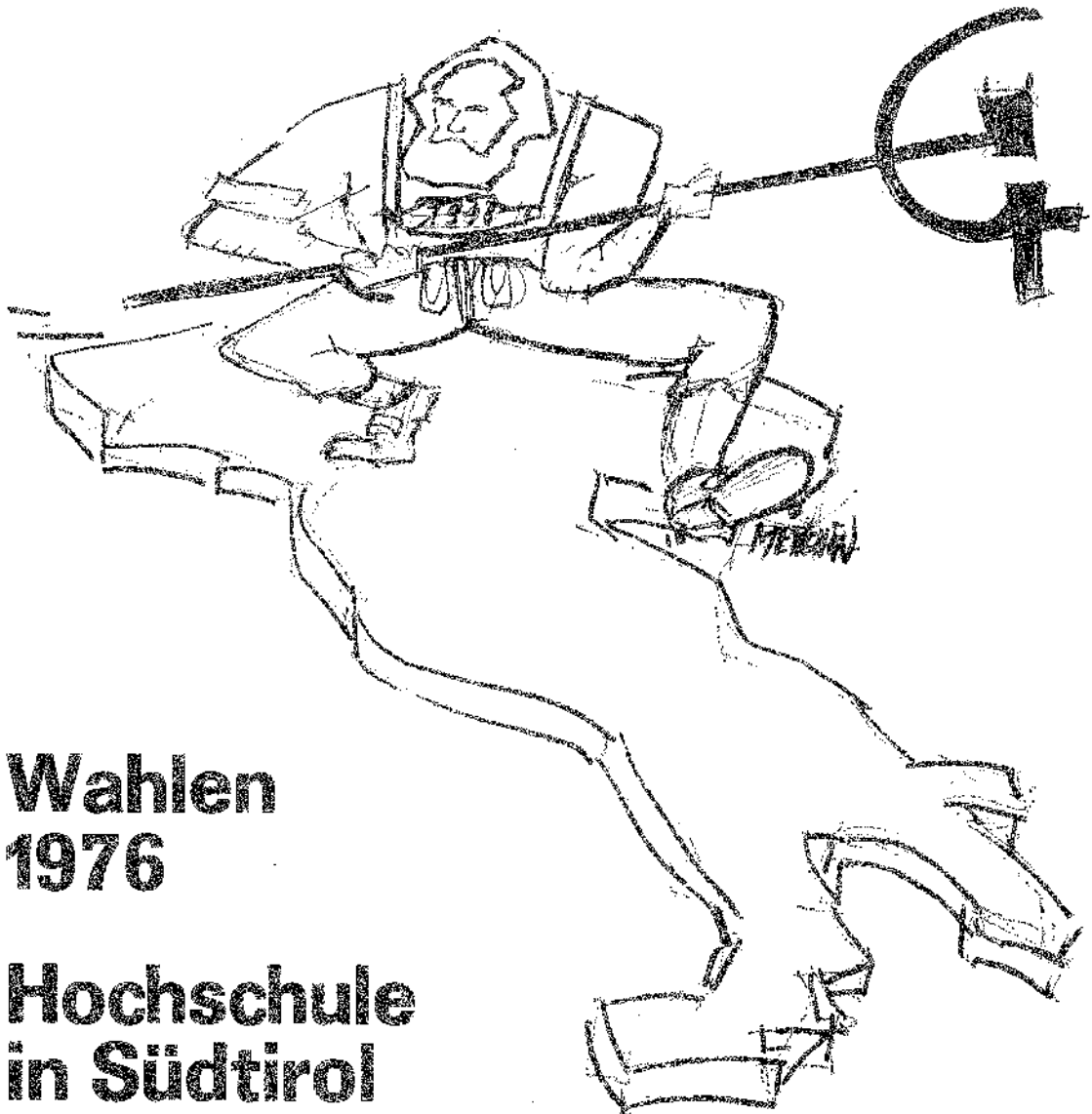


# skolast

der fahrende skolast - zeitschrift der südtiroler hochschüler - juni 1976 - 21. Jahrgang

nummer 2



**Wahlen  
1976**

**Hochschule  
in Südtirol**

## Inhalt

1	Breschnews langer Arm über Südtirol	Gerhard Mumeiter	Werner FRICK 39100 Bozen, Guntischnastraße 17
2	SKOLAST-Gespräche Renato Ballardini (PSI)	Kurt Pardeller	Max HALLER A-1030 Wien, Kegelgasse 19/10
3	Hans Benedikter (SVP)		
6	Gerhard Leimstädtner (SPS)	Hans Mayr	
6	Roland Riz (SVP)	Florian Kronbichler/ Thomas Menghin	Franz HOLZER A-8010 Graz, Mandelstraße 42/E
8	Sergio Segre (KPI)	Hans Mayr	N.C. KASER 39031 Bruneck, Romstraße 4
10	Stellungnahme der Democrazia Proletaria		
11	Die letzten Jahre DC-Regierung	Gerhard Mumeiter	Florian KRONBICHLER 39031 Reischach, Reiperting 23
13	Gesellschaftliche Funktion einer Hoch- schule in Bozen	Max Haller	
20	Stadtstiche	N.C. Kaser	Hans MAYR 39054 Klobenstein, Nr. 183
21	Zur Phänomenologie des metaphysischen Neuproletariers	Franz Holzer	Thomas MENGHIN 39044 Neumarkt, Bahnhofstraße 7
23	Die „Bombe“ auf der letzten SH-Aus- schußsitzung		
24	Diskussionsbeitrag zur Lage der SH	Werner Frick	Gerhard MUMELTER 39100 Bozen, Cavourstraße 17
25	Antwort des Vorsitzenden	Florian Kronbichler	
26	Leserbriefe Promotionen		Kurt PARDELLER 39100 Bozen, Claudia-de-Medici-Straße 1

# Breschnews langer Arm über Südtirol

Antikommunistische Hysterie und nationalistische Parolen — das sind die zwei Elemente, die den Wahlkampf in Südtirol kennzeichnen. Kaum ein Tag, an dem das Meinungsmonopol nicht zu dünner Hitze gegen irgendwelche „Linken“ ansetzt. Kaum ein Tag, an dem sich nicht aus den seichten Gewässern der SVP-Trabantenvereine ein fetter Zeigefinger erhebt, um vor der nahenden kommunistischen Gefahr zu warnen. Es ist klar: derartige Jagdzoo-rien stellen das wirksamste Mittel dar, Südtirol von der gesamtitalienischen Realität abzukoppeln. Ebenso durchschaubar ist das Endziel dieses Verfahrens: gegen die rote Gefahr braucht der biedere Wähler einen Impfstoff, der seinen Bistift zum Dachweck hin rucken läßt. Natürlich muß die Wahrheit im Saumle solcher Kampagnen einige Federn lassen. Doch wir haben es längst erfahren: wo Meinungsmonopol herrscht, sind Widersprüche kein Nachteil, sondern Methode.

„Die Linksoportunisten — so tönte jüngst unser geschätztes Tagblatt — teilen schon vor den Wahlen das Fell des Bären unter sich auf“. Ein Satz, der besser als viele andere den Blick freigibt in die lehmigen Hinterhöfe deutschitalienischer Ideologen. Schließlich — so wird im gleichen Atemzug ständig wiederholt, haben die Südtiroler zu 85% konservativ gewählt und mithin ein Recht darauf, so zu leben, wie es die Mehrheit der Bevölkerung wünscht. So weit, so gut. Wenn also 85% konservativ wählen, bleiben vermutlich 15% übrig (solches wenigstens glaubt Adna Rizzo, dem auch linke Ideologen vorläufig noch ein gewisses Vertrauen entgegenbringen). Und diese 15%, jene also, die gegen den Strom schwimmen gegen die tagtäglich zur Hatz geblasen wird, sind die „Opporunisten“, die das Fell des Bären, das zu 85% in der Hand der SVP ist, — unter sich aufteilen. Fürwahr eine neue Form des edlen Wildwerks, zwar nicht im Walde der Logik gewachsen, aber sicher publikumswirksam.

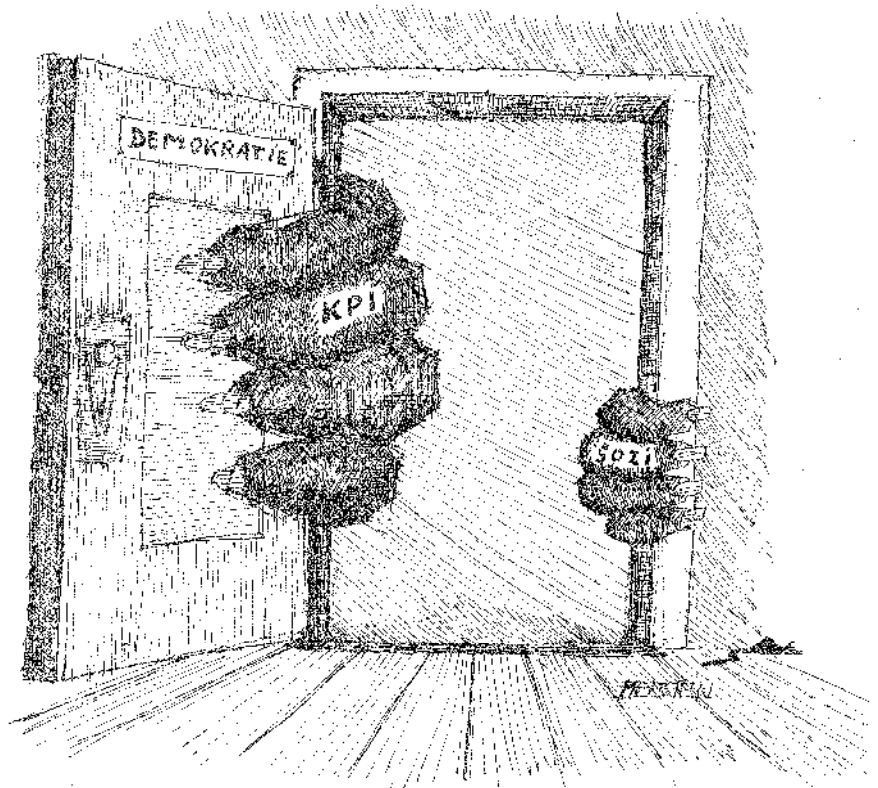
Vor allen Dingen dient diese Garnbarthlogik einem gewissen Ziele: sie läßt beim Durchschnittsleser wohl kaum den Gedanken aufkommen, daß die Bärenjagd in Südtirol genau in die entgegengesetzte Richtung läuft: jene, die nicht Jäger sind, sind die Gejagten und jene Minderheit, die sich nicht anpaßt, wird Tag für Tag verketzert. Jene, die nicht bei der Volkspartei denken lassen, sondern das Risiko einer abweichenden Meinung auf sich genommen haben, soll möglichst bald das Fell über die Ohren gezogen werden.

Dabei ist der Südtiroler Volkspartei der Vormarsch der italienischen Kom-

munisten gewissermaßen wie ein Geschenk des Himmels (Verzeihung: der Hölle) in den Schoß gefallen, zeigte doch das Gebäude der Sammelpartei erhebliche Risse, denen die morschen Stützbalken von Glaube, Deutschtum und Heimat kaum mehr gewachsen waren. Durchaus willkommen also war das Schreckgespenst von Mauer, Stacheldraht und Selbstschußanlagen, von Unterdrückung der Freiheit und was eben sonst noch zum täglichen Handwerkszeug der KPI gehören wird — sobald sie nur erst an der Macht sein wird. Da werden geschickt die Ängste der Eigenheim- und Sparhochhäuser mobilisiert. Da heißt's zusammenrücken, da muß sich der Südtiroler Arbeiter seinem Unternehmer verbunden fühlen, wenn diesem sein Häuschen und jenen seine Fabrik weggenommen wird. Doch das allmähliche Bröckeln der ethnischen Front, bedingt durch das Ausschleeren zahlreicher deutschsprachiger Arbeiter zu den kontroversesten Gewerkschaften hin, erforderte über den Wahlkampf hinaus ein dauerhafteres Mittel. In diesem Licht stellt sich die kürzlich erfolgte Gründung der „Arbeitnehmer in der SVP“ als geschickter Schachzug dar. Diese Bewegung hat ein klares Ziel,

das Abwandern der deutschsprachigen Arbeiter zu den nationalen Gewerkschaften zu verhindern, die Arbeiter ethnisch zu trennen und durch das katholische Modell der Sozialpartnerschaft auf der Seite der SVP zu halten. So war es selbstverständlich für die Volkspartei kein Problem, auch auf die Liste für die Parlamentswahlen einen Kandidaten dieser Gruppe zu setzen. Damit konnte man zweierlei erreichen: einmal den Arbeitern die Illusion zu vermitteln, sie verfügten über einen konkreten Handlungsspielraum innerhalb der Partei und könnten womöglich einen Interessenvertreter ins Parlament entsenden, zum anderen sie davon abzuhalten, daß der Vertrauensmann der Industriellen den Listenplatz Nummer 1 innehat. Der Freiraum der Arbeitnehmer in der SVP wird nämlich nur so groß sein, als es die einheimischen Unternehmer und Wirtschaftskräfte zulassen, denen christliche Sozialpartnerschaft natürlich tausendmal lieber ist als die konkreten Forderungen italienischer Arbeitnehmer.

Überdies haben sich auch bei uns aufgeschlossene Unternehmer und Führungskräfte — ganz nach dem Vorbild zahlreicher italienischer Industrieller — längst mit dem historischen Kompromiß vertraut gemacht. Folgendes Bild bot sich kürzlich in Bozen beim Festival der KP-Zeitung *Unità*: die Südtiroler Unternehmer Max Staffler und Levrimi diskutierten öffentlich mit Vertretern der KPI über die Wirtschaftslage in Italien. Ein Idyll, das der Südtiroler Öffentlichkeit nach Möglichkeit verborgen bleiben sollte.



Wahl-Horror 76

damit das Wählervolk nicht etwa auf die ausgefallene Idee kommen könnte, daß Kommunisten sogar mit sich diskutieren lassen. Da scheint es auch durchaus günstig, Italiens Realität auszuklammern und möglichst wenig darüber zu sprechen, daß KPI und PSI heute sechs der wichtigsten Regionen Italiens, die Mehrheit der Provinzen und zahlreiche Großstädte verwalten, ohne daß die Bewohner dieser Gebiete gezwungen worden wären, ihre Gartenzwerge durch kleine Stalins zu ersetzen.

Damit ein Feindbild recht gedeiht, muß es gehegt und gepflegt und von Zeit zu Zeit kräftig bewässert werden, eine Arbeit, die niemand besser beherrscht als Herr Dregger von der CDU. So stramm und mächtig wird da den Südtirolern ihr politisches Alphabet vorgebetet, daß sich die Gansbärte auf den Hüten aufrichten vor Freude. Und daß Italiens Kommunisten etwas anderes wollen als die DDR, das darf es nicht geben, damit das sauber gebaute Kartenhaus nicht zusammenbricht. Aber nicht nur Angriffe brauchen wir,

auch Bekenntnisse: Dregger am 9. Januar 1976 im Bozner Waltherhaus: „Ich habe Vertrauen zu den führenden Politikern der Democrazia Cristiana“. Das allerdings hatten die Südtiroler auch, dafür sind sie jahrelang an der Nase herumgeführt worden. Aber sicher ist es beruhigend zu wissen, daß es wenigstens in der Bundesrepublik Leute gibt, die der Democrazia Cristiana ähnliches Vertrauen entgegenbringen wie der amerikanische Lockheed-Konzern. Zu fragen ist nach dem Ergebnis dieser ganzen Kampagne. Noch nie war das Bürgertum so in der Defensive, die Untergangsstimmung so verbreitet wie jetzt. Noch nie war der Einsatz, die ethnischen Blöcke um jeden Preis zu trennen, so stark gewesen.

Hier nun wird die Frage aktuell, was Südtirols deutschsprachige Opposition bei diesen Wahlen auszurichten vermag. Welchen Wert haben die Wählerstimmen, die ihr zufließen? Kaum es genügen — so die Grundsatzfrage — eine zweite Sammelpartei zu schaffen,

nämlich jene der Südtiroler Opposition. Ist es möglich, alle Gegner der Südtiroler Volkspartei unter einen Hut zu bringen, unabhängig von ihren Zielen und ihrer politischen Ausrichtung? Langfristige Strategien und klare programmatische Aussagen könnten hier einen Weg weisen. Eines scheint sicher: Südtirols deutschsprachige Opposition hat verloren, wenn es ihr nicht gelingt, auf lange Sicht den Weg zu einer überethnischen Partei vorzubereiten und schließlich deutsche, jadinische und italienische Arbeitnehmer autonom, aber unter einem Dach zu vereinigen. Es wäre für Südtirols deutschsprachige Opposition ein historischer Fehler, den Weg des Antikommunismus und der ethnischen Konfrontation zu beschreiten, nur um Wähler zu gewinnen. Emotionen und Angstgefühle auslösen, ist keine Kunst. Schwieriger ist es, dankenden Wählern eine konkrete Alternative anzubieten. Und Wähler, die das Denken ihrer Partei überlassen, gibt es in Südtirol schon zu viele.

---

## SKOLAST-Gespräche

---

Die geeignetste Form, um Informationen über die politische Situation des Landes zu bieten, schien uns die direkte Befragung der verschiedenen Vertreter der politischen Parteien zu sein. Renato Ballardini, Hans Benedikter, Gerhard Leimstädtner, Roland Biz und Sergio Segre haben sich zur Verfügung gestellt. Leider konnten wir vom Abgeordneten Hans Benedikter nur ein schriftliches Interview bekommen, obwohl es anders verabredet war; zu einigen interessanten Punkten seiner Ausführungen fehlen deshalb die Gegenfragen.

Mit Democrazia Proletaria war es zeitlich unmöglich, ein Interview zu machen. Deshalb haben wir um eine Stellungnahme gebeten.

### Renato Ballardini (PSI)

*SKOLAST: Die Wahlen vom 20. Juni sind von primärer Wichtigkeit für die Zukunft des Landes und viele erwarten sich einschneidende Veränderungen der politischen Landschaft. Welche ist die Position der Sozialistischen Partei Italiens?*

**BALLARDINI:** Der PSI schlägt seit einiger Zeit eine Notstandsregierung vor. Das heißt, daß die schwere politische, wirtschaftliche und moralische Krise Italiens nur durch die gemeinsame Kraftanstrengung aller demokratischen Kräfte des Landes überwunden werden kann und daß ein Prozeß der Erneuerung der Wirtschaftspolitik, der politischen Strukturen von allen demokratischen Kräften angegangen wer-

den muß. Dies beinhaltet natürlich, daß auch die KPI an der Regierung beteiligt werden muß. Eine solche Notstandsregierung kann nicht nur eine Übergangsregierung sein, sondern muß aufgrund der schweren Krise zumindest für die Dauer einer Legislaturperiode angestrebt werden. Eine Lösung in diesem Sinne wird umso leichter zu erreichen sein, wenn sich bei den Wahlen eine deutliche Linkerschiebung ergibt und insbesondere die Sozialistische Partei gestärkt wird, die als erste die Notwendigkeit einer Koalition aller „gesunden“ Kräfte des Landes erkannt hat. Dies scheint uns die einzige Möglichkeit einer Alternative, die nicht als sozialistische Alternative verstanden werden soll, sondern

wir fordern vor allem eine tiefgreifende Veränderung in der politischen und moralischen Führung des Landes.

*SKOLAST: Sie sprechen von einer Veränderung des politischen Verhaltens. Aber bis vor kurzem haben die Sozialisten gemeinsam mit der DC regiert und sind auch mitverantwortlich für die politischen Mißstände. Zudem haben die Sozialisten die Mitte-Links-Koalition mitgetragen. Welche sind die Ansichten auf eine wirkliche, tiefgreifende Erneuerung auch diesen Wahlen?*

**BALLARDINI:** Ich bin der Meinung, daß die Sozialisten zu lange dem „Centro-sinistra“ die Stange gehalten haben. Aber es gibt auch einige Entschuldigungen dafür. Die Mitte-Links-Koalition war Anfang der sechziger Jahre entstanden als Versuch, die Verhältnisse zu ändern, was zum Großteil nicht gelungen ist. Seit 1969 wurde



es für die Sozialisten immer klarer, daß es notwendig wurde, sich von der Politik der DC zu distanzieren. Und eben 1969 beginnt für den PSI der Prozeß der Wiedererlangung der Autonomie innerhalb der Mitte-Links-Koalition. Diese Loslösung ist sicher zu langsam vor sich gegangen; der Grund für diese Verspätung liegt vielleicht darin, daß nach die Wende der KPI im demokratischen und antistalinistischen Sinne mit Verspätung eingetreten ist. Es ist auch zu bedenken, daß wir uns seit 1969 mit einer gänzlich neuen politischen Realität auseinandersetzen haben: die Nachkriegsgeneration ist herangewachsen und ist zum Träger der Forderung nach Erneuerung und Veränderung geworden und dies ist die Voraussetzung für das Ende des alten Regimes.

*SKOLAST: Der PSI trägt nicht nur Verantwortung für die Regierungsbestätigung auf nationaler, sondern auch auf lokaler Ebene. Erst vor kurzem sind die Sozialisten aus der Südtiroler Landesregierung ausgetreten; welche Politik wollen die Sozialisten — nach den bisherigen Erfahrungen — in Zukunft hier in Südtirol verfolgen?*

*BALLARDINI: In unserer Region ist zu unterscheiden: In der Provinz Trient haben die Sozialisten bereits 1972 mit der DC gebrochen, alle ihre Vertreter aus dem „softgoverno“ zurückgezogen, und damit zum ersten Mal in ganz Italien eine Alternative gefordert. Diese Entwicklung ist in der Provinz Bozen später eingetreten, vor allem aufgrund der spezifischen Situation in Südtirol. Anfang der sechziger Jahre, als in Südtirol die Bomben hochgingen und alle italienischen Parteien und die Presseorgane die SVP beschuldigten, für diese verbrocherische und kriminelle Politik verantwortlich zu sein, haben die Sozialisten als einzige die Notwendigkeit der Zusammenarbeit mit der SVP erkannt, weil diese — zu jenem Zeitpunkt — die einzige wirkliche Vertreterin der natürlichen*

Rechte der deutschsprachigen Südtiroler Bevölkerung war. Im Rahmen der Pakt-Politik hat es der PSI für notwendig erachtet, während der Aushandlung und bis zur Verwirklichung des neuen Autonomiestatuts die Koalition und Solidarität mit der Volkspartei aufrechtzuerhalten. Seit einigen Jahren existiert aber das neue Autonomiestatut und es ist auch zum Großteil verwirklicht worden. Nun treten aber die ideologischen Unterschiede, die Klassenunterschiede, zwischen der Sozialistischen Partei und der Führungsschicht der Volkspartei klar zutage. Aufgrund einiger bekannter Vorfälle in der letzten Zeit hat der PSI entschieden, der Volkspartei und der DC jede Unterstützung zu entziehen. Und dies wird die Politik der Sozialistischen Partei auch in den nächsten Jahren sein. Selbstverständlich handelt es sich hierbei um eine Politik, die auf die Zerschlagung der Geschlossenheit der deutschen Volksgruppe unter der Hegemonie der Führungsschicht der Volkspartei abzielt, um auch in die Südtiroler Arbeiterschaft jene ideologischen Momente der sozialen Dialektik und des Klassenkampfes hineinzutragen, die genauso natürliche Rechte sind wie die Verteidigung des Volkstums und der Sprache.

*SKOLAST: In der Landeszeitung Bozen spricht man von einer „neuen Linie“ des PSI. Worin besteht sie?*

*BALLARDINI: Diese neue Linie besteht darin, daß wir versuchen, die Klassensolidarität, über die ethnischen Schranken hinweg, zu realisieren. Wir glauben, daß — nach Verwirklichung der primären natürlichen Rechte — es automatisch zu einer objektiven Solidarität kommt, je nachdem, ob jemand zur besitzenden Klasse gehört oder zur Arbeiterklasse, d.h. je nachdem, ob jemand von der Ausbeutung des Kapitals und der Arbeit anderer lebt, oder von der eigenen Arbeit. Dieser Grundsatz gilt für die ganze Welt und selbstverständlich auch für die Provinz Bozen. Nachdem die Sozialistische Partei seit ihrer Gründung eine internationalistische Partei ist, glauben wir nicht, daß die Verschiedenheit der Muttersprache ein Hindernis darstellen kann, die Solidarisierung zwischen den Ar-*

beitern deutscher und italienischer Muttersprache zu erreichen. Dies sollte dazu beitragen, den herrschenden Konservativen eine Niederlage beizubringen.

*SKOLAST: Die Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Parteien sozialistischer Ausrichtung, aber verschiedener Sprache, hat bisher nicht funktioniert, im Gegenteil, sie ist nicht einmal angestrebt worden. Glauben Sie nicht, daß diese Politik der Zusammenarbeit für den PSI in Südtirol in Zukunft sehr wichtig sein wird?*

*BALLARDINI: Ganz sicher. Nachdem die Reform des Autonomiestatuts und die Verwirklichung des Pakts die grundsätzlichen Probleme der deutschsprachigen Südtiroler Bevölkerung in zufriedenstellender Weise gelöst haben, glaube ich, daß diese Tatsache das Entstehen von neuen politischen Gruppierungen, die sich deutlich von der Volkspartei unterscheiden und an sozialistische Prinzipien anlehnen, fördern wird. Selbstverständlich ist es unsere Absicht, so eng wie möglich mit diesen Gruppierungen zusammenzuarbeiten.*

*SKOLAST: Neben der angestrebten Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen sozialistischen Gruppierungen darf man einen anderen wichtigen Faktor vergessen: die internationalen Verbindungen; die entscheidend sind nicht nur für die Politik, sondern vor allem für die lokale Kultur...*

*BALLARDINI: Aus meiner vierjährigen Erfahrung im Europäischen Parlament ziehe ich den Schluß, daß für die Lösung der Probleme Europas eine enge Zusammenarbeit zwischen den sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien unbedingt notwendig ist. Diese Notwendigkeit besteht umso mehr, um die Probleme Südtirols zu lösen, und deshalb wird sich die Direction der Sozialistischen Partei schnellstens bemühen müssen, enge und freundschaftliche Kontakte herzustellen mit den österreichischen Sozialisten und der Bayrischen Sozialdemokratie, mit jenen Parteien also, die den Problemen der Südtiroler Arbeiter am nächsten stehen.*

## Hans Benedikter (SVP)

*SKOLAST: Die Wahl am 26. Juni gilt als die wichtigste der Nachkriegszeit. Die Linke hat die konkrete Chance, ans Ruder zu kommen. Die SVP ist über diese Aussichten bestimmt nicht erfreut, man wird aber mit einer solchen Regierung leben müssen... Wie sehen Sie die Möglichkeiten der Zusammenarbeit nach einem eventuellen Wahlsieg der Linken?*

*BENEDIKTER: Wir Südtiroler werden die Entwicklung auf Staatsebene zur Kenntnis nehmen müssen. Wir hoffen aber, daß es den demokratischen Kräften in Italien bei den Wahlen am 20. Juni noch einmal gelingt, die Mehrheit zu erhalten und eine Regierung zu bilden. Ich persönlich hoffe, daß diese vielleicht letzte Chance nicht leichtfertig verspielt wird. Damit sollen die bi-*

historischen „Sünden“, Fehler und Versäumnisse der DC und des PSI keineswegs beschönigt werden. Die SVP wird — unabhängig von der Zusammensetzung der neuen Regierung nach den Wahlen — weiterhin bestrebt sein, die Rechte Südtirols in Rom zu wahren, zu festigen und zu verteidigen. Sicher ist, daß wir einer Volksfrontregierung oder einer Regierung, in der die KPI direkt vertreten ist, nicht das Vertrauen aussprechen könnten. Wir sind für klare Fronten.

**SKOLAST:** *Dreißig Jahre lang hat die SVP mit der DC zusammengearbeitet, sowohl auf lokaler als auch auf nationaler Ebene, obwohl gerade diese Partei wegen ihrer bekannt minderheitenfeindlichen und zentralistisch ausgeprägten Politik einmal die Verantwortung dafür trägt, daß wir Südtiroler nach 30 Jahren immer noch auf die Erfüllung des DeGasperi-Gruber-Abkommens und die Erfüllung der Verfassungsbestimmungen warten, und zum anderen gerade diese Partei verantwortlich ist für die derzeitige schwere Krise Italiens. Wäre es nicht an der Zeit, sich nach anderen Bündnispartnern auch auf lokaler Ebene umzusehen?*

**BENEDIKT:** Die Zusammenarbeit mit der DC und — dies dürfen wir wohl nicht vergessen — auch mit anderen Mitte-Links-Parteien wie den Sozialisten und Sozialdemokraten war von der Notwendigkeit bestimmt, für Südtirol, für unsere Bevölkerung, das Beste aus der jeweiligen Situation herauszuholen. Ich glaube, auch unsere politischen Gegner können nicht bestreiten, daß uns dies gelungen ist. Die Gesamtbilanz der SVP ist positiv. Die DC unter DeGasperi, Scelba, Fanfani, Pella und anderen, hatte für Südtirol kein Verständnis. Dies ist eine Tatsache, an der es nichts zu rütteln gibt. Seit der Phase der Paket-Verhandlungen vor rund zehn Jahren hat sich diesbezüglich aber einiges geändert. Auch die DC hat seitdem erkannt, daß wir nur das fordern, was uns rechtmäßig zusteht, worauf wir als volkliche Minderheit Anspruch haben. Auf lokaler Ebene, d.h. auf der Ebene der Landesregierung, hat die SVP in den letzten Jahren und Jahrzehnten immer mit der DC und dem PSI zusammengearbeitet. Diese Zusammenarbeit war oft recht schwierig. Ich sehe jedoch keinen Grund, deswegen nach anderen Bündnispartnern zu suchen. Wenn Sie damit die KPI gemeint haben sollten, dann ist die Antwort klar: eine Zusammenarbeit mit ihr kommt für uns nicht in Frage.

**SKOLAST:** *In Ihrer Rede an der Universität Innsbruck haben Sie erklärt, „wenn die KPI nur an ihrer Autonomiegrundlichkeit zu messen wäre... wäre eine Zusammenarbeit ohne weiteres möglich“, Ihnen sind also die ideologisch bürgerlichen Interessen, die Sie mit der DC gemeinsam haben,*

*wichtiger als die nationalen Interessen der Minderheit, da sich bisher nur die Linke halbwegs konsequent für die Minderheiten in Italien eingesetzt hat.*

**BENEDIKT:** Ich habe den Beitrag der Linksparteien für die autonome Entwicklung in Italien und Absicherung unserer autonomen Rechte in Südtirol nie unterschätzt. Er läßt sich historisch-sachlich belegen. Man sollte deshalb aber nicht Gefahr laufen, die Wahrheit einseitig zurechtzubiegen. Auch die DC hat in den letzten Jahren einen maßgeblichen Beitrag dazu geleistet. Die Verhandlungen über das Paket und über dessen Durchführung wurden doch vorrangig mit der DC geführt. Dem gegenwärtig amtierenden Ministerpräsidenten Giulio Moro kann niemand absprechen, daß er



ein überzeugter Autonomist ist. Er gilt in Rom als Vater des Südtirol-Pakets. Ich würde deshalb warnen, eine große Partei wie es die DC noch immer ist, aus einer einseitigen und deshalb sicherlich verzerrten Perspektive zu sehen. Zu meiner Erklärung in Innsbruck: Ich habe die KPI analysiert und dabei eine Reihe von Widersprüchen aufgezeigt. Meiner Meinung nach wird von den italienischen Kommunisten eine ungeheuer geschickte und wirksame Doppelstrategie praktiziert, der leider sehr viele erliegen. Die KPI gibt sich heute gerne als Ordnungsfaktor — aber bis vor wenigen Jahren hat man mitgeholfen, die soziale Unruhe zu schüren und die öffentliche Ordnung durch eine systematische Hetze gegen Heer und Polizei zu verunsichern. Die KPI sagt heute zwar ja zur NATO und ja zu Europa, doch früher hat man sowohl die EG-Verträge und die NATO entschieden abgelehnt und bekämpft. Die KPI präsentiert sich den Wählern heute als Garant für eine Wiedergewinnung der angeschlagenen Wirtschaft, doch bisher hat man durch zum Teil ausschließlich politisch

orientierte Stricks, die mit der Vertretung der Interessen der Arbeitnehmer absolut nichts zu tun hatten, nicht wenig zum Ruin derselben beigetragen. Sie bekennet sich nach außen zwar zur parlamentarischen Demokratie und zum Pluralismus, praktiziert jedoch nach innen, in ihren Parteigremien, einen sogenannten „demokratischen Zentralismus“, welcher der freien Meinung und der Kritik wenig Spielraum läßt. Die Beschlüsse werden einstimmig gefaßt. Und sie lehnt schließlich zwar das sowjetische Modell für Italien ab, aber sie versäumt es, dieses Modell insgesamt als Verneinung und Verhöhnung mit jener Ideologie zu brandmarken, zu denen sie sich angeblich bekennet. Nein, ich glaube, hier wird oft A gesagt und B gemeint. Ich bin überzeugt, daß es sich dabei um eine raffinierte Taktik handelt, um eine geschickt aufgelegte Doppelstrategie zur Täuschung und Gewinnung all jener Kreise, vor allem des wahlentscheidenden Mittelstandes, den man braucht, um an die Regierung, um an die Macht zu kommen.

**SKOLAST:** *Ebenfalls haben Sie anlässlich dieses Vortrages die Zusammenarbeit mit der Mitte-Rechts-Regierung Andreotti lobend hervorgehoben und sich über die politischen Stricks gegen diese Regierung beklagt. Es scheint Ihnen aber entgangen zu sein, daß Andreotti bei einer Reihe von Abstimmungen von den Neofaschisten gestützt worden ist, weil ihm der linke Flügel der DC die Gefolgschaft verweigert hat. Die SVP scheint auf dem rechten Auge blind zu sein, schreit aber zeter und mordia, wenn es um die Linke geht...*

**BENEDIKT:** Die Zentrumsregierung unter Andreotti hat mit einer knappen Mehrheit und unter schwierigsten Bedingungen Italien ein volles Jahr alles in allem relativ noch gut regiert. Im Verhältnis zu den darauffolgenden Mitte-Links-Regierungen war sie sicherlich ein Muster an Wirksamkeit, Stabilität (soweit dieser Begriff in Italien überhaupt noch gebraucht werden kann) und auch an sozialer Aufgeschlossenheit. Andreotti, der uns Südtirolern viel Verständnis und Respekt bewiesen hat, hat sich gegenüber dem MSI scharf abgegrenzt und nie die Unterstützung der Neofaschisten gesucht. Für die „Heckschützen“ der DC, die bei Geheimabstimmungen und nur bei dieser Gelegenheit, den „Mut“ hatten, gegen die eigene Regierung zu stimmen, habe ich weder Sympathie noch Verständnis.

Die SVP sieht auf beiden Augen gut. Wir haben den Faschismus und den Nationalsozialismus am eigenen Leibe verspürt; unsere Volksgruppe hat darunter mehr zu leiden gehabt als viele heute in Erinnerung haben. Die SVP lehnt diese totalitäre Ideologie ebenso konsequent und glaubwürdig ab wie den marxistisch-leninistischen Kommunismus.

nismus und den wissenschaftlichen Marxismus in all seinen Spielarten.

**SKOLAST:** In der Zeitung der Jungen Generation, Profil, wird in letzter Zeit sehr viel Raum dem Gewerkschaftsproblem, Arbeiterschaft... gewidmet, obwohl Sie als Chef der Jugendorganisation noch auf dem letzten Landeskongress der SVP-Jugend mit keinem Wort darauf eingegangen sind. Diese plötzliche Entdeckung der Arbeitnehmerprobleme wirkt etwas forciert, plötzlich ist die soziale Partnerschaft „in“... Glauben Sie, daß diese Dämme stark genug sein werden, um das von der SVP befürchtete Abwandern der Südtiroler Arbeiterschaft zu den italienischen Gewerkschaften und Parteien zu verhindern?

**BENEDEKTER:** Ich habe auf den Landesversammlungen der letzten Jahre sehr oft und ausführlich zur sozialen Problematik in Südtirol Stellung genommen und dabei immer sehr klare Worte zugunsten der sozial schwächeren Schichten gesprochen. Ich gehöre deshalb sicherlich nicht zu jenen, die dieses Thema kurzfristig, sozusagen vor Torschluß, entdecken. Diesmal habe ich dieses zentrale Thema nur kurz gestreift, da ich wußte, daß unsere rührige Arbeitnehmer-Bewegung in der SVP darauf ausführlich eingehen wird. Die Junge Generation, deren Vorsitzender ich bin, hat der sozialen Frage stets viel Aufmerksamkeit und Gewicht beigemessen. Die Glaubwürdigkeit unserer Politik, die Glaubwürdigkeit unserer Partei als Sammelpartei, wird an dieser Front entschieden. Ich hoffe deshalb sehr, daß die Dämme, die wir aufzurichten versuchen, stark genug sind, einem Abspaltungs- und Zersetzungsprozeß vorzubeugen, der für unsere Volksgruppe tödlich wäre.

**SKOLAST:** Scheint es Ihnen nicht unmöglich zu sein, daß sich die Interessensgegensätze innerhalb der SVP auf die Dauer ausgleichen lassen, gerade dann, wenn der ethnische Bestand der Volksgruppe gesichert sein wird?

**BENEDEKTER:** Warum sollte dies unmöglich sein? So wir den Begriff der Sozialen Partnerschaft gegen den Klassenkampf setzen, so sehr muß und wird es innerhalb der SVP als Sammelpartei möglich sein, eventuelle Gegensätze auszugleichen und auf der Basis der gegenseitigen Toleranz und Achtung beizulegen. Daß in unserer Partei intern oft hart diskutiert wird, beweist ja, daß wir eine echte Sammelpartei zu sein versuchen. Es ist ein erfreuliches Zeichen, daß eine dynamische, nach außen geschlossene und einig Partei nach innen jene Dialektik praktiziert, ohne welche die Vielfalt der Meinungen und das Recht auf Kritik ja nicht gewährleistet werden könnten.

**SKOLAST:** Die Junge Generation wehrt sich dagegen, von ihren Geg-

nern als konservativ eingestuft zu werden. Andererseits warten wir aber darauf, daß die JG innerhalb der Partei eine kritischere Haltung einnimmt, z.B. wenn ein Mann wie Alfred Drögger, der selbst dem CDU-Vorsitzenden Kohl zu weit rechts steht, in Bozen seine antikomunistischen Tiraden vom Stapel läßt. Wäre ein Protest der JG nicht angebracht gewesen?

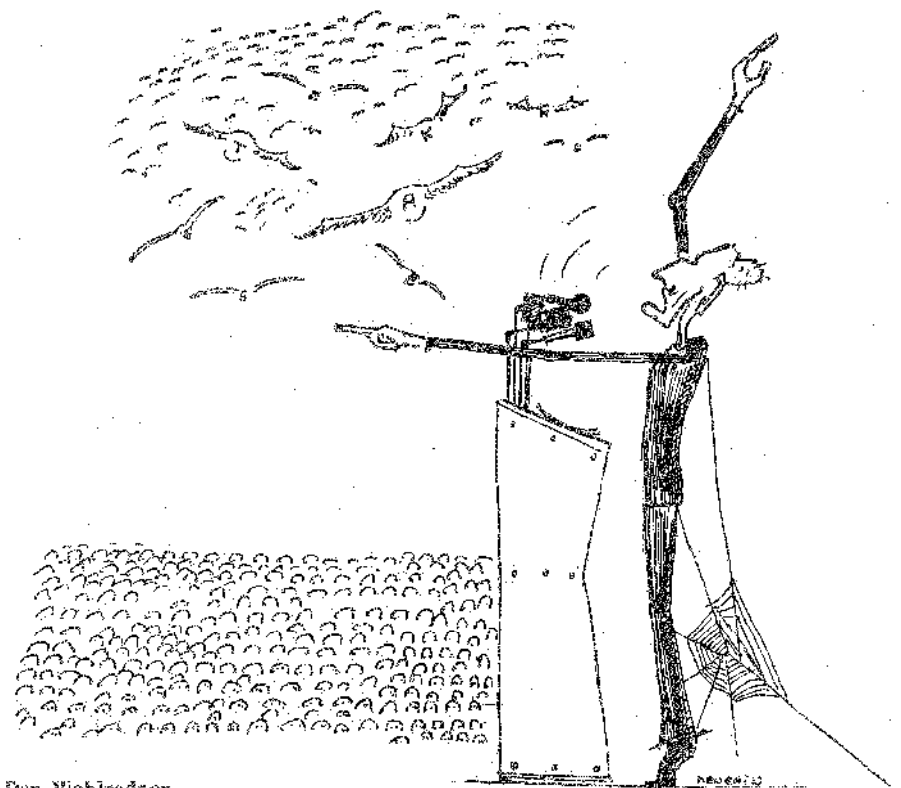
**BENEDEKTER:** Wir haben in der Jungen Generation immer die Mitarbeit auch der kritischen jungen Kräfte gesucht. Innerhalb von zwei Jahren ist es uns etwa gelungen, doppelt so viele Hoch- und Oberschüler als wir früher in unseren Reihen hatten, erfolgreich anzusprechen und von der Nützlichkeit der Mitarbeit in unseren Reihen für gemeinsame Zielsetzungen der Südtiroler Jugend zu überzeugen. Die Junge Generation steht zur SVP und zu ihrem Programm. Sie ist ja Teil dieser Partei, zu der wir uns bekennen. Wir sind aber deshalb bestimmt kein Abziehbild der Partei, noch ein Alibi für deren Jugendfreundlichkeit. Wir haben vom Recht der Kritik oft Gebrauch gemacht. Viele Ideen und Anregungen der JG sind erfolgreich vertreten und durchgesetzt worden.

Das Beispiel Drögger scheint mir falsch gewählt zu sein. Warum sollten wir dagegen protestieren, daß ein führender Politiker der CDU, der immerhin soviel Anklang findet, daß sich im

„roten“ Bundesland Hessen die Mehrheit der Jungwähler für die CDU entschied, nach Bozen kommen sollte. Unabhängig davon sollte man niemand das Gastrecht absprechen, dies ist alter Tiroler Brauch. Auch dies gehört zum Demokratieverständnis.

**SKOLAST:** Magnago erklärte im Landtag, daß die Oppositionsparteien für Südtirol nicht nur unnütz, sondern geradezu schädlich seien. Was sagen Sie zum Demokratieverständnis des Landeshauptmannes?

**BENEDEKTER:** Da sollten Sie Herrn Dr. Magnago eigentlich selbst fragen und zu Worte kommen lassen! Ich bin überzeugt, daß sich dieses Mißverständnis dann bald klären ließe. Niemand von uns will etwa die Daseinsberechtigung demokratischer Parteien oder die Existenz von Oppositionsparteien zur SVP grundsätzlich in Frage stellen oder nicht zur Kenntnis nehmen. Wir sind allerdings davon überzeugt, daß eine Sammel- und Volkspartei wie sie die SVP ist, die Interessen der Südtiroler besser wahrten und durchsetzen kann, als eine in sich zersplitterte, im politisch-ideologischen Meinungsstreit untereinander hoffnungslos verstrickte Opposition, die klein, konfus und konzeptlos zugleich ist. Dr. Magnago meinte sicherlich, daß wir uns als kleine Volksgruppe in einem Staat wie Italien keine Zersplitterung ohne Schaden



Der Wahlredner



auf längere Sicht leisten dürfen. Wir sind überzeugt: Einigkeit in grundsätzlichen Fragen, die unser Volkstum, unsere ganze Volksgruppe betreffen, ist nach wie vor notwendig, um unsere Interessen vor allem Rom gegenüber wirksam wahren zu können.

**SKOLAST:** *Erst kürzlich hat ein maßgeblicher SVP-Vertreter erklärt, daß es eventuell angebracht wäre, auch hier in Südtirol Berufsverbote (Rücküberlaß nach deutschem Vorbild) einzuführen. Glauben Sie nicht, daß*

*dies im Gegensatz zu den von der Verfassung garantierten Freiheiten steht?*

**BENEDIKTER:** Die von der Verfassung garantierten Grundrechte gelten für alle. Es wäre traurig, wenn dies nicht der Fall wäre. Die Rechte der demokratischen Grundordnung müssen auch für jene Gültigkeit haben, welche sie zu unterminieren und zu gefährden versuchen. Dies ist ja die Stärke unserer Demokratie, unseres demokratischen Bewußtseins, das es im Interesse aller zu festigen gilt.

demokratischen Opposition in Südtirol ist, da erst seit ihrem Erstarken die Organisation der Arbeitnehmer in der SVP als Gegenmaßnahme aufgebaut wurde, um die Leute bei der Stange zu halten. Das plötzliche Entdecken der Arbeiterprobleme hat nur eine Antifunktion, da bisher in der SVP immer der Flügel der Großbauern und Unternehmer das Sagen gehabt hat, und dies bestimmt auch weiterhin so sein wird. An erster Stelle auf der Kandidatenliste der SVP für die Parlamentswahlen steht z. B. der Kandidat des Industriellenverbandes, Roland Riz, und irgendwo, weit hinten, finden wir dann den Arbeitnehmervertreter, Otto Saurer. Das ist doch reine Augenwischerei.

**SKOLAST:** *Wären Sie auch bereit, mit Dr. Jenny zusammenzuarbeiten?*

**LEIMSTÄDTNER:** Auch Jenny ist das Angebot einer gemeinsamen Kandidatur für die Parlamentswahlen gemacht worden, er hat es jedoch mit fadenscheinigen Argumenten abgelehnt. Es könnte aber sein, daß ein Vertreter der PDU mit auf die Liste geht.

**SKOLAST:** *Ein Mitglied der SFP, Siegfried Nitz, kandidiert als Unabhängiger auf der Liste der Sozialistischen Partei Italiens.*

**LEIMSTÄDTNER:** Nitz kandidiert als Unabhängiger, die Partei aber unterstützt nur die Kandidatur Leimstädtner.

**SKOLAST:** *Inwieweit ist man bereit, mit den italienischen Linksparteien zusammenzuarbeiten?*

**LEIMSTÄDTNER:** Grundsätzliche Bereitschaft haben wir bereits gezeigt und auch in der fusionierten Partei wird dies grundsätzlich angestrebt. Wobei besonders die interne Entwicklung des PSI zu beachten ist. Man wird erkennen müssen, daß die Probleme unseres Landes auf die Dauer gesehen nur durch die Zusammenarbeit aller Linkskräfte gelöst werden können.

## Gerhard Leimstädtner (SPS)



**LEIMSTÄDTNER:** Die Zusammenarbeit aller sozialdemokratischen Parteien war immer schon unsere Forderung und unser Ziel. Deshalb ist es ja auch bekannterweise zur Auseinandersetzung mit Jenny gekommen. Aber man muß Fusion und Parlamentswahlen auseinanderhalten. Sicher ist die Fusion durch die vorverlegten Wahlen beschleunigt worden. Vor allem aber geht es darum, alle Anstrengungen zu unternehmen, um nach den Wahlen sich gemeinsam klare Vorstellungen zu machen und konkrete Programme zur politischen Situation in Südtirol auszuarbeiten. Dies wird auf einem Programm-Parteitag 1977 geschehen. Die Zusammenarbeit aller sozialdemokratischen Kräfte ist nämlich die einzige Möglichkeit, um das Monopol der SVP zu brechen.

**SKOLAST:** *Man hat in der SVP eine Arbeitnehmerorganisation aufgebaut; Sozialdemokraten, so sagt man zunächst, sind in der Partei nicht mehr unerwünscht. Was halten Sie davon?*

**LEIMSTÄDTNER:** Ich glaube, daß die Gründung dieser Arbeitnehmerorganisation eine Bestätigung der sozial-

**SKOLAST:** *Die SPS stellt sich zum ersten Mal den Parlamentswahlen zusammen mit der SFP. Man hat sich erhöht, drei Wochen vor der Wahl, zusammengelunden; für die Öffentlichkeit: eine etwas schwere Geburt. Wäre dies alles nicht schon Monate früher möglich gewesen?*

**LEIMSTÄDTNER:** Selbstverständlich. Es gab Schwierigkeiten technischer, programmatischer Natur, Fragen wie z.B. Vorstandsbesetzung, Listezeichen... sind bereinigt worden. Auch je grundsätzlich politischen Fragen hat man sich geeinigt. Deshalb der späte Zeitpunkt der Fusion.

**SKOLAST:** *Mancher wird sich fragen, ist diese Fusion nun wahltechnisch bedingt oder ist sie ein erster Schritt zu einer konkreten Zusammenarbeit der deutschsprachigen sozialdemokratischen Oppositionsparteien.*

## Roland Riz (SVP)

**SKOLAST:** *Herr Riz, Sie sind der unbesrittene Leader der Südtiroler Volkspartei im Kampf um Sitze in der Abgeordnetenkammer in Rom. Das wievielte Mal wollen Sie jetzt nach Rom?*

**RIZ:** Das vierte Mal, dreimal war ich bereits dort.

**SKOLAST:** *In der nationalen sowie in der diesmal überdurchschnittlich*

*stark engagierten internationalen Diskussion stehen die Wahlen vom 29. Juni unter der großen Frage: Gehen die Kommunisten an die Regierung? Gehen sie?*

**RIZ:** Ich glaube, daß die KPI an die Regierung gehen will und es besteht durchaus die Möglichkeit dazu. Und wie bekannt scheinen die Sozialisten sie in diesem Vorhaben massiv zu unterstützen.



SKOLAST: Welches sind die Gründe für den eventuell einzuberechnenden Wahlerfolg und für das Ansehen, das die KPI heute bei ihren Gegnern genießt?

RIZ: Der Vormarsch der KPI in den letzten Jahren ist eine unleugbare Realität. Der Trend zur KPI muß von verschiedener Seite gesehen werden: Vor allem wird ihr Wahlerfolg von ihrer Taktik und ihrem parteipolitischen Geschick abhängen. Die KPI ist eine gut organisierte Partei, die immer dieselben Ziele — zwar in verschiedener Sprache — verfolgt hat. Zum Unterschied zu den Sozialisten, deren politische Zielsetzung vor allem in den letzten Jahren alles eher als eindeutig war.

SKOLAST: ... und die SVP?

RIZ: Bei ihr weiß der Wähler wie er dran ist, ihre Kohärenz verdient Vertrauen.

SKOLAST: Was halten Sie von der Linie Berlinguer?

RIZ: Der Italiener weiß ganz genau, was er will, wenn er KPI wählt; er wählt marxistisch-leninistisch; nur ein kleiner Bruchteil aller KPI-Wähler nimmt die taktischen Erwägungen und Abweichungen Berlinguers für bare Münze.

SKOLAST: Glauben Sie also nicht, daß ein kommunistischer Wahlerfolg davon abhängt, wie überzeugend Berlinguer dem dogmatischen Kommunismus abschwört?

RIZ: Nein, ich muß nochmals wiederholen: wer KPI wählt, weiß was er wählt. Jeder weiß auch, daß die jetzigen Erklärungen der Parteiführung Taktik sind, um an die Macht zu gelangen. Die Basis verfolgt genauso wie vor Jahren die bekannte Zielsetzung. Eine geringe Anzahl von Wählern wird im Sinne des new look KPI wählen. Die überwältigende Mehrheit aber ist mit den marxistisch-leninistischen Zielen und Gedanken einverstanden.

SKOLAST: Welchen Ausgang der Wahlen wünscht sich die SVP auf nationaler Ebene?

RIZ: Einen massiven Sieg aller demokratischen Kräfte.

SKOLAST: Wen rechnen Sie alles dazu?

RIZ: Im Grunde alle, die von der demokratischen Verfassung nicht verboten sind. Faschisten und auch Kommunisten aber stehen für uns nicht auf dem Boden der Demokratie.

SKOLAST: Die SVP hat aber, zumindest verbal, die KPI bereits monchmal (u.a. Erklärungen des Fraktions-

sprechers der SVP im Bonner Gemeinderat, Steger, und auch andere SVP-Politiker) als demokratische Kraft des Landes in der Opposition anerkannt; wie müßte sie denn sein, um von ihr als regierungsfähig anerkannt zu werden?

RIZ: Die SVP wird keine Regierung, an der Kommunisten beteiligt sind, unterstützen.

SKOLAST: Alle fragen sich: was geschieht, wenn die Kommunisten an die Regierung gehen? Fragen Sie sich nie, was geschieht, wenn die DC in der bisherigen Form an der Regierung bleibt?

RIZ: In der bisherigen Form bleibt sie sehr wahrscheinlich nicht an der Regierung; ich glaube aber, es wäre



denn, daß die nichtkommunistischen Parteien mit etwas gutem Willen und mit einem korrekten Programm imstande wären, Italien zu sanieren.

SKOLAST: Man betreibt jetzt einen stark akzentuiert antikommunistischen Wahlkampf, siegt damit in Südtirol, während auf nationaler Ebene vielleicht die Linken mit an die Macht gehen: die SVP wird dann mit ihnen sprechen müssen. Das werden in erster Person Sie machen müssen, weil Sie bisher die um wenigsten kompromittierenden Töne gesprochen haben?

RIZ: Selbstverständlich würden wir auch mit einer KPI-Regierung sprechen und sprechen müssen. Etwas ist das Sprechen, etwas anderes das Zusammenarbeiten. Und zusammenarbeiten werden wir nicht, vor allem, weil wir den Willen unserer Wähler nicht verstoßen wollen.

SKOLAST: Ihre Karriere in der Partei beruht auf Ihrem Ruf als Fachmann, nicht als politisches Rassepferd; scheint Ihnen nicht, daß die Partei deswegen auf die Technokraten setzt, um sich den ideologischen Fragen nicht stellen zu müssen?

RIZ: Ideologien sind eine Realität und es wäre nicht sinnvoll, von ideologiefreier Politik zu sprechen. Die SVP ist eine Sammelpartei und es läßt sich immer wieder dasselbe bei Wahlen feststellen:

1. Es gibt in Südtirol sehr wohl verschiedene Weltanschauungen.
2. Die meisten wählen aber doch SVP, weil sie eine gewissen Faktor über ihre Ideologien stellen.
3. Warum?... weil wir eine Minderheit sind und eine Minderheit immer zusammenhalten und sich um ihren Bestand wehren muß.

SKOLAST: Muß der Südtiroler also parteipolitische Fragen in den Hintergrund stellen?

RIZ: Wenn es um die Vertretung in Rom geht, unbedingt.

SKOLAST: In einer Polemik mit der SH schrieb Josef Rampold, 86% der Südtiroler hätten konservativ gewählt. Sind Sie damit einverstanden, die SVP eine konservative Partei zu nennen?

RIZ: SVP-Wähler sind nicht ausschließlich konservativ. Ich habe den Artikel von Rampold nicht gelesen. Wenn er das Wort „konservativ“ gebraucht, hoffe ich, daß er das Wort nicht im Sinne von ausschließlich „festhalten an altem Alten“ gebraucht hat. Ich persönlich bin der Ansicht, daß die SVP eine sehr moderne und dynamische Partei ist, die nicht nur in Südtirol, sondern auch außerhalb der Landesgrenzen eine zielstrebige und aufgeschlossene Politik gemacht hat.

SKOLAST: Einige Tausend Südtiroler werden nicht SVP wählen; ist Ihnen lieber, sie geben ihre Stimme der deutschen Oppositionspartei oder den italienischen Parteien?

RIZ: Ich wünsche mir, daß die Südtiroler Opposition bei Parlamentswahlen SVP wählt. Bei Parlamentswahlen habe ich für keine Zersplitterung Verständnis.

SKOLAST: Sie sind einer der Initiatoren und der Berichterstatter des Gesetzes, das das Wahlrecht auf 18 Jahre herabsetzt; was versprechen Sie sich von den Jungwählern?

RIZ: Ich erwarte mir von den Südtiroler Jungwählern einen breiten Zu-

stern zur SVP. Gerade diesmal wird man klare Resultate (Minderheiten für das Wahlrecht, Senat 25 Jahre, Kammer 12 Jahre) der Jungwähler erzielen können und die werden meine Aussage bestätigen.

**SKOLAST:** Wie erklären Sie einen massiven Zaunstrom der Jungwähler zu Ihrer Partei?

**RIZ:** Der Wille zur Selbstverteidigung wird den Ausschlag geben.

**SKOLAST:** Welches sind die großen politischen Schlachten, die die SVP in der nächsten Legislaturperiode zu schlagen gedenkt?

**RIZ:** Vortreiben der Dezentralisierung und weiterer Ausbau der Regionalpolitik in Italien, Verteidigung unserer Autonomie und Sorge um die Entwicklung unserer kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Interessen.

**SKOLAST:** Wir haben den Eindruck, daß einige Politiker der SVP zu gerne verlaufen lassen, innerhalb der Partei die Opposition zu sein. Finden Sie das auch schick?

**RIZ:** Wenn es als schick gilt, die SVP zu kritisieren, bin ich sehr unglücklich. Ich finde es für viel schickler, am gemeinsamen Strang dem Karren zu ziehen.

**SKOLAST:** Welche kurz- und längerfristigen Auswirkungen auf Südtirol erwarten Sie sich von einer KPI-Beteiligung an der Regierung in Rom?

**RIZ:** Ich glaube, daß eine Regierung, an der die KPI beteiligt ist, Einschränkungen unserer autonomen Rechte mit sich bringen wird. Deswegen sind wir auch besorgt.

**SKOLAST:** ... und daß auch Südtirol nach links driftet?

**RIZ:** Ich glaube, daß der derzeitige marxistisch-leninistische Trend in Italien reversibel ist. Die Italiener sind meiner Ansicht nach nicht für den Kommunismus geschaffen, sie sind Individualisten, passen in keine Kommune. Auch der PSI wird sich wieder fangen und das wird auf längere Sicht eine Verständigung der Mitte-Links-Parteien wieder ermöglichen.

## Sergio Segre (KPI)

Sergio Segre ist Mitglied des Zentralkomitees und außenpolitischer Sprecher der KPI, Verantwortlicher der internationalen Abteilung. Er ist einer der wichtigsten Mitarbeiter Berlinguers und vertritt die Partei auf allen wichtigen internationalen Konferenzen.

Segre stammt aus dem Piemont; er beteiligte sich aktiv am Widerstand, war lange Zeit Korrespondent der UNIFA in Berlin und ist ein ausgezeichnete Kenner der deutschen Situation.

**SKOLAST:** Herr Segre, der österreichische Bundeskanzler Kreisky, einer der führenden Vertreter der europäischen Sozialdemokratie und gleichzeitig ein Mann, der sich — insbesondere in seiner Zeit als Außenminister — intensiv für die Belange der Südtiroler Minderheit eingesetzt hat, bezeichnet die Entwicklung innerhalb der kommunistischen Partei Italiens als „faszinierendes Phänomen“ und äußert sich sehr positiv gegenüber der Entwicklung der kommunistischen Parteien in Italien und Frankreich. Im Gegensatz dazu Peter Bragge, eine der Leitfiguren der Südtiroler Volkspartei, will im Falle einer kommunisti-

schon Regierungsbeteiligung die Selbstbestimmung fordern, weil — so seine Argumentation — die Unabhängigkeit der KPI von der Sowjetunion nicht gegeben sei und das Gerede vom „nationalen Weg zum Sozialismus“ Heuchelei, Wolfspolizei im Schafspelz, sei. Ihre Meinung dazu?

**SEGRE:** Die Erklärungen Kreiskys lassen sich einordnen in die wachsende Aufmerksamkeit, mit der die großen sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien Europas die Politik unserer Partei und die ernste Lage unseres Landes verfolgen. Wir haben natürlich Verständnis für die Bedenken, die unsere Nachbarländer und in ganz besonderem Maße jene Länder, die mit Italien in der NATO und in der Europäischen Gemeinschaft verbunden sind, gegenüber der Situation in Italien hegen. Italien ist nämlich gerade wegen der schweren Krise zu einem Faktor der Instabilität innerhalb der NATO und der EG geworden.

**SKOLAST:** Welche Vorschläge machen nun die Kommunisten dazu?

**SEGRE:** Uns Kommunisten ist klar, daß die zu bewältigende Krise nicht nur eine Konjunkturkrise, sondern ei-

ne tiefgreifende und in ihren Ursachen weit zurückverfolgbare Strukturkrise ist, aus der nicht mit Hilfe einiger nun angewandter Finanz- und währungspolitischer Manöver herauszukommen ist. Wir glauben, daß nur durch die notwendigen Reformen und durch den längst überfälligen Prozeß der Erneuerung eine demokratische Stabilität garantiert werden kann. Wir wollen dazu beitragen, daß Italien zu einem Faktor der Stabilität innerhalb Europas wird. Weil die interne Krise nicht bewältigt wurde, hat sich Italien immer weiter von Europa entfernt; vor allem das kritisieren wir an der Außenpolitik der verschiedenen DC-Regierungen die letzten Jahre herauf.

**SKOLAST:** Sie haben unsere Frage zur Autonomie gegenüber der Sowjetunion noch nicht beantwortet. Wird eine autonome Politik überhaupt möglich sein und wie entwickelt sie sich innerhalb der KPI?

**SEGRE:** Die Frage ist nicht berechtigt. Denn diese autonome Politik im Verhältnis zur KPdSU ist längst schon Realität. Wir entscheiden nämlich in voller Autonomie und Unabhängigkeit über unseren politischen Kurs, unsere Taktik und Strategie, sowohl was die interne als auch die internationale Politik betrifft. Wir haben in voller Autonomie, auch aufgrund des Erfahrungsschatzes der Arbeiterbewegung, unsere Konzeption einer sozialistischen Gesellschaft in Italien entwickelt, nämlich einer pluralistischen Gesellschaft, die den demokratischen Wechsel der Macht haben vorsieht und die sowohl die Autonomie der Gewerkschaften als auch die Entwicklung der privaten und kollektiven Freiheit anerkennt und garantiert. Wir haben also ein sozialistisches Gesellschaftsmodell entwickelt, das sich grundlegend von dem in Osteuropa praktizierten unterscheidet. Das ist unser Projekt für die Zukunft und wir können in den europäischen Ländern eine ähnliche Situation feststellen, jenseits aller Unterschiede im politischen, ökonomischen und sozialen Bereich. Unsere Bemühungen gehen dahin, neue Beziehungen und gemeinsame Anstrengungen mit den großen sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien aufzubauen; ich denke an die Sozialdemokratischen Parteien in Österreich, in der BRD, in Schweden und in England, die in den jeweiligen Ländern den Großteil der Arbeiterklasse vertreten. Wir glauben, daß alle demokratischen und linken Kräfte gemeinsam versuchen müssen, einen Ausweg aus der gegenwärtigen Krise zu finden, die in der einen oder anderen Weise alle Länder Westeuropas betrifft.

**SKOLAST:** Glauben Sie, daß zwischen den beiden Supermächten die Entwicklung einer autonomen KPI-Politik möglich ist. Wir erleben täglich eine Finnmischung in interne italienische Angelegenheiten durch Kissinger, Ford, Sonnenfeld ...

SEGRE: Ich möchte auf das zurückkommen, was ich zu Beginn sagte. Wir sind für den Verbleib Italiens in der NATO, wir erkennen alle internationalen Verträge an. Wir machen dies nicht aus taktischen Gründen oder weil wir uns einen Freibrief für die Regierungsbeteiligung verschaffen wollen, sondern aufgrund einer Analyse der internationalen Situation.

SKOLAST: Zu welchen Schlüssen kommen Sie dabei?

SEGRE: Diese Analyse geht davon aus, daß die Entspannung möglich geworden ist auch aufgrund des militärischen Gleichgewichtes zwischen den beiden Blöcken und daß dieses Gleichgewicht nicht einseitig verändert werden kann, ohne die Entspannungspolitik aufs Spiel zu setzen. Würde man also eine Neutralität Italiens anstreben, so käme dies einer Veränderung des militärischen und strategischen Gleichgewichtes gleich und somit wäre eine der Voraussetzungen der Entspannung gefährdet. Die Entspannung ist unserer Meinung nach die grundlegende Voraussetzung für eine Friedenspolitik. In dieser Zeit der Atomstreitwaffen sehen wir keine Alternative zu einer Politik der Entspannung und der Zusammenarbeit. Und nur durch eine solche Politik scheint uns die Autonomie eines jeden einzelnen Landes gesichert. Wir anerkennen sehr wohl die historischen Bindungen zwischen Italien und den Vereinigten Staaten, und wir sind selbstverständlich für eine weitere Vertiefung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Staaten, unter der Bedingung der Nichteinmischung in die jeweiligen internen Angelegenheiten. Dem italienischen Volk muß das Recht zugestanden werden, innerhalb der republikanischen Verfassung über die politischen, ökonomischen und sozialen Lösungen selbst zu entscheiden, um die Krise zu bewältigen.

SKOLAST: Der bekannte amerikanische Linguist Chomsky behauptet in einem Interview der Tageszeitung „La Repubblica“, daß der Eurokommunismus Europa zu einer größeren Unabhängigkeit und Integration führen könnte, vorausgesetzt, daß die Linke auch in Frankreich, Spanien und eventuell Portugal Regierungsverantwortung erhält.

SEGRE: Ich glaube, daß der Begriff des Eurokommunismus etwas intellektualistisch ist. Es ist klar, daß einige Länder starke kommunistische Parteien haben. Ebenso steht aber außer Zweifel, daß sich die Probleme in den verschiedenen Ländern verschieden stellen. Nicht nur wegen der Verschiedenheit der objektiven politischen Bedingungen, sondern auch wegen der Verschiedenheit der Vorschläge, die von den einzelnen kommunistischen Parteien gemacht werden. Zwischen der Politik der „Alternative“ in Frankreich und der Politik des „compromesso sto-

rico“ in Italien bestehen beachtliche und grundlegende Unterschiede. Aber trotz aller Bedenken hat der Begriff des Eurokommunismus seine Berechtigung, weil nämlich die kommunistischen Parteien Westeuropas — ich beziehe mich auf die gemeinsamen Erklärungen mit den kommunistischen Parteien Spaniens, Frankreichs, Englands... — gemeinsam davon ausgehen, daß die sozialistische Gesellschaft in den jeweiligen Ländern eine pluralistische sein muß, daß alle Freiheit garantiert und daß der Sozialismus die höchste Entwicklung der Demokratie sein muß.

SKOLAST: Warum fordert die KPI den historischen Kompromiß und lehnt die Alternative der Volksfrontregierung ab?

SEGRE: Berlinguer hat einmal den Begriff des historischen Kompromisses als gewollt provokatorische bezeichnet. In welchem Sinne? Er ist die Anpassung an die heutigen Bedingungen



einer politischen Linie, die seit Gramsci von unserer Partei immer konsequent verfolgt wurde. Diese Linie beinhaltet die volle Anerkennung des großen Beitrages, den die katholischen Massen für die Entwicklung der Demokratie in unserem Lande geleistet haben und folglich die Anerkennung der politischen Parteien, in der ein bedeutender Teil dieser katholischen Massen sich erkennt. Der Vorschlag des historischen Kompromisses wurde nach der chilenischen Tragödie gemacht. Wir sind überzeugt, daß die Zusammenarbeit von Unidad Popular und der chilenischen DC die Weiterentwicklung der Demokratie in Chile gewährleisten und diese Tragödie verhindern hätte. Wir wollen den Fortschritt unseres Landes garantieren und sind überzeugt, daß dies geschehen kann durch eine Zusammenarbeit zwischen den Linksparteien, es muß aber auch die Zusammenarbeit mit den katholischen Kräften gesucht werden, d.h. in unserem Falle die Zusammenarbeit mit der DC.

SKOLAST: Und wenn die DC den historischen Kompromiß ablehnt?

SEGRE: In diesem Falle hat die DC eine große Verantwortung zu tragen. Ich glaube aber, es ist nicht Zufall, daß die chilenische Frage besonders auf dem letzten Parteitag der DC eine große Rolle gespielt hat. Erst recently war die Tochter des Sekretärs der Chilenischen Kommunistischen Partei, Corvalan, in Rom und wurde nicht nur vom Kammerpräsidenten Pertini, von Berlinguer, Longo..., sondern auch vom Sekretär der DC, Zaccagnini, empfangen. Ich würde sagen, daß der Fall Chile wirklich eine Lektion für die demokratischen Kräfte Italiens war, ist und es sein wird.

SKOLAST: Und zwar...?

SEGRE: Die Zusammenarbeit zu suchen.

SKOLAST: Nach 30 Jahren DC-Regierung präsentiert sich das Land in einem katastrophalen Zustand. Die ökonomischen Probleme sind gravierend, wir haben 2 Millionen Arbeitslose... Wie will die KPI diesen Problemen begegnen?

SEGRE: Wir gehen davon aus, daß die Lage ernst ist und wissen von der Verantwortung der DC und ihrer vielen Regierungen, die sich abgelöst haben. Die Nachkriegszeit kann man in drei große politische Zyklen unterteilen:

1. Der Zyklus der Regierung der nationalen Einheit bis 1947, der nicht durch Wahlen beendet wurde, sondern durch die Veränderung der politischen Weltlage. Wir haben den Ausschluß aus der Regierung akzeptiert, ebenso die Sozialistische Partei.

2. Dann gab es die Zentrumsregierungen bis in die sechziger Jahre.

3. Die lange Zeit der Mitte-Links-Regierungen, die von viel Hoffnungen und Erwartungen begleitet wurde. Heute wissen wir, daß die Mitte-Links-Regierungen die Probleme des Landes nicht gelöst haben; deshalb ist ein neuer Weg zu beschreiten und ich glaube, daß der einzige neue Weg, der vorgeschlagen wurde, jener der KPI mit dem compromesso storico ist. Dieser Vorschlag zielt auf die Zusammenarbeit aller demokratischen Kräfte des Landes ab, in der Überzeugung, daß die italienische Krise so schwerwiegend ist, daß nur eine Politik, die auf dem breitestmöglichen Konsens der Bevölkerung fußt, in der Lage ist, den Niedergang unseres Landes und seiner Wirtschaft aufzuhalten.

SKOLAST: Eine letzte Frage: Südtirol und der Kommunismus... 85% der Südtiroler wählen SVP; sie glauben, daß die KFI, einmal an der Regierung, all jene den bisherigen Regierungen hart abgerungenen Rechte (Pakt, Autonomiestatut) gefährden würde...

SEGRE: Nicht nur wollen wir den Südtirolern das bisher Erreichte voll-

londs garantieren, sondern wir werden uns dafür einsetzen, daß die bisher zum Teil nur auf dem Papier bestehenden Abmachungen tatsächlich voll verwirklicht werden. Wir sind uns bewußt um die Pflichten und die große Verantwortung, die unser Land den sprachlichen Minderheiten gegenüber hat und wir glauben, daß eine so kon-

zipieric Politik — wie ich sie grob zu unreißen versucht habe — den Konsens und die Unterstützung der deutschen Bevölkerung finden kann. Italien muß selbstverständlich die soziale und ökonomische Entwicklung fördern, und jene Bedingungen schaffen, damit die kulturelle Autonomie und die Eigenständigkeit gewährleistet bleibt.

te die einzige politische Kraft, die sich konsequent für eine Regierung der Linkskräfte einsetzt, damit dem Regime der DC ein Ende bereitet wird und damit bessere Voraussetzungen für eine weitere soziale und politische Entwicklung in Richtung Sozialismus gewährleistet sind.

#### Aspekte der politischen Lage in Südtirol

Die wirtschaftliche Krise des imperialistischen Westens und in verschärftem Maße Italiens macht naturgemäß auch vor Südtirol nicht halt: Entlassungen, Betriebsschließungen, Kurzarbeit sowie Preissteigerungen, die die Lebensbedingungen der Werktätigen verschlechtern, sind die Lösungen, welche die herrschende Klasse anbietet. Doch auch in Südtirol lassen sich die Werktätigen nicht ohne weiteres mit der Fabel vom „gemeinsamen Boot“ einlängen. Fabriksbesetzungen und gewerkschaftliche Kämpfe sind ein Beweis dafür. Auf politischer Ebene hingegen hält der Block, den die SVP um sich geschaffen hat, noch relativ stand. Wie ist diese Tatsache in Zeiten einer nationalen Krise, die alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens erfaßt und das 30jährige Regime der DC untergräbt, zu erklären?

Die objektive Situation als nationale Minderheit prägt seit der Einverleibung Südtirols in den italienischen Staat die geschichtliche Entwicklung dieses Landes. Die SVP konnte seit ihrer Gründung in dem Maße immer auf einen Massenanhang zählen, als sie sich als Vertreterin der Interessen der nationalen Minderheit ausgeben konnte; sei es was ihr Wesensmerkmal als Sammelpartei betraf, sei es was ihre politischen Forderungen anbelangte. Diese Partei schrieb zwar die legitimen Rechte der nationalen Minderheit auf ihren Banner, vertrat sie aber immer im Interesse der Südtiroler Bourgeoisie und nutzte sie in deren Interesse aus. Es war die Südtiroler Bourgeoisie, die dem Kampf der Südtiroler Bevölkerung als nationale Minderheit den reaktionären Stempel des Nationalismus aufdrückte, und so kein Bündnis der Südtiroler Volksmassen mit dem italienischen Proletariat aufkommen ließ.

Man kann also davon ausgehen, daß die SVP heute vor allem deshalb die politische Krise im Unterschied zu ihrer Schwesterpartei, der DC, so wenig verspürt, weil es ihr gelungen ist (auch aufgrund politischer Mängel nationaler Linksparteien), sich als einzige Vertreterin der nationalen Interessen der Südtiroler Volksguppe aufzuspielen und die sozialen Probleme dem nationalen Moment unterzuordnen. Durch die Autonomiebestimmungen, die im Paket enthalten sind, ist es zu einer Neuaufteilung der Macht zwischen Staat und SVP gekommen. Die SVP und die lokale Bourgeoisie erhalten neue Machtbefugnisse, die sie dem italienischen Staat gegenüber erstarren lassen. Für die Klassenbewegung

## Democrazia Proletaria — Arbeiterdemokratie — in Südtirol Stellungnahme

Nach langen politischen Auseinandersetzungen haben sich die Organisationen der revolutionären Linken Italiens auf eine gemeinsame Wahlbeteiligung unter dem Löszeichen „Democrazia Proletaria“ (DP) geeinigt. Dieser Entschluß wurde nicht zuletzt vom dringlichen Einheitsappell all jener Massenbewegungen und -strukturen erwirkt, die die italienische Klassenbewegung der letzten Jahre hervorgebracht hat: so z.B. von Fabriksträßen, von der Frauen- und Soldatenbewegung, von Stadteilkomitees und Studentengruppen.

Auch in Südtirol haben sich die Sektionen der einzelnen revolutionären Organisationen ebenso wie lokale Gruppen (z.B. das „Politische Kollektiv Brixen“) und zahlreiche Einzelpersonen mit Nachdruck für eine einheitliche Wahlbeteiligung ausgesprochen.

#### Krise der DC und Perspektive einer Linksinregierung

Die gegenwärtige DC-Regierung kann die letzte ihrer Art sein. Es kann nämlich mit ziemlicher Wahrscheinlichkeit angenommen werden, daß nach dem 20. Juni die Linkskräfte die Mehrheit im Parlament stellen werden. Damit würde die Krise der DC ihren vorläufigen Höhepunkt erreichen. Der fortgeschrittene Stand dieser Krise kam bereits im Ausgang des Referendums und der Wahlen des 15. Juni zum Ausdruck.

Die Krise in Italien hat das gesamte gesellschaftliche Leben erfaßt. Sie erfaßt die wichtigste bürgerliche Partei sowie bürgerliche Herrschaftsformen überhaupt, sie erfaßt das wirtschaftliche Leben genauso wie die ideologischen Werte der herrschenden Klasse.

Seit 1968/69 verzeichnet die Klassenbewegung in Italien eine große Beständigkeit, die einerseits durch die organisatorische und politische Weiterentwicklung der Arbeiterbewegung und andererseits durch das Entstehen neuer Massenbewegungen gekennzeichnet ist. Diese Massenbewegungen entstanden oftmals durch die Befreiung sozialer Schichten von klerikalem und bürger-

lichem Einfluß und stellen heute Bündnispartner der Arbeiterklasse dar. Man denke hier an die Schülerbewegung, an die Frauenbewegung, die für das Recht auf freie und kostenlose Abtreibung sowie für selbstverwaltete Beratungsstellen kämpft, an die Bewegung der demokratischen Soldaten und Unteroffiziere, die sich für die Durchsetzung der verfassungsmäßigen Rechte und Freiheiten in den Kasernen einsetzt, an die Kämpfe der organisierten Arbeitslosen für einen sicheren und dauerhaften Arbeitsplatz, an die zahlreichen Besetzungen von leerstehenden Privatwohnungen, an die Selbstherrabsetzung der Mieten, Strom- und Telefentarife, an die zahlreichen Volksmärkte zu Selbstkostenpreisen, die das traditionelle Vertriebsystem und die damit zusammenhängende Spekulation in Frage stellen.

Diese Massenbewegung entwickelte sich ausnahmslos außerhalb der traditionellen Linksparteien PSI und PCI. Auch heute noch steht vor allem die kommunistische Partei diesen Bewegungen in den meisten Fällen ablehnend gegenüber.

Auch in der Arbeiterbewegung ist die Linie der traditionellen Linksparteien nicht mehr unangefochten. Die kompromißlerische Haltung gegenüber dem Kapital, die politische Linie des „historischen Kompromisses“ und seine Varianten und die Politik der zwei Phasen (zuerst müssen Arbeiter und Kapitalisten gemeinsam aus der Krise herauskommen, dann erst kann die Auseinandersetzung über Reformen begonnen werden) stößt bei mehr und mehr Arbeitern auf Ablehnung. Die zahlreichen spontanen Streiks, die kritische, bzw. ablehnende Haltung zu den Abschlüssen der Kollektivverträge, das Wachsen der Gewerkschaftslinken sind Ausdruck davon. Dieser soziale Bereich, der sich außerhalb der Einflußsphäre der Reformisten und Revisionisten befindet, stellt heute den Bereich der Revolution dar. Die Organisationen der revolutionären Linken sind der politische und organisierte Ausdruck davon. Dieser soziale Bereich soll nun durch die Wahlen auch auf institutioneller Ebene seinen Ausdruck finden. Die revolutionäre Linke ist heu-

wird die SVP dadurch in vielen Fällen zur direkten Gegenseite, nachdem sie zusammen mit der DC für das politische Geschehen auf lokaler Ebene verantwortlich ist. Beide Parteien vertiefen durch ihre Politik die Trennung zwischen den beiden Volksgruppen und lenken so von ihrer eigenen volksfeindlichen Politik ab (z.B. was die Schaffung von Arbeitsplätzen oder den Bau von Wohnungen betrifft).

Der ethnische Proporz, der als demokratisches Recht der deutschen Bevölkerung eine proportionale Anwesenheit in den öffentlichen Ämtern garantieren soll, wird in dieser Zeit der Krise, der Arbeitslosigkeit und Wohnungsnot als trennendes Moment der beiden Volksgruppen eingesetzt. Anstatt sich um das Wenige, das da ist, zu streiten, sollten die Werktätigen beider Volksgruppen gemeinsam für die Beseitigung der sozialen Misere, gegen Mißstände aller Art, kämpfen.

Das zu verhindern, ist das Ziel der nationalistischen Politik der lokalen Regierungspartei. Oberhaupt ist der Nationalismus als Zement des SVP-Blockes anzusehen. Spätestens seit dem 13. Juni hat dieser Nationalismus eine neue Qualität, er ist nicht mehr bloß antitalienisch, sondern vor allem antikomunistisch. Dadurch soll der Boden vorbereitet werden für verschiedene Provokationen gegen eine Linkregierung in Italien. Die Äußerungen des Senators Brugger und die Drohungen der SVP, das Südtirolproblem zu internationalisieren, deuten in diese Richtung.

Die vordringliche Aufgabe der Linken in Südtirol wird demnach der Kampf gegen den Block der SVP sein. Durch das ständige Entlarven der konkreten Politik von DC und SVP als eine Politik, die „die Reichen noch reicher macht“ und durch das Organisieren von Kämpfen gegen diese Politik muß die Hegemonie, die SVP und DC über die Volksmassen ausüben, gebrochen werden. Das tragende Element für diesen Kampf ist sicherlich jenes, die Einheit aller italienischen, jüdischen und deutschen Werktätigen anzustreben. Diese Einheit darf nicht nur auf gemeinsame Kämpfe aufgrund materieller Forderungen beschränkt sein, sondern muß ein wichtiges Feld in der politischen Auseinandersetzung umfassen, das bisher der Bourgeoisie überlassen wurde: das Problem der nationalen Minderheit.

Das Vermögen der sozialistischen Kräfte, die Hegemonie der SVP zu brechen, ist demnach eng mit der Haltung verbunden, die diese zur Vereinheitlichung des Proletariats in Südtirol einnehmen. Die oft nationalisierende Haltung der deutschen sozialdemokratischen Partei geht auf die Frage der Vereinheitlichung nicht ein — einmal ganz abgesehen von den sozialdemokratischen Illusionen einer friedlichen Zusammenarbeit zwischen Kapital und Arbeit.

Ebenso nehmen die traditionellen nationalen Linksparteien diesem Pro-

blemkreis gegenüber eine oft widersprüchliche Haltung ein. Die Kritik am PSI und PCI muß bei der Tatsache ansetzen, daß diese Parteien es immer versäumt haben, die italienische werktätige Bevölkerung Südtirols auf die Besonderheiten der Situation hinzuweisen, klarzustellen, daß eine nationale Minderheit besondere Rechte bedarf, um gleichberechtigt zu sein. Sie haben es bisher versäumt, klarzustellen, daß das italienische Proletariat kein Interesse an der Unterdrückung einer nationalen Minderheit von Seiten des Staates haben kann, daß es im Gegenteil für die Einheit mit den deutschsprachigen Werktätigen eintreten muß, indem es auch für deren besondere Rechte kämpft. Da dies unterlassen wurde, hat man ermöglicht, daß der italienische Staat und die italienische Bourgeoisie die Werktätigen italienischer Sprache gegen jene deutscher Sprache ausgespielt hat und so auf beiden Seiten den Nationalismus förderte.

#### „Democrazia proletaria“ in Südtirol

Im Wahlkreis Trentino-Südtirol sind zwei deutschsprachige Genossen auf der Liste von DP, Alexander Langer und Herbert Paungger, davon einer als Listenführer. Dies hat seine Gründe: Einmal geht man davon aus, daß Südtirol nicht losgelöst von der nationalen Situation betrachtet werden kann. Das Programm von DP, das von den Kämpfen des italienischen Proletariats ausgeht, hat auch für die arbeitende Bevölkerung Südtirols seine Gültigkeit, wenn es auch durch die ungleichzeitige Entwicklung der Klassenkämpfe nicht dieselbe Aktualität besitzt. Es soll jedoch aufgezeigt werden, daß sich bereits heute Teile der Südtiroler Bevölkerung an den Kämpfen der italienischen Volksmassen für den Sozialismus orientieren.

Durch die Anwesenheit von deutschen Kandidaten auf der Liste von DP soll

die werktätige italienische Bevölkerung der ganzen Region auf die Problematik der nationalen Minderheit verstärkt aufmerksam gemacht und ihr das Bewußtsein vermittelt werden, daß die Berücksichtigung und Verteidigung der Interessen der nationalen Minderheit Voraussetzung für jede Einheit zwischen den Ausgebeuteten beider Volksmassen ist.

Dies gilt umso mehr, da die SVP im Falle einer Linkregierung an diese die absurdesten Forderungen stellen und die staatlichen Gesetze ihrer fortschrittlichen Seiten berauben wird (in manchen Fällen geschieht das heute schon — siehe Kolligistorgane und Gesetzesentwurf zum angemessenen Mietzins). Und dies alles im Namen der Interessen der deutschen Minderheit. Es ist deshalb unbedingt nötig, die werktätige Bevölkerung dagegen zu wappnen, eine klare Haltung zu den Rechten der nationalen Minderheit zu propagieren. Dadurch soll verhindert werden, daß die Werktätigen unterschiedlicher sprachlicher Zugehörigkeit gegeneinander ausgespielt werden, daß sie dem von der Bourgeoisie gesäten Nationalismus auf den Leim gehen.

Die Organisation der deutschen Arbeiter in den konföderierten Gewerkschaftsbünden ist in diesem Zusammenhang als wichtiger Beitrag zur Vereinheitlichung der Werktätigen anzusehen, der auch von einem Kampf für autonome Strukturen, in denen sich die deutschen Arbeiter wiedererkennen und für die innergewerkschaftliche Demokratie begleitet sein muß.

DP versteht sich über die Wahlen hinaus als politischer und organisatorischer Bezugspunkt für alle jene Kräfte, die sich auf die revolutionäre Linke beziehen und die sich für ein sozialistisches Südtirol in einem sozialistischen Italien einsetzen.

Für Democrazia Proletaria  
Egger Franz, 41100 Modena  
Via delle Rose 23

Gerhard Mumelter

## Die letzten Jahre DC-Regierung

„Das wichtigste politische Ereignis in Europa seit dem Ende des zweiten Weltkrieges“ — so eine amerikanische Zeitung über die bevorstehenden Wahlen in Italien. Angst, Panik, Hetze auf der einen, Zynismus, Siegeschancen und etwas Besorgnis auf der anderen Seite: kein Thema hat jemals in Italien so leidenschaftliche Diskussionen, so viele Emotionen und Zweifel ausgelöst. Was wird geschehen, wenn die Kom-

munisten aus Ruder kommen? Eine Frage, die nicht nur viele Italiener, sondern auch Italiens NATO-Partner heilig bewegt.

Italien liegt derzeit im kürzesten, aber zweifellos härtesten Wahlkampf seiner Geschichte. Die größte Panik herrscht dabei verständlicherweise in den Reihen jener DC, die nun für 30-jährige Mißwirtschaft die Quittung hinnehmen muß. Zerrissen durch Flügel-



kämpfe und interne Machtpolitik, durch tiefgreifende Meinungsverschiedenheiten und gefährliche Skandale gehen die Christdemokraten in den Wahlkampf. Für sie brachte die 6. Legislaturperiode, die am 2. Mai 1976 vorzeitig endete, die schwersten Rückschläge ihrer Geschichte.

Bereits die Auflösung des letzten Parlaments im Jahre 1972 hatte die abbröckelnde Macht der DC aufgedeckt und in zahlreichen Wahlprognosen hatte man eine Änderung vorausgesagt. Aber der DC war es noch einmal gelungen, die Risse im Gebäude zu überbrücken und das verblaßte Bild der Partei De Gasperis etwas aufzufrischen. Und wieder einmal schien es beinahe so, als gebe es im politischen Leben Italiens keine konkreten Alternativen: DC und ihre Partner an der Macht, die Linken in der Opposition.

Die Antwort auf das Wahlergebnis, das den Christdemokraten 38% der Stimmen sicherte, war eine Mitte-Rechts-Regierung mit der Liberalen Partei, die mitunter auch auf Unterstützung durch die Faschisten angewiesen war. Vergeblich blieb der Versuch, diese Regierung als eine Art Wiedergutmachung der Mitte-Links-Formel zu präsentieren. In kürzester Zeit machte sich das Duo Andreotti-Malagodi derart unpopulär, daß angesichts der Reaktionen in der Bevölkerung eine Änderung angebracht erscheint: die Rückkehr zum eben verworfenen Mitte-Links-Modell ist fällig.

In der Zwischenzeit sammelt die Regierung weitere Negativ-Punkte, so z.B. das Gesetz über die „superburokrati“ und das ausrückende Gesetz über die polizeiliche Vorbeugung. Die Polemik über das Kabelformsehen ist für die

DC ein guter Anlaß, Andreotti fallenzulassen.

Mariano Rumor wird mit der Aufgabe betraut, eine neue Regierung zu bilden. In weniger als zwei Jahren stein er drei verschiedenen Regierungen vor. Im September 1973 spricht der kommunistische Parteisekretär Berlinguer im KP-Organ „Rinascita“ erstmals vom „historischen Kompromiß“. In der DC zeigen sich die ersten Symptome zunehmender Benurteilung. Der Erdöl-Skandal, der im Jänner 1974 einige ihrer Exponenten schwer belastet, hat das „schneifste“ Gesetz der Nachkriegszeit zur Folge: die staatliche Parteienfinanzierung.

Zäh und hartnäckig zwingt der neue Parteisekretär Fanfani der Christdemokraten seinen Konfrontationskurs auf: es beginnt der harte Wahlkampf für das Scheidungsreferendum. Der 13. Mai 1974 wird für die Christdemokraten zum schwarzen Tag: ein beträchtlicher Teil der katholischen Wähler wendet sich von der DC ab, eine historische Wende hat eingesetzt. Einen Monat später zieht die Regierung die Steuerschraube an, um 3000 Milliarden locker zu machen.

Am 10. Juli 1974 fällt das italienische Verfassungsgericht ein wichtiges Urteil: das staatliche Rundfunk- und Pressemonopol wird gelockert.

In den darauffolgenden Monaten entstehen Hunderte von Privatsendern. Im November 74 übernimmt ein Zweiparteienkabinett unter Aldo Moro die Regierung. Zwei wichtige Gesetze werden verabschiedet: das neue Familienrecht und die Herabsetzung des Wahlalters auf 18 Jahre.

Das Problem der öffentlichen Ordnung wird zu einem zentralen Punkt

der Wahlwerbung für die bevorstehenden Regionalwahlen: am 24. Mai 1975 genehmigt die Regierung den umstrittenen Gesetzesvoranschlag des Justizministers Reale über die öffentliche Ordnung. Die Wahlen vom Juni 1975 stellen für die christdemokratische Macht den schwersten Schlag ihrer Geschichte dar. In zahlreichen großen Städten übernehmen Linkskoalitionen die Gemeindeverwaltung. In der DC werden die Messer gewetzt und man spricht von der Neugründung der Partei. Fanfani muß dem neuen Gesicht Platz machen. Benigno Zaccagnini, Kinderarzt aus Ravenna und eher natur außenseiter im Intrigenspiel der DC-Störungen, wird neuer Sekretär der Christdemokraten. Die Regierung Moro-La Malfa geht auf Distanz zur sozialistischen Partei. Am 1. Februar 1976 blockiert eine MSI-DC Mehrheit den Artikel 2 des Gesetzes zur Neuregelung der Schwangerschaftsunterbrechung. Eine Neuwahl scheint unumgänglich. Die DC-Alleinregierung unter Ministerpräsident Moro manövriert die Christdemokraten in eine ausweglose Isolation. Eine Reihe von Skandalen erschüttert das Machtgefüge der Christdemokraten schwer. Die Lockheed-Affäre zieht immer weitere Kreise und verwickelt auch den Staatspräsidenten. Das Parlament wird aufgelöst und die Neuwahlen auf den 20. Juni angesetzt.

Eine starke Terrorwelle setzt ein. Entschieden reagieren die Arbeiter auf die mysteriösen Anschläge gegen mehrere Fabriken. In Mailand wird ein linker Student von Faschisten erstochen, der MSI-Rechtsanwalt Pedemoli von unbekanntem Kiliern erschossen. Diese Strategie ist keineswegs neu. Jedemal, wenn die herrschende Machtstruktur vor schweren Rückschlägen stand, sollte der Terror die verschrockten Bürger scharenweise nach rechts treiben. Aber die Zeiten haben sich geändert. Die Arbeiter beschließen, ihre Fabriken zu bewachen und dadurch vor eventuellen Anschlägen zu schützen.

Der starke Druck der internationalen Spekulation auf die italienische Währung führt die Wirtschaft in eine gefährliche Situation. Die jährliche Steuerminderziehung von rund 10.000 Milliarden soll wenigstens teilweise durch neue Erhöhungen ausgeglichen werden, die wiederum vorwiegend zu Lasten des kleinen Mannes gehen.

Schreibbüro

**Inge Guattieri**

39012 Meran, Manzonistraße 11

Telefon 0473/3 35 11 Büro  
0473/2 13 23 Priv.

Übernimmt Reinschrift  
von Doktorarbeiten.



# Gesellschaftliche Funktion einer Hochschule in Bozen

Der hier abgedruckte Beitrag unseres Kollegen Max Haller zum Fragenkomplex „Universität Bozen“ wird wegen seiner Länge einige unserer Leser etwas einschüchtern. Er knüpft an das vom Südtiroler Wirtschafts- und Sozialinstitut im letzten Jahr herausgegebene Bändchen „Hochschulpolitik in Südtirol aus bildungssoziologischer Perspektive“ von Christoph Pan und liefert einen wissenschaftlich fundierten Beweis, daß das „Verdienst“ der genannten Schrift, „eine künstlich aufgeblähte bildungspolitische Kontroverse innerhalb der Volksgruppe auf ihren echten Realitätsgehalt und die Diskussion um die Universität versachlicht“ zu haben (so zu lesen in der letzten Nummer des periodisch erscheinenden Blattes des Instituts über die Tätigkeit des letzten Bilanzjahres), erstens wohl Ausdruck einer Verwechslung eines wissenschaftlich korrekten Werkes mit platter Propaganda für die Werkstudentenkurse des SBZ darstellt, und zweitens ein grober Ausdruck von Überheblichkeit ist; man schreibt ein Büchli und hat damit die Diskussion gestoppt.

Der folgende Artikel, der das Pan-Produkt widerlegt, könnte sich, in derselben würdigen Form publiziert, zumindest neben diesem sehen lassen.

Im Sommer 1975 erschien in der Schriftenreihe des Südtiroler Wirtschafts- und Sozialinstitutes in Bozen eine Broschüre über „Hochschulpolitik in Südtirol aus bildungssoziologischer Perspektive“. Der Verfasser, Dr. Christoph Pan, Leiter des Südtiroler Wirtschafts- und Sozialinstitutes und Dozent für Politische Soziologie an der Universität Innsbruck, berichtet darin über die vom Südtiroler Bildungszentrum seit 1972 in Bozen abgehaltenen Hochschullehrergänge für Werkstudenten.

Dabei wird auch öfters das Problem der Errichtung einer Hochschule in Bozen angeschnitten. Die diesbezüglichen Aussagen von Dr. Pan gipfeln in den folgenden Sätzen:

„Als der Südtiroler Landeshauptmann Dr. Silvius Magnago an der 24. Landesversammlung der Südtiroler Volkspartei am 8. März 1975 in Meran unter ungeteilter Zustimmung aller Deputierten ein in seiner Klarheit und Unmissverständlichkeit nichts mehr zu wünschen übrig lassendes Bekenntnis zur Universität Innsbruck als Landesuniversität auch der Südtiroler oblegte, war die entscheidende Schritt zurückgelegt zur Aufrechterhaltung der kulturellen Einheit der beiden Landesteile von Tirol und gleichzeitig der Schlußabschluß unter die ideale Auseinandersetzung gezogen, welche bei anderem Ausgang eine ernsthafte Bedrohung für die kulturelle Entwicklung der Südtiroler bedeuten hätte. Erwähnenswert ist noch, daß diese entscheidende Schlacht um den Fortbestand der deutschen Volksgruppe in Südtirol zu Beginn der Selbstverwestungsphase primär von den Pragmatikern im unmittelbar präpolitischen Feld geschlagen wurde.“ (1)

Nun ist es meine Auffassung, daß es nicht nur reichlich übertrieben ist, hier von einer „entscheidenden Schlacht um den Fortbestand der deutschen Volksgruppe in Südtirol“ zu sprechen, sondern daß selbst für jemanden, der das Ziel der Aufrechterhaltung einer kulturellen Verbundenheit zwischen Südtirol und den deutschsprachigen Ländern, sowie der Bewahrung der deutschen Sprache und Kultur in Südtirol unterstützt, die Frage der Errichtung einer eigenen Hochschule in Südtirol in keiner Weise von vornherein im negativen Sinne zu beantworten ist.

Viele der im folgenden diskutierten Probleme könnten auch zu einer ge-

gentlichen Folgerung Anlaß geben. Zuvor ist jedoch auf einige der von Dr. Pan aufgestellten Behauptungen im Zusammenhang mit der Durchführung und dem Erfolg der Hochschulkurse des SBZ einzugehen.

Vom Wintersemester 1971 bis zum Sommersemester 1975 besuchten insgesamt 1219 Personen Kurse des SBZ. Diese relativ hohe Zahl erscheint jedoch in einem anderen Licht, wenn man sie näher ansieht: 661 der Kursbesucher, also mehr als die Hälfte (54,2%), nahmen nur 1 Semester, weitere 312 zwei Semester lang teil. Insgesamt nahmen also über drei Viertel höchstens ein Jahr lang an den Kursen teil. Diese Tatsache ist zuallererst zu berücksichtigen, wenn man eine „Erfolgsbilanz“ der Kurse zieht.

Ein Argument, das von Dr. Pan stark in den Vordergrund gestellt wird, betrifft die Lerneffizienz und den Studienerfolg der Hörer der Kurse. Aus organisatorischen Gründen ist es notwendig, daß der Unterricht an Wochensenden in Blöcken stattfindet und stärker als an Hochschulen mit Lehrhelfern gearbeitet wird. Außerdem ist auch der Unterricht kürzer als im normalen Hochschulstudium. Dies alles hat jedoch anscheinend nur positive Folgen, wenn es heißt, damit werde ein doppelter Rationalisierungseffekt erzielt, indem sowohl Lehrende wie Lernende die zur Verfügung stehende Zeit besser nutzen (2).

Die Kehrseite dieser „Rationalisierung“ ist aber sicherlich, daß sie zu Lasten der Qualität und „Tiefe“ des Studiums gehen muß, da in Skripten ja nur das Grundgerippe eines Wissensbereiches dargestellt wird. Eine bildungssoziologische Studie an Studenten der Universität Wien hat deutlich gezeigt, daß Zusammenhänge bestehen zwischen kreativem Lernen und einer Reihe von organisatorischen Komponenten der Studienbedingungen wie der Diskussions- und Interaktionsmöglichkeiten der Studenten mit den Lehrern, ihrer Einbeziehung in die Forschungsaktivität und ihren Möglichkeiten, sich zusätzlich zu der vorge-

schriebenen Literatur Fachlektüre zu suchen (3).

Weiters wird auch auf das im Vergleich zu österreichischen Hochschulen günstige Dichteverhältnis zwischen Lehrkräften und Studenten hingewiesen (4). Auch hier wäre zu erwähnen, daß die Lehrkräfte den Studenten in Bozen nur während des Wochenendes zur Verfügung stehen, während sie an den Hochschulen — zumindest potentiell — jederzeit erreichbar sind (und vielleicht in gemeinsamen Forschungsprojekten mit den Studenten arbeiten).

Ich möchte mit diesen Bemerkungen nicht das Verdienst des Südtiroler Bildungszentrums um die Durchführung dieser Werkstudentenkurse in Frage stellen, jedoch schien es mir notwendig, auf diese strukturellen Beschränkungen solcher Kurse hinzuweisen, da man die Frage der Errichtung einer Hochschule nicht zuletzt auch im Hinblick auf solche Alternativen sehen sollte.

## Der gegenwärtige Diskussionsstand

Entwicklung und Stand der Diskussion um die Frage der Errichtung einer Hochschule in Bozen sind durch eine gewisse Diskrepanz gekennzeichnet, die darin besteht, daß einerseits eine beträchtliche Anzahl relativ gut durchdachter Modelle für eine Hochschule vorliegen, daß aber andererseits wichtige Grundfragen und Rahmenbedingungen für eine solche Hochschule kaum thematisiert wurden. Einer dieser Problembereiche, der Zusammenhang zwischen Universitätsausbildung und Arbeitsmarkt, wurde erstmals in Zusammenhang mit der Studententagung der Südtiroler Hochschülerschaft im Herbst 1974, die sich der Universitätsfrage widmete, angeschnitten (5).

In einer grundsätzlichen Diskussion der gesellschaftlichen Bedeutung der Hochschulbildung erscheint dieser Problembereich als einer der wichtigsten und ich werde dazu einige Überlegungen einbringen, die durch kurze Hinweise auf die aktuelle Lage in Ita-

lien ergänzt werden sollen. Im Anschluß daran möchte ich einige Argumente für die Errichtung einer Hochschule in Bozen aus der Sicht der Entwicklungsperspektiven von Stadt und Region diskutieren, sowie kurz darauf hinweisen, wie eine solche Hochschule grundsätzlich strukturiert sein müßte. Im letzten Teil werde ich Ergebnisse aus einer bis jetzt nicht veröffentlichten Beitragung präsentieren, durch die frühere Untersuchungen über die Einstellung der Südtiroler Bevölkerung zur Errichtung einer Hochschule in Bozen eine Bestätigung finden.

#### Zur Stellung der Hochschule in Zusammenhang von Ausbildung und Gesellschaft

In der Diskussion um die Hochschule in Bozen wurde wiederholt darauf verwiesen, daß die allgemeine „Bildungsexplosion“ auch an Südtirol nicht spurlos vorübergehen könne. Einerseits benötige eine hochindustrialisierte Gesellschaft zur Sicherung des wirtschaftlichen Fortschritts eine ständig steigende Anzahl von Fachkräften und andererseits bewirke die Erhöhung der allgemeinen Bildung eine Veränderung der gesellschaftlichen Strukturen selbst).

Wenngleich diese Thesen auf einige wichtige Zusammenhänge hinweisen, wäre es allerdings ein gefährlicher Trugschluß, den Zusammenhang von Bildung und Gesellschaft nur nach Art eines „Fabrik-Modells“ von Schulbildung zu sehen, nach dem die wichtigste und einzige Funktion der Schule die Heranbildung von spezialisierten Fachkräften für die Wirtschaft ist. Denn die Forschung hat gezeigt, daß die Zunahme der allgemeinen Bildung zwar sicherlich einen Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung in den vergangenen Jahrhunderten geleistet hat, daß aber Schulreformen allein nicht in der Lage sind, grundlegende gesellschaftliche Veränderungen außerhalb der Schule zu bewirken<sup>1)</sup>.

Im Gegensatz zu technokratisch-elitären Auffassungen, für die das Bildungssystem und insbesondere die höhere Bildung vor allem eine Minderheit besonders Begabter heranbilden soll, besteht das Ziel des Bildungswesens nach einer demokratischen Auffassung darin, möglichst vielen Menschen eine umfassende Bildung zu vermitteln<sup>2)</sup>. In dieser Perspektive ist denn auch die allgemeine Ausweitung der Mittel- und Hochschulbildung grundsätzlich positiv zu beurteilen. Damit steht sie natürlich in Gegensatz zu den Vertretern der These von der Nivellierung des Bildungssystems, die davor warnen, daß eine Ausweitung des Schulsystems ein Absinken der Qualität der Schulen mit sich bringe. Heutzutage wird dies vor allem von Mittel- und Hochschulen beklagt. Ähnliche Klagen bestanden aber auch schon früher, wie der Historiker bestätigt: „Jene, die glauben, in der Hochschulreform die Universität vor

Verfassung schützen zu müssen, vergessen, daß die gleiche Abwehrhaltung ursprünglich auch für die Ausbildung im Lesen und Schreiben bestanden hat, daß sie dann auf das mittlere und höhere Schulwesen restringiert wurde“<sup>3)</sup>. Die konservativen Nivellierungstheoretiker unterschlagen also den positiven Aspekt der Nivellierung, die Tatsache, daß auch eine Angleichung von unten nach oben erfolgt, daß auch immer mehr der weniger „Begabten“ eine Bildung erhalten.

Aber auch hinsichtlich der Art und Dauer der notwendigen Ausbildung kann man heute schon Konkretes sagen. Als erster Grundsatz müßte gelten, daß eine fundierte Allgemeinbildung Grundrecht jedes Staatsbürgers ist. Die Schulsysteme der meisten westeuropäischen Länder werden dieser Forderung aber nicht gerecht, denn nur die Minderheit derer, die eine höhere Mittelschule besuchen, erhalten eine ausreichende Grundbildung. Die zunehmende Komplexität der Gesellschaft spricht aber ebenso wie entwicklungspsychologische Erkenntnisse<sup>4)</sup> eindeutig dafür, daß eine Verlängerung der allgemeinen Schulpflicht auf 10 bis 12 Schuljahre notwendig ist. Daß diese Forderung nicht utopisch ist, zeigt sich daran, daß sowohl die USA wie die sozialistischen Länder Osteuropas nicht mehr weit von diesem Ziel entfernt sind (in den USA sind allerdings Minderheiten wie die Schwarzen auch noch weit davon entfernt<sup>5)</sup>).

Auch die Auffassung über den Zusammenhang von Bildungsniveau und Berufsposition wäre in diesem Sinne neu zu überdenken. Man darf Schulbildung nicht mehr bloß als Investition für einen Beruf sehen und erwarten, Matura oder akademische Titel berechtigen automatisch zu einer „gehobenen Stellung“. So sollte insbesondere die Matura nicht mehr bloß als Ausgangspunkt für ein Hochschulstudium angesehen werden, sondern auch direkt in verschiedene Berufe oder Berufsausbildungen führen<sup>6)</sup>.

Diese Überlegungen bedürfen noch einiger Anmerkungen zur bildungsökonomischen Frage des Zusammenhanges von Ausbildung und Arbeitsmarkt. Nicht nur in der Diskussion um die Hochschule Bozen taucht immer wieder das Schreckgespenst vom „arbeitslosen Akademiker“ und vom „akademischen Proletariat“ auf. Dazu schrieb einer der kompetentesten Kenner dieses Problems in der Bundesrepublik, der Leiter des Institutes für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung in Nürnberg:

„Wer immer Sorgen über eine angebliche „Akademikerschwemme“ äußert, schöpft aus unrepräsentativen Einzelbeobachtungen, unzulässigen Vergleichen und freien, oft emotionalen Assoziationen, zuweilen aber auch interessengebundenen (Berufsverbände können reichlichen Nachwuchs nicht immer begründen) ...“

Für kein Land der Welt läßt sich zeigen, daß Akademiker überdurchschnittlich von Arbeitslosigkeit betroffen wären. Alle zur Verfügung stehenden Daten beweisen das Gegenteil: Je höher der Bildungsgrad, um so weniger Arbeitslosigkeit<sup>7)</sup>.

Tatsächlich zeigt sich, daß weniger ausgebildete Arbeitskräfte — ganz besonders Ungelernte — es nicht nur schwieriger haben, Arbeitsplätze zu finden (die dazu noch geringer bezahlt sind), sondern auch in Wirtschaftskrisen zuerst von Arbeitslosigkeit betroffen werden.

Daraus aber umgekehrt zu folgern, daß Akademiker für die Wirtschaft eben wertvoller oder unentbehrlicher seien, wäre allerdings auch zu einfach. Denn in vielen Fällen geht die günstigere Situation, in der sich Akademiker befinden, direkt zu Lasten der Berufschancen anderer Gruppen und zwar vor allem der Maturanten.

Das schick in vielen Fällen verdrängen die besser Ausgebildeten tendenziell die weniger Ausgebildeten<sup>8)</sup>. Daher kann auch die These nur beschränkt gelten, daß Ausgebildete sich ihre Stelle selber schaffen (eine größere Anzahl von Medizimern, Lehrern usw. mag allerdings wesentlich zur Verbesserung der Versorgung der Bevölkerung beitragen).

Diese Zusammenhänge sind in der traditionellen Bildungsökonomie kaum beachtet worden. Es kann hier keine systematische Kritik der Annahmen dieser Bildungsökonomie unternommen werden (15), jedoch sollen die wichtigsten Bestimmungsfaktoren für die Zahl der Hochschulabsolventen eines Landes in Stichworten angeführt werden<sup>9)</sup>:

#### 1. Die individuelle Nachfrage nach wissenschaftlicher Ausbildung.

Diese ist abhängig von zum Teil politisch steuerbaren Faktoren (wie dem Ausbau der Mittelschulen und Gymnasien), zum Teil von schwer beeinflussbaren Trends wie Schulbesuchsquoten auf die Hochschulen. Insgesamt ist dieser Faktor schwer erfassbar und bisherige Prognosen führten oft zu groben Fehleinschätzungen.

#### 2. Das gesellschaftliche Angebot an wissenschaftlicher Ausbildung.

Dieses wird dargestellt durch die Ausbildungskapazitäten der Hochschulen und es gilt, daß deren Kapazität nicht dauerhaft unter der voraussichtlichen Studentenzahl liegen sollte. Hinsichtlich der Einführung der Zulassungsbeschränkungen zum Hochschulstudium in der BRD (Numerus Clausus) wurde etwa festgestellt, daß dies nur infolge schwerer Planungsfehler notwendig wurde und nicht wegen einer unvorhersagbaren Entwicklung oder wegen schlechter Berufsaussichten der Absolventen; gerade in Wächern mit einem Mangel an Absolventen wurde oft ein Numerus Clausus eingeführt<sup>10)</sup>.

#### 3. Die gesellschaftliche Nachfrage nach wissenschaftlicher Ausbildung.

Dieser Faktor wird in den Vordergrund gestellt, wenn man behauptet, die Zahl der Hochschulabsolventen

müsse sich am Bedarf der Wirtschaft orientieren. In Wirklichkeit läßt sich nach verschiedenen Schätzungen nur etwa ein Drittel des Bedarfes an Hochschulabsolventen ökonomisch bestimmen (als determiniert durch Anforderungen des Arbeitsmarktes), während die restlichen zwei Drittel durch gesellschaftspolitische Vorstellungen und Maßnahmen bedingt sind und zwar vor allem durch die Personalpolitik des öffentlichen Dienstes, von dem drei Viertel aller Akademiker direkt oder indirekt abhängig sind<sup>18</sup>). Es erscheint daher nur konsequent, wenn der Deutsche Wissenschaftsrat ebenso wie der englische Robbins-Report einen nur am Bedarf der Wirtschaft orientierten Ausbau der Hochschulen entschieden ablehnt.

#### Akademikerüberschuß und Einheitsmittelschule in Italien

Eine Diskussion der Möglichkeiten für eine Hochschule in Südtirol muß sich zunächst mit der Situation der Hochschule in Italien auseinandersetzen. Denn die bereits oben diskutierte Problematik der arbeitslosen Akademiker taucht gerade in der Diskussion um eine Hochschule in Bozen immer wieder auf, wobei man unterschwellig wohl meist die Situation der Hochschulabsolventen in Italien im Auge hat<sup>19</sup>).

Es ist zweifellos ein — den obigen Bemerkungen scheinbar widersprechendes — Faktum, daß es in Italien ein beträchtliches Ausmaß an Arbeitslosigkeit unter den Hochschulabsolventen gibt. Der bekannte italienische Bildungsforscher Marzio Barbagli hat dieses Phänomen in einer Studie bis in das vergangene Jahrhundert zurück untersucht und einige frappierende Tatsachen zu Tage gefördert<sup>20</sup>). So zeigt sich, daß sie in keiner Weise eine Neuerscheinung der letzten Jahre darstellt, sondern schon um die Jahrhundertwende bestanden hat (so sahen sich damals z. B. Mediziner vielfach zur Auswanderung veranlaßt). Angesichts dieses Akademikerüberschusses (der einzig in den 60er Jahren nach einer längeren Periode stärkeren Wirtschaftswachstums zurückgegangen war) mag die Reform der italienischen Mittelschule (Einführung der Einheitsmittelschule 1962 und breitere Öffnung der Hochschulen für die Absolventen der verschiedenen höheren Mittelschulen 1969), die Italien eines der offensten Schulsysteme in ganz Westeuropa brachte, auf den ersten Blick als problematisch erscheinen. Nun läßt sich aber deutlich nachweisen, daß die Ursache für die Arbeitslosigkeit der Akademiker nicht im Schulsystem zu suchen ist<sup>21</sup>), sondern in der gesamten Struktur der italienischen Wirtschaft. Barbaglis Analyse des Zusammenhanges zwischen Wirtschaftsentwicklung und Hochschulbesuch in Italien seit 1945 zeigt deutlich, daß in Perioden wirtschaftlicher Stagnation oder Krisen der Zustrom auf

die Hochschulen unverhältnismäßig stark anwuchs. Das heißt aber nichts anderes, als daß fehlende Arbeits- und Berufsmöglichkeiten die Jugendlichen veranlaßten, weitläufig Schulen zu besuchen (die Schule als „Parkraum“?). Dies wird auch dadurch bestätigt, daß die unterentwickelten Regionen Süditaliens stets mehr Hochschulabsolventen aufweisen als Norditalien. Es ging also grundsätzlich darum, wie es ein Senator formulierte: „Il problema non è quello di diminuire il numero degli studenti universitari con mezzi artificiali, ma di aprire nuovi sbocchi alle loro attività“<sup>22</sup>).

Die Berechtigung dafür, auch in Italien weiterhin vom Grundsatz auszugehen (wie es z. B. auch die derzeitige österreichische Hochschulpolitik tut), „jedem Bildungswilligen ein Hochschulstudium zu ermöglichen“<sup>24</sup>), liegt aber letztlich darin, daß in Italien ebenso wie in den übrigen westlichen Ländern eine enorme Ungleichheit der Chancen im Zugang zu den Hochschulen besteht. So hatten etwa von den Erstinskribenten des Jahres 1967/68 52,7% einen Vater, der als Unternehmer, leitender Angestellter oder Freiberufler tätig war, während der Anteil dieser Berufsgruppen an der gesamten erwerbsfähigen Bevölkerung nur ca. 15% betrug. Neca stärker zeigt sich diese Diskriminierung beim Abschluß der Hochschule (da Kinder aus Familien der Unterschicht auch häufiger das Studium abbrechen); von den Graduierten (laureati) des Jahres 1965/66 hatten mehr als zwei Drittel einen Vater aus den oben angeführten Berufsgruppen, dagegen waren nur 15,9% der Graduierten Kinder von Vätern in einfachen Arbeiter- oder Angestelltenberufen, deren Anteil an der berufstätigen Bevölkerung ca. 60% ausmachte. Ähnliches gilt für die Bildung der Eltern: die Hälfte der Väter der Graduierten hatte eine Matura oder eine Hochschulbildung, während nur etwa 6% der Gesamtbevölkerung eine ebenso hohe Bildung aufweisen konnte<sup>25</sup>).

Neben diesen Benachteiligungen aufgrund der sozialen Herkunft ist auch auf die regionale Ungleichheit zwischen Nord- und Süditalien hinzuweisen. So ist die Tatsache, daß Süditalien trotz der relativ hohen Zahlen von Hochschulabsolventen eine geringere durchschnittliche Schulbildung der Bevölkerung hat als Italien insgesamt, durch eine besonders starke Abwanderung der qualifizierten Arbeitskräfte nach Mittel- und Oberitalien zu erklären. Das heißt also, daß die akademische Arbeitslosigkeit sehr stark auch regional variiert<sup>26</sup>).

Auch für Südtirol wird daher gelten, daß die Beschäftigungsmöglichkeiten für Akademiker von der Entwicklung der Arbeitsplätze für die gesamte erwerbstätige Bevölkerung abhängig sein werden und nicht in erster Linie von der Anzahl der Akademiker, die — sei es in Südtirol selbst oder anderswo — „erzeugt“ werden.

#### Zur Standortbestimmung von Hochschulen

Die Frage nach der regionalen Platzierung von Hochschulen muß im Zusammenhang mit der von den Grundgesetzen geforderten Gleichheit der wirtschaftlichen und sozialen Lebensbedingungen für alle Staatsbürger gesehen werden. Diese Gleichheitsforderung impliziert auch gleiche Umweltverhältnisse für die Bewohner der verschiedenen Regionen eines Landes.

Hinsichtlich der Bildungseinrichtungen gilt, daß sie „Bestandteil der regionalen Infrastruktur sein müssen, wenn die räumliche Herkunft für einen Teil der Bevölkerung z. B. nicht mindere Lebenschancen bedingen darf. Die Hochschulstufe muß dabei eingeschlossen sein.“<sup>27</sup>).

Wichtig in diesem Zusammenhang ist, daß deutliche Zusammenhänge zwischen Hochschulstandort und Chancen des Zugangs zur Hochschule bestehen. Am eindeutigsten ist dieser Zusammenhang für die Hochschulstandorte selbst nachweisbar. In der BRD wohnen z. B. zu Beginn der 60er Jahre 20,8% der Bevölkerung in Städten mit Hochschulen, jedoch 36,7% der gesamten Studierenden kamen aus diesen Städten<sup>28</sup>). In Österreich kamen zur selben Zeit in Wien auf je 10.000 Einwohner 83 Hochschulstudien, in den anderen Bundesländern nur 39. Im Wintersemester 63/64 kamen 2/3 aller Tiroler Hochschulstudien der Universität Innsbruck aus der Stadt Innsbruck allein, in der nur 22% der Tiroler Bevölkerung wohnen<sup>29</sup>). Auch bei Ausschaltung des Einflusses der Berufsstruktur (in Städten ist der Anteil der Akademiker höher, deren Kinder wiederum häufiger eine Hochschule besuchen) gilt, daß in Hochschulorten selbst mehr junge Leute die Chance haben, eine Hochschule zu besuchen. Für Österreich insgesamt zeigt sich deutlich, daß die Studentenquote (Anteil der Studierenden an der 18- bis 25-jährigen Wohnbevölkerung) in den Bundesländern ohne Hochschule niedriger ist als in jenen mit Hochschule<sup>30</sup>).

In einer Untersuchung der Studenten des ersten Studienjahrganges an der neugegründeten Hochschule für Bildungswissenschaften in Klagenfurt sowie aller Kärntner Maturanten desselben Jahres (1973) konnte Evidenz dafür gefunden werden, „daß die Hochschulgründung in Klagenfurt Kärntner Maturanten zu einem Studium bewegt hat, die wohl sonst kein Hochschulstudium begonnen hätten“<sup>31</sup>).

Erwähnenswert scheint an dieser Untersuchung auch die Tatsache, daß besonders Mädchen durch die Neugründung zu einem Hochschulbesuch veranlaßt werden konnten, wenn man sich vergegenwärtigt, daß gerade die Ausschöpfung der Begabungsreserven bei den Mädchen stark hinter jener bei den Burschen zurückgeblieben ist<sup>32</sup>).

Ein Kriterium dafür, ob ein Gebiet als „hochschulversorgt“ angesehen wer-

den kann, entwickelte die Bildungsreform mit dem Konzept der „Hochschulregion“: studieren aus einer Region zumindest die Hälfte aller Studierenden an ein und derselben Hochschule, so wird dieses Gebiet als „Hochschulregion“ bezeichnet und wird als versorgt betrachtet<sup>(35)</sup>. Eine starke Streuung der Studenten einer Region auf viele verschiedene Hochschulen wird als Indiz für das Fehlen einer nahen Hochschule gewertet, weil sich gezeigt hat, daß die „Bildungswanderung“ dieser Gruppe zum Teil als Zwangswanderung angesehen werden muß<sup>(36)</sup>. Die Unterversorgung einer Region aber hat folgende Konsequenz: „Studierende, die in Räumen außerhalb der regionalen Einzugs- und Versorgungsräume beheimatet sind oder solche, die eine regional zugeordnete, nur wenige oder spezielle Studiemöglichkeiten anbietende Hochschule nicht besuchen, obwohl sie im Einzugsbereich sind, wählen in der Mehrzahl weder die nächstgelegenen Hochschulen noch die Hochschulen innerhalb des Landeserritoriums“<sup>(37)</sup>.

In engem Zusammenhang mit der Frage nach der Funktion der regionalen Hochschulgründung für die Erschließung von Begabungsreserven steht die Frage nach der Größe neuer Hochschulen. Die Frage, ob es zweckmäßig ist, eine neue Hochschule voranzutreiben nicht als Volluniversität zu planen (was im Falle der Universität Bozen fast durchwegs vorausgesetzt wird), muß mehrere Gesichtspunkte berücksichtigen. Zum ersten wurde in Studien über die Einzugsbereiche von Hochschulen festgestellt, daß die Studienwahl der Studenten einer Region deutlich durch das Fächerangebot an der regional zugeordneten Hochschule beeinflusst wird<sup>(38)</sup>. Zum zweiten scheint die wissenschaftliche Organisation und Effizienz der Hochschule (so steigt etwa der personelle Aufwand pro Student, je kleiner die Hochschule) in mancher Hinsicht durch eine Volluniversität besser gewährleistet zu sein<sup>(39)</sup>. Das Konzept der „Schwerpunkthochschule“, an dem sich die Hochschulneugründungen in Österreich orientiert haben (38), scheint allerdings ebenfalls vertretbar zu sein, wenn folgende Gesichtspunkte berücksichtigt (39):

1. Die an der Hochschule vertretenen Fächer sollten unter dem Gesichtspunkt ausgewählt werden, daß sie in sich geschlossene Fachbereiche darstellen und vollständige Studiengänge in diesen Fächern ermöglichen;
2. Die ausgewählten Fächer müssen jeweils durch mehrere Lehrstühle vertreten sein; man sollte auf keinen Fall versuchen, möglichst viele Einzelfächer durch mindestens einen Lehrstuhl zu besetzen;
3. Inhaltlich sollte weder die naturwissenschaftliche noch die geisteswissenschaftliche Komponente ganz fehlen;
4. Die an der Hochschule vertretenen Schwerpunkte müßten in engem Zusammenhang mit Bedürfnissen der

betreffenden Region stehen; es wäre illusorisch zu erwarten, daß eine größere Anzahl von Studenten aus dem Einzugsbereich anderer Hochschulen zum Studium einer speziellen Fachrichtung an die nonrichtete Hochschule kommen wird<sup>(40)</sup>.

Schließlich soll erwähnt werden, daß eine derartige Schwerpunkthochschule verschiedene Möglichkeiten zur Neukombination von Fächergruppen oder zur Einführung von Forschungsbereichen bieten könnte, die an den traditionellen Universitäten noch kaum vertreten sind<sup>(41)</sup>.

Ein letzter Gesichtspunkt betrifft den Beitrag, den die Neugründung einer Hochschule für die Entwicklung einer Region und Stadt bringen kann<sup>(42)</sup>.

1. Eine Hochschule hätte eine Bereicherung des geistigen und kulturellen Lebens einer Stadt und Region zur Folge. Während auf diesen Aspekt in der Diskussion über eine Hochschule in Bozen schon oft hingewiesen wurde, wurde die Kehrseite davon noch kaum genannt: ein gewisses Minimalangebot an kulturellen Einrichtungen und Aktivitäten müßte in einer Stadt bereits bei Errichtung der Universität vorhanden sein (wie Bibliotheken, Theater usw.)<sup>(43)</sup>. Von der Hochschule wäre eine erhöhte Nachfrage nach solchen Einrichtungen zu erwarten.

2. Eine Hochschulgründung wäre auch in wirtschaftlicher Hinsicht von Bedeutung. Positive Effekte auf die wirtschaftliche Situation von Stadt und Region wären zu erwarten von den Investitionen für Hochschulbauten, von der ständigen Anwesenheit einer großen Zahl von Studenten an Hochschulort und nicht zuletzt von der Möglichkeit, einheimischen Akademikern Arbeitsplätze in Forschung und Lehre anbieten zu können. Die Kehrseite dieses Aspektes ist, daß die Höhe des notwendigen finanziellen Aufwandes nicht unterschätzt werden darf. Als erstes fällt hier der Bedarf an Baufläche bzw. Raum ins Gewicht. Frühere Erfahrungen haben gezeigt, daß eine neue Hochschule ihre Tätigkeit keinesfalls in unzureichenden Behelfsgebäuden beginnen sollte.

#### Probleme und Chancen einer Universität in Südtirol

Analysen des Südtiroler Bildungswesens zu Beginn der 70er Jahre kamen zum Schluß, daß die Mängel der Bildungssituation in Südtirol vor allem an der Basis, in den Volksschulen und unteren Mittelschulen liegen<sup>(44)</sup>. Man wird außerdem noch anerkennen müssen, daß der Hochschulbesuch vor allem durch den Zugang zu den Mittelschulen determiniert wird<sup>(45)</sup>.

Die Ergebnisse der Volkszählung 1971 zeigen aber auch auf den höheren Bildungsebenen ein deutliches Manko: so ist der Anteil der Akademiker und Maturanten an der über 15jährigen deutsch- und ladinischsprachigen Be-

völkerung Südtirols niedriger als in allen umliegenden österreichischen Bundesländern und italienischen Provinzen<sup>(46)</sup>.

Die neuesten Daten über die Entwicklung der Bildungssituation auf dem Sektor der höheren Mittelschulen zeigen allerdings eine deutliche Verbesserung: zu Beginn des Schuljahres 1975/76 waren nicht weniger als 8.341 Schüler an höheren Mittelschulen eingeschrieben. Bemerkenswert daran ist auch — vor allem angesichts der Tatsache, daß die Volkszählung 1971 noch eine starke Unterrepräsentation der Frauen unter den Akademikern der deutschen Volksgruppe aufgezeigt hatte<sup>(47)</sup> — daß der Anteil der Mädchen sogar etwas mehr als die Hälfte davon (53,7%) beträgt<sup>(48)</sup>. Dabei muß allerdings hinzugefügt werden, daß der Großteil dieser Mädchen an reinen Mädchenschulen oder mehr berufsbildenden Schulen (wie den Lehranstalten für kaufmännische Berufe oder den Lehrerbildungsanstalten) studiert und die Mädchen an den Lyzeen, deren Absolventen am häufigsten auf eine Hochschule übertreten, unterrepräsentiert sind.

Welche Konsequenzen folgen aus dieser Zunahme der Zahlen der Schüler an den höheren Mittelschulen in Südtirol? Ein sehr häufig vorgebrachtes Argument gegen die Errichtung einer Hochschule in Bozen lautet, die starke Streuung der Südtiroler Hochschüler auf in- und ausländische Hochschulen wäre von Vorteil, da sie zur Erweiterung des Horizonts führe; eine Hochschule in Bozen würde nicht einmal alle Südtiroler Studenten jener Fächer anziehen, die an ihr eingerichtet würden<sup>(49)</sup>.

Aus den Erhebungen der Bildungsgruppe Universität Innsbruck geht hervor, daß man in den nächsten Jahren je Geburtenjahrgang mit 1.100 deutsch- und ladinischsprachigen und 700 italienischsprachigen Schülern an allen zur Matura führenden Schultypen rechnen muß. Auch wenn sicherlich nicht alle zur Matura gelangen, kann man doch annehmen, daß für die Universität Bozen fast 1.000 Studenten pro Geburtenjahrgang und somit eine Hörerzahl von vier- bis fünftausend Studierenden für eine doppel-sprachige Universität angenommen werden können<sup>(50)</sup>.

Wie bereits dargelegt wurde, ist jedoch die Tatsache, daß die Studierenden einer Region sich auf viele verschiedene Hochschulen verteilen, lediglich ein Hinweis darauf, daß dieses Gebiet nicht im Einzugsbereich einer dominanten Hochschule liegt. Wenn im Zusammenhang mit dem obigen Argument auch behauptet wird, Südtiroler Studenten, die die Absicht zu einem Hochschulbesuch hätten, würden sich davon auch durch das Fehlen einer Hochschule in Bozen nicht abhalten lassen, so übersieht man, daß jene Studenten, die an einer weit entfernten Hochschule studieren, zum größten Teil besonders „bildungs-

privilegiert sind, wie es in der Untersuchung an den Kärntner Maturanten festgestellt wurde<sup>51)</sup>.

Von „Bildungsprivilegierung“ kann man hier sprechen, weil es vor allem Söhne von Familien höherer sozialer Schichten sind, die in jedem Falle nach der Matura ein Hochschulstudium absolvieren, während männliche Maturanten aus Arbeiter- und Bauernfamilien und weibliche Maturantinnen beim Fehlen einer regional zugeordneten Hochschule eher auf ein Studium überhaupt verzichten.

Von einer Hochschulgründung in Bozen wären also gerade im Hinblick auf die Bildungschancen von traditionell eher benachteiligten Gruppen von Maturanten positive Effekte zu erwarten.

Wichtig erscheint dies im Falle Südtirols besonders hinsichtlich der Mädchen, denn die derzeitige Zusammensetzung der Südtiroler Berufsstruktur nach dem Geschlecht ist vor allem dadurch gekennzeichnet, daß Frauen in akademischen Berufen (vor allem unter den Mittelschullehrern) sehr schwach, in Berufsgruppen mit nur geringem Ausbildungsgrad der Beschäftigten dagegen besonders stark vertreten sind (vor allem im Handel und Gastgewerbe).

Daher haben auch die Autoren des Berichtes „Südtirol 1961—1971“ darauf hingewiesen, „daß die aufgezeigte Tendenz im Handelssektor nicht nur zu einer einseitigen — besonders in bezug auf den Fremdenverkehr — auch eventuell zu einer allzu einseitigen Ernährungsstruktur führen kann“<sup>52)</sup>.

Bezüglich der Vorteile eines Studiums im deutschsprachigen Ausland für die „Horizontserweiterung“ der Südtiroler Hochschüler wäre anzumerken, daß man sie abwägen müßte gegen die Vorteile eines Studiums im eigenen Lande. Der angesehene österreichische Kulturhistoriker Friedrich Heer hat die notwendige Form der Bildung für die Akademiker Südtirols bereits im Jahre 1964 so umschrieben:

„Es gibt eine einzige Möglichkeit, dem Südtiroler Volk eine Zukunft zu schaffen. Diese einzige Möglichkeit besteht in der sofort im Angriff zu nehmenden Erziehung und Heranbildung der Südtiroler Jugend zu einer Intelligenzschicht, die gleichermaßen italienisch wie deutschsprachig gebildet, das Südtiroler Volk in ... allen politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Zentren Italiens vertreten kann.“

Die österreichische Regierung sollte in diesem Sinne ein Sofortprogramm beschließen zur Förderung der Erziehung und Bildung eben dieser Intelligenzschicht, ohne die das Südtiroler Volk keine Zukunft besitzt. Nun sind bekanntlich seit einigen Jahren einige Unternehmungen, Stipendien usw. für Südtiroler in dieser Hinsicht begonnen worden. Diese sehen aber meist am Wesentlichen vorbei an der bilateralen, zweifachen Bildung und Erziehung, auf die es da ankommt. Es genügt einfach nicht, das Südtiroler Studenten in Innsbruck, Wien, Graz etwa römische, deutsche und österreichische Jurisprudenz studieren oder, um sich für das Lehrlern vorzubereiten, Deutsch und Geschichte in Österreich und Deutschland studieren ...<sup>53)</sup>.

Der größte Vorteil des Hochschulstudiums in Südtirol selbst wäre der, daß es den Studenten während des Studiums ermöglichen würde, im engen Kontakt mit der Entwicklung und

den Problemen des Landes zu bleiben. Als besonders wichtig erscheint mir in diesem Zusammenhang, daß bereits während des Studiums berufliche Erfahrungen und Kontakte gesammelt werden könnten, wodurch die Bindung der Hochschulabsolventen an das Land und die Entscheidung, auch dort zu arbeiten, vermutlich stark gefördert würde<sup>54)</sup>.

Ein Argument von Dr. Pan ist in diesem Zusammenhang ebenfalls zu diskutieren. Er meint, die Frage, ob Innsbruck die Funktion der „Landesuniversität“ auch für Südtirol übernehmen könnte, hinge davon ab, ob sie auch im Forschungsbereich Südtirol mitversorgt, was einerseits nur eine Folge davon sei, „ob die Südtiroler über den studentischen Bereich hinaus auch im Mittelbau und im Lehrkörper Eingang finden und entsprechend repräsentiert sind“<sup>55)</sup>. In der Lösung, die dabei von Dr. Pan vorgeschlagen wird, eine gewisse Diskriminierung der Südtiroler in gehobenen Positionen zu behoben, zeigt sich wohl am deutlichsten die Absurdität einer Konzeption, die von der These ausgeht: „Südtirol bedarf keiner eigenen Universität, dafür aber einer klaren und zielbewußten Hochschulpolitik“<sup>56)</sup>. Denn in diesem Zusammenhang wird nicht erwähnt, daß mit der Benennung zum Hochschulprofessor in Österreich genauso wie in Italien die Verleihung der Staatsbürgerschaft verbunden ist, so daß ein Südtiroler dann strenggenommen wohl auch als Österreicher bezeichnet werden muß. Letztlich ist die Ursache für diese Entfremdung aber gar nicht in erster Linie die rechtlich-politische Zugehörigkeit, sondern die Tatsache, daß die gesamte Forschungs- und Arbeitsbasis eines Wissenschaftlers in jener Stadt und in jenem Land verankert sein wird, in dem sich seine Universität befindet. Davon kann auch die Vergabe „gelegentlicher Forschungsvorhaben“ über Südtirol nichts ändern, wie Dr. Pan selbst bemerkt (abgesehen davon, daß solche Forschungsaufträge nur in wenigen Disziplinen möglich sind). Will die Südtiroler Landesverwaltung Südtirolern selbst Möglichkeiten zu wissenschaftlicher Arbeit im Rahmen einer Hochschule geben, so kann das letztlich nur durch den Aufbau derartiger Einrichtungen in Südtirol selbst geschehen (alles andere müßte man wohl als Einnischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten bezeichnen).

#### Die Einstellung der Südtiroler zur Universität

Der letzte Punkt betrifft die Einstellung der Südtiroler Bevölkerung in Bozen. Auch ich bin der Meinung, daß eine Hochschule in Südtirol „von der Gesamtbevölkerung getragen werden müßte“<sup>57)</sup>. Als Beitrag zur Beantwortung der Frage nach der Einstellung der Bevölkerung in Südtirol zu dieser Frage scheinen mir die Ergebnisse einer bisher unveröffentlichten Unter-

suchung von Interesse, so daß ich sie abschließend darstellen möchte. Es handelt sich dabei um eine Befragung unter 495 Angehörigen der deutschen Volksgruppe, die eine Zufallsstichprobe aus der deutschsprachigen Bevölkerung Südtirols darstellen. Die Befragung wurde im Herbst 1973 vom Institut für empirische Sozialforschung (Wien) durchgeführt<sup>58)</sup>.

Die wichtigste Frage betrifft die Einstellung zur Hochschule in Bozen, deren Formulierung und Hauptergebnisse folgendermaßen lauten<sup>59)</sup>:

„Sprechen wir jetzt wieder über einige Probleme, über die man in letzter Zeit da und dort diskutiert hat. Da gibt es die Frage einer zweisprachigen Universität in Bozen. Was ist Ihre Meinung dazu — sollte es in Bozen eine solche geben?“

	N	ja, unbedingt	nein	weiß nicht	Insgesamt
Zusammen	(495)	75	8	17	100
Pflichtschule ohne weitere Ausbildung	(348)	73	6	21	100
Lehre, Fachschule					
Handelschule (107)	80	5	15	100	
Matura, Hochschule (40)	60	9	31	100	
Bozen/Neumarkt	(162)	76	15	15	100
Brixen/Sterzing					
Bruneck (160)	86	4	10	100	
Schlanders/Meran	(173)	71	3	26	100

\*) Anzahl der Befragten

75%, also genau drei Viertel aller Befragten, sprachen sich in ganz unterschiedener Weise für die Errichtung einer Universität in Bozen aus. Dieses Ergebnis erhärtet also deutlich das Ergebnis der Erhebungen des Instituts für Erziehungswissenschaften in Innsbruck, in denen 71% der befragten deutschsprachigen Eltern eine negativ formulierte und 81% eine positiv formulierte Frage zum Problem der Errichtung einer Hochschule in Bozen zustimmend beantwortet hatten<sup>60)</sup>. Es muß damit wohl als gesichert gelten, daß unter der deutschsprachigen Bevölkerung Südtirols eine eindeutige Mehrheit die Einrichtung einer doppel-sprachigen Hochschule befürwortet.

Auf zwei bemerkenswerte Zusammenhänge in der obigen Tabelle möchte ich gesondert hinweisen. Erstens zeigt sich, daß die Errichtung einer Universität am häufigsten von Personen mit einer mittleren Berufs- oder Fachausbildung befürwortet wird. Hierin kann man vermutlich einen Hinweis darauf sehen, daß gerade in dieser Gruppe die Erreichbarkeit einer Hochschule eine wichtige Rolle für die Möglichkeit zu ihrem Besuch spielt.



Ergebnisse der Bildungsforschung zeigen nämlich, daß die größte Bereitschaft zu einer Weiterbildung gerade unter den sozialen Gruppen mit mittlerer Ausbildung besteht. Ein zweites wichtiges Ergebnis scheint mir zu sein, daß nach der regionalen Zugehörigkeit die Befragten im Pustertal und im mittleren, und oberen Etschtal häufiger als die übrigen für die Universität Bozen sind. Ein Vertreter des SBZ sagte in einem ORF-Interview: „Man muß sich auch vor Augen halten, daß unsere Studenten, vor allem die Bauernsöhne und die Leute aus den entlegenen Tälern ja immer den Wohnort wechseln müssen, wenn sie eine Universität besuchen wollen. So ist für einen Pustertaler oder Passierer Innsbruck weder weiter noch teurer als Bozen.“<sup>61)</sup> Abgesehen davon, daß es einfach falsch ist zu behaupten, Innsbruck sei vom Pustertal nicht weiter entfernt als Bozen (solange unter dem Jaufen kein Tunnel ist, beträgt die faktische Entfernung nach Innsbruck mindestens 100 km mehr), lassen diese Ergebnisse vermuten, daß gar nicht die geographische Nähe das entscheidende Kriterium für die Einstellung zur Universität darstellen. Statt dessen würde ich vermuten, die Bevölkerung der eher „entlegenen“ Täler hält ein Studium in Bozen deswegen für wichtiger, weil es dem Studenten die Möglichkeit zu besserem Kennenlernen der spezifischen Probleme Südtirols bietet. Diese Probleme sind dadurch bestimmt, daß Bozen als Hauptstadt Südtirols eine Stadt mit mehrheitlich italienischsprachiger Bevölkerung ist und daß Südtirol insgesamt ein Teil von Italien ist. Diese Probleme kann man jedoch in Innsbruck oder sonstwo im deutschen Sprachraum nicht kennenlernen (diese Fragen sind für Südtiroler Studenten aus kleineren Gemeinden aktueller, da sie von Jugend auf geringeren Kontakt mit der italienischen Sprache und Volksgruppe haben als die Studenten aus größeren Städten).

Noch ein weiteres Ergebnis aus dieser Befragung soll präsentiert werden<sup>62)</sup>:

„Welches der angeführten Probleme sollte in Südtirol mehr diskutiert werden?“

	%
Volkstumsprobleme	18
Probleme der Landwirtschaft	42
Probleme des Fremdenverkehrs	35
Soziale Fragen	40
Bildungsfragen	33
Probleme der Selbständigen und Gewerbetreibenden	17
Probleme der Angestellten und Beamten	14
Probleme der Arbeiter	44
Umweltschutz	29
Wohnbauprobleme	43
keine Antwort	11

Das Ergebnis, daß 33% Bildungsfragen für sehr wichtig halten, bestätigt nach meiner Meinung die Aussage von Doz. Eva Köckeis-Stangl, daß die Südtiroler deshalb für eine Universi-

tät sind, „weil sie überhaupt offensichtlich sehr vorsehnen für den Ausbau des gesamten Bildungswesens und des gesamten Schulwesens sind“. Dem widerspricht auch nicht, daß auf die Frage, was vor allem geschehen müßte, um die Lage der Arbeiter und Angestellten in Südtirol zu verbessern, 25% höhere Löhne und 37% mehr Industrie nannten und nur 4% bessere Bildungsmöglichkeiten<sup>63)</sup>. Es geht hier eben nicht um ein Entweder-Oder, sondern um die relative Bedeutung verschiedener Zielsetzungen und insofern ist es folgerichtig, wenn der Schaffung von Arbeitsplätzen Vorrang eingeräumt wird.

#### Schlussfolgerung: Die Notwendigkeit von Grundlagenforschung und öffentlicher Diskussion

Im Rahmen dieses Artikels war es nicht möglich, eine systematische Darstellung und Bewertung aller Probleme bezüglich der Errichtung einer Universität in Bozen zu geben. Das Schwergewicht meiner Ausführungen war bestimmt durch die mir zugänglichen Daten, wobei insbesondere die Frage des Verhältnisses zur Universität Trient und die komplexe Frage der Doppelsprachigkeit nicht behandelt werden konnten.

Es ist allerdings schwer vorstellbar, daß eine solche Hochschule nicht zweisprachig sein sollte. Wenn man ausgeht von der Tatsache, daß eine entscheidende Mitsprache der Südtiroler Landesregierung in der konkreten Ausgestaltung der Hochschule Grundbedingung für ihre Errichtung sein muß (was in allgemeiner Form bekanntlich schon im italienischen Universitätsgesetz vom 30. 11. 1973 verankert ist und auch vom Rektor der Universität Trient bestätigt wurde<sup>64)</sup>, so scheint die fortgesetzte prinzipielle Ablehnung jeder Diskussion mit dem Hinweis auf Hegemoniebestrebungen durch Trient nicht anders verständlich, denn als mangelndes Vertrauen in die Fähigkeiten und Möglichkeiten zur Teilnahme und Kontrolle durch die Südtiroler selbst. Ähnliches betrifft die Frage der Kosten, die eine Hochschule mit sich bringen würde. Hierzu schreibt Dr. Pan: „Abgesehen davon, daß kein zwingender Grund genannt werden kann, der das Entstehen einer Hochschule oder Universität in Bozen zu rechtfertigen vermag, würden die aus einer solchen Einrichtung erwachsenden finanziellen Erfordernisse... den Südtiroler Landeshaushalt, also letztlich den Steuerzahler, in unzumutbarer Weise belasten“<sup>65)</sup>.

Es mag wohl stimmen, daß kein „zwingender Grund“ für eine Hochschule genannt werden kann, jedoch sollte klar geworden sein, daß „zwingende Gründe“ für keinerlei Art von Bildungseinrichtungen genannt werden können. Die Frage ist vielmehr, welche sozial- und bildungspolitischen Einrichtungen von den Südtirolern und ihren Politikern als wichtig erachtet

werden und für welche derartigen Einrichtungen man bereit ist, finanzielle Mittel aufzubringen. Nebenbei wäre zu bemerken, daß die Kosten einer Hochschule in Bozen zu einem guten Teil vom Staat mitfinanziert würden, was bedeutet, daß Südtirol im Falle der Ablehnung einer eigenen Hochschule auf diese Mittel verzichtet.

Was in der derzeitigen Situation am wichtigsten ist, scheint eine von einer breiten Öffentlichkeit in Südtirol getragene Diskussion um die Chancen und Probleme einer solchen Hochschule, nicht jedoch die Vorgangsweise des Südtiroler Bildungszentrums, das sich vor Einschalung der Öffentlichkeit „die Unterstützung maßgeblicher Kreise“ gesichert hat<sup>66)</sup> und dann Politiker und Öffentlichkeit vor vollendete Tatsachen gestellt und sie damit vielleicht mehr oder weniger gezwungen hat, eine Entscheidung im Sinne dieser Tatsachen zu treffen.

Eine derartige öffentliche Diskussion kann aber nur dann zielführend sein, wenn fundierte Entscheidungsgrundlagen vorhanden sind. Hierzu wäre festzuhalten, daß sich nicht wiederholen sollte, was ein kritischer Beobachter für Österreich festgestellt hat: „Weitgehend ungelöst ist noch das Problem der Hochschulegründungen. Hierzu wurden, abweichend etwa von der Bundesrepublik Deutschland, für neu zu gründende Hochschulen keine Planungsgutachten ausgearbeitet, sondern die Entwicklung wurde weitgehend der Improvisationskunst der Interessenten anheimgestellt“<sup>67)</sup>. Inzwischen wurde die Notwendigkeit systematischer Grundlagenforschung und Planung jedoch auch in Österreich erkannt<sup>68)</sup> und es wäre zu hoffen, daß man im Sinne einer Transparenz bei der Vergabe der Mittel zugunsten des Bildungswesens in Südtirol neu überdenkt und vor allem die Interessen der Betroffenen selbst anhört und berücksichtigt<sup>69)</sup>.

Die in diesem Artikel sowie in den bisherigen Beiträgen an anderen Stellen vorgelegten Argumente sind nach meiner Meinung ausreichend, die Forderung als gerechtfertigt erscheinen zu lassen, für eine solche systematische Erarbeitung von Entscheidungsgrundlagen finanzielle Mittel bereitzustellen, um auf deren Basis nach einer breiten öffentlichen Diskussion eine fundierte und allgemein anerkannte Entscheidung treffen zu können<sup>70)</sup>.

#### Anmerkungen

<sup>1)</sup> Den Großteil der Ideen dieses Artikels verdanke ich Gesprächen und Diskussionen mit meinen Freunden und Kollegen Franz Huber, Stefan Lochmann, Hans Mitterhofer, Peter Seidl, Luis Siller, Leopold Steiner und Hermann Strasser, was aber nicht bedeutet, daß die volle Verantwortung für sämtliche Behauptungen nicht dennoch bei mir liegt.

<sup>2)</sup> Christoph Pan, Hochschulpolitik in Südtirol aus bildungssoziologischer Perspektive, Schriftenreihe des Südtiroler Wirtschafts- und Sozialinstituts, Bd. 68, Bozen 1975.

<sup>3)</sup> Ebenda, S. 47 f.

<sup>4)</sup> Marina Fischer, Anwendung organisationssoziologischer und lerntheoretischer Konzepte auf den Lehrbetrieb an Hochschulen, Phil. Diss., Wien 1971.

<sup>5)</sup> Pan, Hochschulpolitik in Südtirol, S. 35 und 49.



9 Walter Cuffler und Elmar Locher, „Zur Universitätsreform“, skolasf 19 (2), 1974, S. 1.

10 Hellmuth Ladurner, „Universitätsreform: ja oder nein?“, Dolomiten Nr. 191, 6/7. Mai 1978 und „Bildungsplanung für Südtirol“, skolasf 18 (2), Mai 1973, S. 3-5.

11 Christoph Jockis u.a., Chancengleichheit, Hamburg 1973, S. 274; auch in den Forschungsberichten über die Bildungssituation in Südtirol wurde dieses Faktum betont; vgl. Isidore Wieser, Schulverspätung in Südtirol, Heft 2/1974, Schriftenreihe des Assessors für Öffentlichen Unterricht und Kultur, Forschungsberichte Reihe 8.

12 Pierre Bourdieu und Claude Passeron, Die Illusion der Chancengleichheit, Stuttgart 1971, S. 30.

13 Fritz Fellner, „Restauration oder Fortschritt“, Hochschulprobleme aus der Sicht des Historikers“, in: H. Fischer (Hrsg.), Versäumnisse und Chancen, Beiträge zur Hochschulreform in Österreich, Wien-Innsbruck 1976, S. 21 ff.

14 So schrieb der Psychoanalytiker Sigmund Freud in Sisyphos oder die Grenzen der Leizung (Frankfurt 1973, S. 125) schon im Jahre 1925: „Kein Mittel, ganz wörtlich und völlig ausschließlich kein Mittel gibt es, kein vorgeschlagenes, kein erdenkbares, Volkskultur zu schaffen, solange die Jugend des Proletariats, des Volkes oben, mit zwölf, mit vierzehn Jahren der Straße, der Fabrik, der Zwangsarbeit ausgeliefert wird. Sisyphos, irgend etwas anderes in diesem Zusammenhang zu fordern: als Freiheit jedes Menschen von Zwangsarbeit bis zu seinem achtzehnten Jahre“.

15 Vgl. dazu Alfred Kozlik, Wie wird der Akademiker?, Wien-Frankfurt-Zürich 1965, Sergio Los, „Crisi dell'università e possibili vie d'uscita“, Manuskript für die SK-Studientagung Bozen 1974.

16 Empfehlungen des Wissenschaftsrates zum Ausbau der wissenschaftlichen Hochschulen bis 1970, Tübingen 1970, S. 182.

17 Dieter Mertens, „Zu viele Studenten?“, Die Zeit, 2. November 1973.

18 Kozlik, Wie wird der Akademiker, S. 139 ff.

19 Vgl. auch Cuffler-Locher, Zur Universitätsreform.

20 Nach Bodo von Borries, Numerus Clausus, Versäumnisse und Aufgaben der Hochschulplanung, Bonn 1969.

21 Ebenda, S. 13.

22 Vgl. die Empfehlungen des Wissenschaftsrates sowie Mertens, Zu viele Studenten?

23 In diesem Zusammenhang wird dieses Argument immer noch gebraucht. So hieß es in den Dolomiten vom 3. Dezember 1975: „Das Südtiroler Bildungszentrum will also keineswegs dazu ‚beitragen‘, arbeitslose Akademiker bzw. akademisches Proletariat heranzubilden“.

24 Marzio Barbagli, Disoccupazione intellettuale e sistema scolastico in Italia, Bologna 1974.

25 Im internationalen Vergleich zeigt sich, daß die Studentenquoten in Italien keineswegs zu den höchsten in Europa zählen; vgl. R. Poignant, „Zur Situation des höheren Unterrichtswesens in den EWG-Ländern“, Konsumer Blätter f. Hochschulfragen 4 (4), 1966, S. 54 ff.

26 Vgl. auch Paolo Braghin, Le disegualanze sociali. Analisi empirica della situazione di disegualianza in Italia, Milano 1973, S. 392.

27 Barbagli, Disoccupazione intellettuale, S. 410. Wie sehr eine Politik, die die Ursache des Akademikerüberschusses nur im Schulsystem sucht, fehlgehen kann, zeigte sich, als Ende der fünfziger Jahre in Italien gerade in konservativen Kreisen plötzlich die These auftrat, Italien habe zu wenig Akademiker, um den wirtschaftlichen Fortschritt zu sichern. Es ließe sich außerdem wahrscheinlich unschwer nachweisen, daß der Anteil der Arbeitslosigkeit in Italien unter den Personen mit geringer Schulbildung noch höher ist als unter den Akademikern.

28 Hochschulbericht 1972, Bd. 1, Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung, Wien 1972, S. 11.

29 Braghin, Le disegualanze sociali, S. 492-499. In Österreich betrug der Anteil der Arbeiterkinder an den Universitätsstudenten 1966/67 7%, bis 1971/72 hatte er sich nur auf 13% erhöht; vgl. Bildungsberichte 1972, S. 60.

30 Ein weiterer Effekt höherer Allgemeinbildung ist auch, daß es Unternehmern schwerer fällt, billige Arbeitskräfte für ungelernete Hilfsarbeiten zu gewinnen, da Bildung das Anspruchsniveau der Arbeiter erhöht; auch für die Unternehmen selbst hat dies langfristige positive Effekte, da sie dadurch zu stärkerer Forschung, da technis-

chen Fortschritts gezwungen werden; vgl. Massimo Paci, Mercato del lavoro e class sociali in Italia, Bologna 1973.

31 Clemens Geissler, Hochschulstandorte — Hochschulbesuch, Hannover 1965, S. 168.

32 Ebenda, S. 32.

33 Kozlik, Wie wird der Akademiker, S. 33 ff.

34 Vgl. Hochschulbericht 1972, Tab. S. 56; in den Bundesländern ohne Hochschule variiert die Studentenquote zwischen 2,9 (Burgenland) und 4,1 (Vorarlberg), in jenen mit Hochschule zwischen 4,8 (Oberösterreich) und 11,5 (Wien); Teil diesem Zusammenhang wäre allerdings die unterschiedliche Verteilung der Bevölkerung nach Gemeindegrößenklassen zu berücksichtigen. Bemerkenswert in diesem Zusammenhang scheint, daß vor Kurzem (laut Kurier vom 27. 1. 1976) die SPÖ von Vorarlberg unter Hinweis auf die für österreichische Verhältnisse niedrige Akademikerquote Vorarlbergs die Forderung nach einer eigenen Hochschule für Vorarlberg erhoben hat.

35 Paul Kellermann, Kärntner Maturanten '73, Forschungsbericht im Auftrag des BWF, Klagenfurt 1974, S. 40. Eine eher negative Antwort auf die Frage, ob regionale Hochschulen Bildungsreserven erschließen, gibt ein Schweizer Gutachten: Ausbau der Schweizerischen Hochschulen, Schweizerischer Wissenschaftsrat, Bern-Basel 1967.

36 Vgl. Hochschulbericht 1972, S. 72. In den letzten Jahren laßt sich in Österreich hier teilweise eine positive Wende an.

37 Geissler, Hochschulstandorte — Hochschulbesuch, S. 60.

38 Ebenda, S. 89.

39 Ebenda, S. 88.

40 Nach den Zahlen, die Dr. Pan angibt, waren im WS 1973/74 von den 2.000 Südtiroler Studenten 1.200 in Innsbruck immatrikuliert. Dies heißt, daß tatsächlich etwas über die Hälfte aller Südtiroler nur an einer Hochschule studieren. Aber abgesehen davon, daß genaue Daten über die in Italien studierenden Südtiroler fehlen, ist es klar, daß es im Falle Südtirols nicht genügt, den Aspekt der regionalen Enttarnung bzw. Konzentration allein zu berücksichtigen, da Innsbruck für Südtirol eben Ausland ist.

41 Geissler, Hochschulstandorte — Hochschulbesuch, S. 59; Kozlik, Wie wird der Akademiker, S. 62 ff.

42 Vgl. Erich Caroll, Ausbau der Universitäten und Wirtschaftspolitik, Würzburger Rektoratsrede, Würzburg 1962; in der englischen und deutschen Hochschulplanung wird daher prinzipiell bei Neugründungen eher die Gründung von Volluniversitäten befürwortet, für die auch eine relativ hohe Mindestzahl von Studenten gefordert wird (für England etwa 6.000). Vgl. dazu Peter Jekusch, Gesamtplanung bündischer Hochschulen, Düsseldorf 1976, S. 3; Empfehlungen des Wissenschaftsrates zum Ausbau der wissenschaftlichen Einrichtungen, Teil I, Tübingen 1969, S. 51 ff.

43 Kellermann, Kärntner Maturanten '73; vgl. auch Kozlik, Wie wird der Akademiker, S. 192 ff.; K. W. Rothschild, „Österreichs Hochschulprobleme aus der Sicht des Nationalökonom“, in: Versäumnisse und Chancen, S. 120 ff.; Beiträge zur Kulturpolitik, erarbeitet vom Bund Sozialistischer Akademiker, Wien 1967, S. 101 ff.

44 Vgl. dazu bes.: Anregungen des Wissenschaftsrates zur Gestalt neuer Hochschulen, Tübingen 1962.

45 Dies hat sich z. B. im Falle der Hochschule Klagenfurt erwiesen, an der der Anteil von Studenten, die sich dem Hochschulschwerpunkt „Bildungswissenschaften“ widmen, geringer ist als erwartet. Es zeigt sich auch an Beispielen wie der Montanistischen Hochschule Leoben, an der Studenten aus Wien oder Tirol überdurchschnittlich häufig vertreten sind.

46 Nähereliegend wäre hier — und bisher noch nie genannt — z. B. die Initiative für Minderheitenforschung, wie es in den 20er Jahren an fünf aller Hochschulen bestanden hat; vgl. allgemein Gerhard Hess, Probleme der deutschen Hochschulen, die Neugründungen, Konstanzer Universitätsreden, Konstanz 1966.

47 Vgl. dazu vor allem: Empfehlungen des Wissenschaftsrates (1960), S. 51 ff.

48 R. R. Beer, Hochschulstandorte, Konstanzer Blätter für Hochschulfragen 4 (1), 1966, S. 52-55.

49 Vgl. dazu I. Wieser, Schulverspätung in Südtirol, S. 50 ff. „Auf dem festen Boden der Tatsachen“, Südtiroler Nachrichten, 30. April 1970; Südtirol 1961-1971, Bevölkerungsentwicklung, Bildungsstruktur, Berufliche Gliederung und Schulbildung der Erwerbstätigen, herausgegeben vom Amt der Tiroler Landesregierung, Präsidentschaftsamt I, Report 5, Innsbruck 1975, S. 178.

50 Ausbau der Schweizerischen Hochschulen, S. 18.

51 Südtirol 1961-1971, S. 89; einzige Ausnahme ist Voralberg, das eine niedrigere Maturantenquote hat als Südtirol.

52 Ebenda, S. 54 ff., nur ca. 15% der 2.077 deutschsprachigen Akademiker Südtirols im Jahre 1971 waren Frauen.

53 „Die Situation der Schule in Südtirol“, Dolomiten, Nr. 291, 3. 12. 1974.

54 Südtiroler Nachrichten, 30. April 1970; Paul Zanon, „Kartoffel oder spaghetti oder cancer?“ Skolasf 1-2, April 1970.

55 Isidore Wieser, Jugendliche Laufbahnziele als Orientierungswort der Bildungsplanung, Bildungsforschung, Heft 6, Innsbruck 1975.

56 Kellermann, Kärntner Maturanten '73.

57 Südtirol 1961-1971, S. 131.

58 Friedrich Heer, „Die Zukunft Südtirols“, skolasf 9 (2/3), 1964, S. 4.

59 Es wäre in diesem Zusammenhang einmal zu untersuchen, wieviele im Ausland studierende Südtiroler nicht nach Südtirol zurückgekehrt sind. Gerade im Falle der Mädchen wäre zu vermuten, daß auf ein Hochschulstudium im Ausland oft unter dem Aspekt verzichtet wird, daß eine eventuelle Eheschließung mit einem Ausländer eine Rückkehr erschweren würde.

60 Pan, Hochschulpolitik in Südtirol, S. 59.

61 Ebenda, S. 58; Es ist immerhin beachtend, daß Dr. Pan im Jahre 1965 (vgl. skolasf 1965, Nr. 3, S. 3) zur Frage einer Universität in Bozen noch durchaus positiv Stellung genommen hat.

62 Ladurner, Universitätsreform.

63 Institut für empirische Sozialforschung (IFES), Die politische Situation in Südtirol, Forschungsbericht, Wien 1973; für die Erlaubnis zur Veröffentlichung dieser Ergebnisse danke ich Direktor Dipl.-Ing. Ernst Gebmayer und Dipl.-Ing. Christian Bauer.

64 IFES, Die politische Situation in Südtirol, S. 74-75.

65 Hochqualifizierte Tenbandabschrift eines Kurzreferates von Doz. Dr. Eva Kückelstaingl auf der Studientagung der Südtiroler Hochschülerschaft in Bozen (1974).

66 Abgedruckt in: „Doppelsprachige Universität in Bozen: Pro und Contra“, Europa Educa 32 (1), 1975, S. 37.

67 IFES, Die politische Situation in Südtirol, S. 76.

68 Ebenda, S. 68.

69 Paolo Prodi, „Ipotesi per un sistema universitario regionale“, Holografisches Referat für die SK-Studientagung, Bozen 1974.

70 Pan, Hochschulpolitik für Südtirol, S. 54 ff.; es wäre auch zu fragen, mit welcher Berechtigung diese finanzielle Belastung auf die Universität Innsbruck und damit auf den österreichischen Steuerzahler abgeschoben werden kann?

71 So beschreibt Dr. Pan die Vorgangswiese des Südtiroler Bildungszentrums bei der Einrichtung der Werkstudentenkurse in Bozen in Hochschulpolitik in Südtirol, S. 27.

72 Manfred Leeb, „Hochschulreform in Österreich“, Konstanzer Blätter für Hochschulfragen 4 (2), 1966, S. 69.

73 Vgl. Hochschulbericht 1972, S. 11.

74 Daß gerade bei der Einrichtung der SBZ-Kurse nicht nur die Südtiroler Hochschülerschaft, sondern selbst das Assessorat für Schule und Kultur übertragen wurde und im Jahre 1972 Vertretern der Südtiroler Hochschülerschaft bereits in Aussicht gestellte Gesprächstermine mit Mitgliedern der Bundesregierung nicht gewährt wurden, wurde in einer Sendung des ORF über „Österreichische Bildungspolitik in Südtirol“ aufgezeigt. Bezüglich der finanziellen Aspekte der SBZ-Kurse in Bozen wäre anzufügen, daß sie zum größten Teil (2/3) mit Mitteln aus Österreich finanziert werden, wobei über 4 Millionen Schilling aufgebracht wurden (vgl. Pan, Hochschulpolitik, S. 51 ff.). Dabei ist es zu bedenken, daß der Großteil dieser Kosten für Honorare von Professoren und Assistenten aufgebracht wurde, die ohnehin ein volles Gehalt als Angestellte bzw. Beamte an österreichischen Hochschulen bezogen.

75 Eine derartige Grundlagenforschung wurde auch von Dr. Hellmuth Ladurner und den Vertretern der Südtiroler Hochschülerschaft angeregt (vgl. skolasf 2, 1974, S. 8). Neben den dort genannten Arbeiten scheint mir sinnvoll, folgende Probleme näher zu untersuchen:

1. Bisherige Zielsetzungen und Erfahrungen mit Hochschulneugründungen in Italien und den deutschsprachigen Ländern;
2. Die rechtlichen Rahmenbedingungen für eine Hochschulgründung in Bozen;
3. Der Bedarf an finanziellen Mitteln, Gebäuden und Räumen; die derzeitigen Gegebenheiten und zukünftiger Anforderungen in diesem Bereich.

## bruneck

wie bist Du mir traurig & fremd geworden in diesen letzten jahren wo ich jedes haus in Dir kannte wußte wer mit wem darin schlief was er abweinend wuerde ich beim tacknerfuhrwerk die bremse zudrehen den russe urossern klebrigen zucker geben war ten auf die hausermuckkuche in der u nterstadt & einen mitschueler in die f rischen fladen schupfen oder noch ge tier hincingeschupft werden. auf dem schloßberg ließe ich mich in die nass eln werfen nach verlorenener schlacht aber nicht wie tillo vom hinterschloef ler den löstern mit schrot vollschieß en. friedels erbobenem stock & seiner saucke wuerde ich nicht ausweichen . . .

in die wiesen loeft kein kind. unter tiefem stadtdeck sind die sandgrube nordbeeren erstickt in die felder hauser gewachsen statt erdaepfel & am s omigen hang sitzen die reichen waehr end die armeren ihr haueschen wie hügondreck in die joergener wiesen pflanzen. in der hochzornen schwimm schule wurde schwimmen & onanie gelehrt & klappernd blaulippig geätz t . . .

durch die tore schiebt sich weische s- & germanenvolk in ausfaelligen kle

idem & freie hunde sollen erschossen werden. vor dem gericht flattern cur opaisch tuend ironide fahnen & die mariaerfaube ist reinzuhalten. ruhiger schlaf ist nicht mehr gewaehrleistet se it sie den nachtwachter zum straßen kehrer gemacht. . .

viele sind noch bei leben zB. die die mir das schreiben beigebracht & es lieber nicht getan oder der baron der mir anhand von kuh & srier das wer den des lebens erklart oder der gro ße gemeindearzt . . . aber lassen wir das: noch fuehren ein paar brunnen w asser noch entfaltet auf dem thingpla tz der stegener markt geschrei huehn eraugenwundermittel & rotarschige aff en noch erkenne ich das gesicht der stadt das profil der kirchtuerme zinn enbewehrten hauesor & des wastels dr itte ausfuhrung steht — welche kunst — schreitend . . .

nach die gedonkraefel ist nur zu lang geworden & reicht mir von der patern katil & dem eignen großvater ueber den lausich zum radmaeiler hans & die lebendigen sind meist zugewandert & niemand weiß wes vaters kind sie sind. das professorengesindel quacht v

eruehrt ein namenloses heer loyer ob erschueler & auf dem graben waelzen sich horden verhaenderter schifahrer ge rade auf dem graben wo wir unsoru derschleiten hatten & die specker roll ren oder roßkastanien nummehr versch hritrener basume. frieden ist gerade noch auf den wegen wal'dheim zu oder lamprechtsberg wo es einstens maibu iter gab. viel brunck ist im waldfried Hof dessen laerchen entflammen wenn es an der zeit ist der heiden zu gedon ken bis die naegel vor laeite wehtun & der diekan seine unpassend uogesch lechte predigt fertigt hat. . .

kommerzialisieret ist jedes fest & die schwaden von feuerwehr- musik oder sonstigen gedonkraethuehnern stinken in die klostertirche. die korresponden ten der beides großen tagblaetter siz en angefadet in den baus. die milch is t gesundheitsvrotzend & salmordlich rel. der vizebuburgermeister ist weiß wie kalberbessace das stadtoberrhaupt selber endlich wuerde ein echter brun ecker interessenvetretter. . .

was weiter? unendlichs gachs von D in allein ich warte bis der standamm bricht & Dich vertraegt samt mir.

27/275

## sterzing

Da liebes suesses fuggerstaedichen w ic haben wir doch zotig Deinen latei nisch-italienischen namen verballhorn t wir von der autobahnaaut mit un sren plattfueßen. „fick-i-de-oo“ — „fic ki-Di-a-no“. wie kann man nur eine suedtiroler stadt so verschweimern ab er immerhin hat st. doch zwei obskur e einrichtungen einmal schanghai mit dem nachtleben aller waffengattungen & das sagenhafte moos als jungbruen nlein fuer vertrocknetes weibervolk. g egen suende wurde tirols groeßte kirc he ins moos gebaut & wenn das grund wasser etwas hoch steht kriegt man nasse betertueße & die leichen swim men mit den saergen in den graebem.

das mit den italienern ist in vipiten o ueberhaupt so ein problem denn d ie grenze ist nahe & zoellner zuhauf un erbirtlich & bestraendig pfeift wind der cisack waechst. aus dem suedem kom mt hier chiantl in den handel. daran ist nur das gruene glas eelit & das st rok runderum & aus dem großen in nsbruck kommt fieses subproletariat auf chuen sprung sich großpretzig sine n rausch anseufen zu randalicieren & mit wein wieder die grenze zu nehme n . . . womoeglich mit einer unsterblich kitschigen schlafpuppe im bauschigen tuelffklicidchen lueers heimatische kana pee. die nordtiroler sind ein ekel die

sterzinger sind schlitzohren & wissens mit wechsellkursen zu nutzen. in man chen kneipen spielen abends die zigen ner so lang sie geduldet sind. hier ver tritt sich der fremde erstmals auf lan desboden die fueße & viele lassens da bei bewonden in italien gewesen zu se in denn immerhin ist hier alles zu ha beo was der sueden herzugoben hat: a us sl. selber ist nichts aus murano gla s florentiner leder . . .

im beschaulichen winkel steht der stein des stierblutruenstigen mitaras auch er nicht von hier. das museum is t muede wie sein haeter dem man la euten muß. dem nepomuk fehlt der brunnen. wendrig stecken die erker ih re nase in die straße. das ossen ist te ur & leidet nicht viel wo der grooßte lebende sobn der stadt (vogelwälder preis).

ein fremmes maennlein humpelt in des adlers schatten. der bahnhof liegt bereits in einer andren gemeinde. ueber dem spital das wiederum ins moos zu finden ist liegt edler geist der ritiro rden . . . sumpflgras & butterblumen. den kapuzinern ist ihr kloster zu gro ß geworden: einstens staehnten sie hier in der rauheit des wetters ihre schwi ndsuechtigen kleriker.

enzensberggarten zwolferturm baer gersien knappen im halbdauer der ge

schlichte gaismaitspuren. soldaten wir te haendler. friedliches volk — raufer sunds keine aber freunde des traechtl igen roßkopfs. vermarktet wird alles & nimmer kegeto die knappen mit golde ner kugel.

anhang: uebersetzungshilfe fuer no torische dolomitenleser

da es dem zarren stilistischen gefue hl unseres „politisch-kirchlich-unabha engigen parteiloson“ tagblattes ein greu cl ist die dinge beim rechten namen zu nennen fuehle ich mich der lesernas se gegenueber verpflichtet ( gesetzt do r fall sie haette unsere staedtenamen i m anfall von schoeuegisteroi vorgesse n) unklarerung zu geben. da gibt es als erste gruppe die flußstaedte: talfe rstadt (= bozen-boziano) passersstadt (= meran-merano) & rienzstaedichen (= bruneck-brunico) als zweite die die etwas mit kunst zu tun hatten oder zu haben scheinen: durerer — oder kue nsterstaedichen (= klausen-chiusa) & pachorstaedichen (= bruneck-brunico) es folgt das erzdutsche (?) fuggersta edichen (= sterzing-vipiteno) die kur stadt (meran-merano) die bischofssta dt (= brixen-bressanone) die landesh auptstadt (= bozen-boziano) & schließ l. das kleinste staedichen suedtirols (= gluns-gloranza). dankel

# Zur Phänomenologie des metaphysischen Neuproletariers

## Zur sabotierten Studientagung 1975

Es gibt Leute, denen einfach nicht zu helfen ist. Wenn sie etwas angestellt haben, hilft ihnen auch die Großzügigkeit der Betroffenen nichts; sie bringen sich selbst ins Gerede und die Art ihres unberufenen Rechtfertigungsversuches deckt neben dem bereits bekannten noch weitere Ungehörlichkeiten auf.

Dies trifft auch auf Franz Kössler und seinen bemerkenswerten Artikel zu, der im letzten SKOLAST erschienen ist.

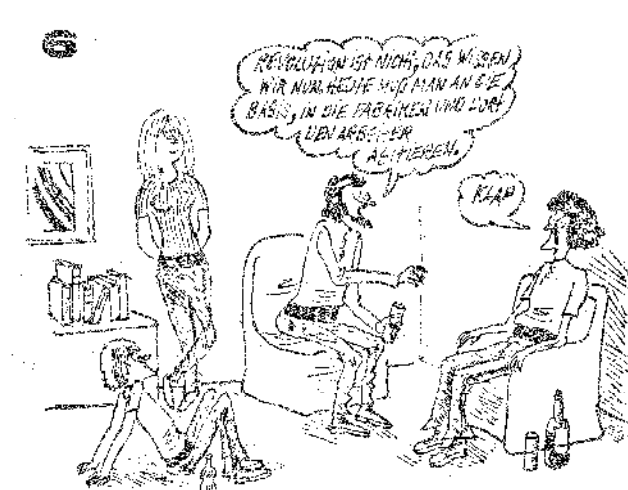
Er schreibt:

„Im September hat die SH eine Diskussion vorgeschlagen, die über Bildungspolitik im allgemeinen, im Zusammenhang mit der Frage der Universität in Bozen stehen sollte. Aber nicht etwa Organisationen, die dann politischer und sozialer Bezugspunkt

einer realen Bewegung für die Universität sein könnten, fortschrittliche Parteien, Gewerkschaften, standen in ihrem Mittelpunkt.“

Abgesehen vom besorgniserregenden Stil (entweder steht die Bildungspolitik am falschen Platz oder nach Kössler sollte die Diskussion über Bildungspolitik stehen; aber da er, wie sich noch herausstellen wird, ein Tatmensch ist, was andererseits weder ich noch sonst jemand in Südtirol je bemerkt hat, sei davon, wie bereits gesagt, abgesehen) ist an diesen zwei Sätzen so ziemlich alles falsch. Inhalt der Studientagung 1975 sollte der Problembereich Ausbildung - Wirtschaft sein, von der Universität Bozen war schon deshalb in diesem Zusammenhang nie die Rede, weil ihr bereits die Tagung 1974 gegolten hatte. Aber auch über

diese scheint er nicht richtig informiert zu sein, denn „fortschrittliche Parteien, Gewerkschaften“ standen damals umso mehr im Mittelpunkt, als von den beiden rückschrittlichen Parteien die eine gar nicht eingeladen worden war und die andere, trotz Einladung, demonstrativ fernblieb. Obwohl also ein „politischer und sozialer Bezugspunkt“ gegeben war, kam es doch nicht zu „einer realen Bewegung für die Universität“. Das sollte doch zur Überlegung anregen, wie groß denn der Spielraum für derartige Bewegungen zur Zeit in Südtirol ist. Aber mit solchen Kleinigkeiten gibt sich einer, der sich als geistiges Oberhaupt der Neuen Linken Südtirols fühlt, nicht ab. Ehrwürdige Patriarchen und ihre Lehren sind manchmal etwas weltfremd. So kann man ihm auch die



waise Empfehlung weiter nicht nachtragen, Abstand zu nehmen von „einer akademischen Diskussion, die bestenfalls linke Ideen dozieren und vielleicht Respekt bei einigen verkalkten Dolomitenredakteuren (hervorrufen könnte)“. Vielleicht hat er damit sogar recht, aber abgesehen von der Schwierigkeit, eine Diskussion so demokratisch zu führen, daß sie selbst und nicht eine Person dozieren: so verkalkt ist keiner der mir bekannten Dolomitenredakteure, daß er nicht wüßte, wo der Daumen rechts ist; und bei allem „Vertrauen in die politischen Möglichkeiten der Massenbewegung“: wenn zwei in seinem Namen beisammen sind und er der Dritte im Bunde ist, dann brauchen sie zwar nur mehr einen, um Quartett spielen zu können — was ich ihm übrigens sehr empfehlen möchte; da kann gewonnen und verloren werden und doch nicht viel passieren —, aber für eine Massenbewegung wird es wohl nicht langen. Es fällt ja auch keinem Kinobesitzer ein, den Titel „Die revolutionären Massen Südtirols legen SVP hinweg und gründen Universität in Bozen“ anzukündigen, wenn „Sieben gegen Chicago“ auf dem Programm steht. Aber vielleicht bin ich nur deshalb so kleinlich, weil ich es selbst noch nie gewagt habe: nächstens werde ich einen Versuch machen und der SVP offiziell mein Vertrauen entziehen; da wird der Magnago aber schön schauen, wenn seine Mehrheit im Landtag futsch ist.

Aber nun zum Krug, den er zerbrochen hat. Warum konnte die Studientagung 1975 nun wirklich nicht stattfinden? Nach Kößler liegt der Grund im Anfall eines Referenten. Dieser Erklärungsversuch ist zugleich falsch und interessant: falsch, weil die Absage zweier Referenten vorlag, und interessant, weil Kößler tatsächlich nur die Absage eines Referenten erreicht hat, nämlich die von Elmar Altvarer, der zunächst verbindlich zugesagt hatte, über das Thema „Historische Entwicklung des Verhältnisses Ausbildung — Produktion“ zu sprechen. Aufgrund einer vertraulichen Information aus Berlin mußte der überraschte Vorstand erfahren, daß Kößler in einem Brief an Altvarer diesem dringend abgeraten hatte, auf der Tagung eines derart unsicheren Vereins seinen guten linken Ruf aufs Spiel zu setzen. Die Intrige war aber nur deshalb so erfolgreich, weil inzwischen Marzio Barbagli — er hatte das zweite Hauptreferat mit dem Titel „La crisi dell'università e la disoccupazione giovanile: due aspetti di una crisi strutturale“ übernommen — aus beruflichen Gründen seine bereits erfolgte Zusage ebenfalls rückgängig gemacht hatte. Da der angesetzte Termin unmittelbar bevorstand und kurzfristig kein geeigneter Ersatz gefunden werden konnte, entschloß sich der Vorstand zur Absage der Studientagung.

Wenn man nun die Frage nach dem Motiv beantworten will, so soll die persönliche Polemik nicht darüber hin-

wegtäuschen, daß es hier um viel allgemeiner Dinge geht, so etwa um die Rolle des bürgerlichen Intellektuellen in der Arbeiterbewegung, um das Verhältnis von Theorie und Praxis, um Fragen der Ideologiekritik.

Da es jetzt sozusagen ernst wird, schnell die übliche Floskel folgende Zeilen erheben wider den Anspruch auf Vollständigkeit noch den auf Neuheit, sie verstehen sich vielmehr als Anstoß zu . . . usw.

Ich möchte von folgender Hypothese ausgehen: als das Bürgertum im Klassenkampf noch Angreifer und nicht Angegriffener war, hat es sich als Klasse in seiner Geschichtsphilosophie noch ein historisches Ziel gesetzt, also in praktischer Absicht eine teleologische Geschichtsphilosophie entwickelt.

Später gelingt es dem Bürgertum nicht mehr, ein Geschichtsbild hervorzubringen, das grundsätzlich über den status quo hinausgeht und doch im ideologischen Rahmen der Klasse verbleibt. Nun scheint es im Sozialleben des bürgerlichen Intellektuellen so etwas wie ein Grundbedürfnis nach Utopie, nach Extrapolation der eigenen Geisteswelt, nach einer in Vergangenheit und Zukunft ausgedehnten Kontinuität zu geben, in deren Zusammenhang die soziale Dimension des eigenen Tuns als sinnvoll empfunden werden kann, wodurch die individuelle Identität gleichzeitig eine tragfähige Grundlage erhält. Die politische Solidarität mit der Arbeiterbewegung und die individuelle Identifikation mit der daraus bezogenen Idee des Proletariats als historisch dynamischer Klasse kann dieses Bedürfnis befriedigen und ermöglicht es dem bürgerlichen Intellektuellen, als solcher zu überleben, ohne gleichzeitig der lähmenden Ausweglosigkeit seiner Klassenzugehörigkeit zum Opfer zu fallen.

Liefert nun die Arbeiterklasse seit mehr als einem Jahrhundert den bürgerlichen Intellektuellen zugleich Objekt, Ziel und Motivation ihres Tuns, welchen Nutzen bezog nun jene von diesem? Hier muß man zunächst feststellen, daß alle bedeutenden Theoretiker der Arbeiterbewegung, zumal die — wie man so schön sagt — Klassiker des Marxismus, dem Bürgertum entstammten; dies ist kein Zufall, sondern ergibt sich vielmehr zwangsläufig aus der Tatsache, daß der Zugang zu Bildung und Wissenschaft im allgemeinen nur der jeweils herrschenden Klasse offensteht. Wenngleich ich mich manchmal des Eindrucks kaum erwehren kann, daß die Geschichte des realen Proletariats wenig mit der Geistesgeschichte seiner Theoretiker zu tun hat, so scheint mir doch eine Schrift wie das kommunistische Manifest wesentlich dazu beigetragen zu haben, daß sich das weltweite Proletariat als historisches Subjekt begreifen und damit erst zu einem solchen werden konnte. Um die Frage nach dem Nutzen zu beantworten: Marx hat der Arbeiterbewegung in dem Ausmaß gedient, als er ihr seine Theorie, die

zugleich seine Praxis war, zur Verfügung gestellt hat.

Abm eben nicht nur der Arbeiterbewegung, denn am meisten verdanken ihm wohl die linken, nach wie vor bürgerlichen, Intellektuellen, denn ihnen hat er alles gegeben, was sie — außer ein bißchen Geld — zum Leben brauchen: nicht nur eine prächtige Methode und einen gewaltigen Stoff, sondern auch noch die Grundlage eines neuen, vollständigen Lebensgefühls. Anders als etwa der Erforscher der Makkäer (genau so gut könnte ich sagen: Betriebswirt, Techniker oder ähnlich esoterische Bereiche; aber weil oben Mai ist . . .) kann der intellektuelle Marxist im Bewußtsein leben, eine zugleich wissenschaftliche und politisch bedeutsame Tätigkeit zu verrichten. Er muß die Einsamkeit eines Lebens im eigenen Kopf nicht mit Isolation und die Schärfe des Intellekts nicht mit emotionaler Sterilität erkaufen. Er kämpft auf Barrikaden, ohne je den Schreibtisch zu verlassen. Da er im allgemeinen seine Produktionsmittel selbst besitzt, ist seine Arbeit (fast) frei von Entfremdungserscheinungen. Wer möchte da nicht Hans im Glück sein!

Er lebt also angenehm, aber in Widersprüchen, die sich aus dem Grundwiderspruch ergeben, einerseits die Ziele der Arbeiter als die eigenen anzusehen und andererseits mit allem, was dazugehört: Sprache, Bildung, Ästhetik, Geschmack, Vorlieben und Abneigungen, Lebensstil und meistens auch Lebensstandard unverkennbar ein Bourgeois zu bleiben.

Nun kann man diese Widersprüche recht gut ertragen — so meine ich —, wenn man seine theoretische Arbeit mit sozialer Pedanterie und mangelnder Ernsthaftigkeit betreibt, wie dies etwa auf einen pensionierten Postbeamten zutreffen mag, der sich im Verein „Rettet die Dampflokomotive“ betätigt. Und wer weiß, vielleicht kommt dabei sogar etwas heraus, was dem Proletariat wirklich nützen kann; vielleicht eine Formulierung, die sich für einen Streikaufruf eignet, oder ein Lied, das Mut macht.

Mit so wenig kommen aber die wenigsten aus, was bedeutet, daß die meisten heute aufs Ganze gehen. Besonders häufig findet man sie in den linken Gruppen, die im Verlauf des absteigenden Astes der Studentenbewegung entstanden sind. Nach meinem Empfinden ist ihnen allen eine Haltung gemeinsam, die eigentlich den sozialen Aufsteiger, den Parvenu kennzeichnet: Verdrängung der eigenen Identität, Verleugnung der Herkunft, Überanpassung an die neue Bezugsschicht. Man sollte sie deshalb — in Anlehnung an den Begriff des Neureichen — als Neuproletarier bezeichnen.

Die verzweilte Suche nach einer neuen Identität bringt es nun mit sich, daß der Neuproletarier auf die Arbeiterklasse mehr angewiesen ist als diese auf jenen; durch Überanpassung an das, was er für die Idee des Proleta-

riats hält, hofft er, dem — in diesem Fall durchaus berechtigten — Mißtrauen des Handarbeiters zu entkommen. Die Art der dabei verwendeten Tarnungsmanöver läßt klare Rückschlüsse auf die dahinter liegende Vorstellung vom konkreten Arbeiter zu; sehr oft kommen dabei die Vorurteile, die ihm vielleicht eine Gouvernante beigebracht haben mag, in positiv besetzter Form wieder zum Vorschein. Andererseits kann er als 150% Konvertit nicht mit den realen Arbeitern und ihrem politischen Bewußtsein zufrieden sein. Bald verspürt er auch die Berufung, das Klassenbewußtsein in die Arbeiter hineinzutragen, und fertig ist der Berufsrevolutionär. Ein halbes Dutzend Neoproletarier bildet schon die Avantgarde der Massenbewegung, und wenn eine Gruppe derart bibel- bzw. kapitalfester Herren gar Apostelstärke erreicht, handelt es sich allemal um die revolutionäre Partei.

Übrigens ergeben sich diese klerikalen Anzughelmsigkeiten nicht zufällig, denn neben der Analogie zum Parvendü bezieht die Ähnlichkeit mit dem religiösen Idealtypus. Jedem, der sich näher damit befassen will, sei eine ideologiekritische Lektüre der Kirchengeschichte empfohlen. Ich möchte hier nur kurz einige Punkte aufzählen, auf die sich diese Analogie stützt: Trostfunk-

tion der Überzeugung, Prädestinationslehre vom unaufrichtigen Sozialismus, Anspruch auf Orthodoxie, Häretikerdefinition, Art der Gruppenhierarchie, Initiationsriten, Metaphysik des Klassenkampfes, Erlösungsmythos und Punitivismus. Man sollte also, in Erweiterung des oben eingeführten Begriffs, vom metaphysischen Neoproletarier, kurz m.N., sprechen.

Der m.N. als Parvendü erträgt nun nichts weniger als den Hinweis auf frühere Verhältnisse, auf die alte Identität; deshalb sind ihm bürgerliche Intellektuelle ein Grauel und vor akademischen Diskussionen kann er nicht oft genug warnen: er bekennt sich zur Tat! Der m.N. als puritanischer Konvertit muß natürlich die „grundsätzlich ambivalente soziale Zusammensetzung“ gewisser Vereine als Provokation empfinden, als Sünde wider die heilige Homogenität. So kann es seine Janitsharenmentalität auch nicht auslassen, daß ein Rechtgläubiger sich in den, noch dazu unausgemisteten, ketzerischen Saustall begibt. Die transzendente Rückversicherung des m.N.s als Metaphysiker bringt es schließlich mit sich, daß er seinen Glaubenskampf als sittlich gerechtfertigt empfindet.

Womit nachgewiesen wäre, daß Franz Köhler — auf den ich hier wieder zurückkomme — im guten Glau-

ben gehandelt hat. Auch die gleichzeitige Absage des zweiten Referenten wird man verständlich in der Metaphysik und im Kino steht auch der Zufall im Dienste der gerechten Sache. Nur so konnte seine Epistel an den Berliner derart nachhaltig wirken. Freilich standen nicht nur wir vor den Trümmern monatelanger mühevoller Vorbereitungen, der Asche einer bereits bis ins Detail geplanten Veranstaltung. Nein, auch die verkalten Dolomitenredakteure wurden ihres Lebens nicht mehr froh: wer würde ihnen jetzt imponieren?

Was Leute eines gewissen tirolischen Schlages von Altwater halten, davon sprechen die Schläge, die dieser anlässlich seiner Einladung zum Verlassen des Zuges und zur Besichtigung des Polizeigefängnisses Innsbruck abbekommen hat. Den Organen der Exekutive sollen die Ausführungen des Professors übrigens auch sehr imponieren haben, sodaß man von einer gelungener Sitzung sprechen kann.

Metamorphosen sind oft keine, und Konversionen haben ihre Tücken. Nicht jeder, der eines Morgens als Larve erwacht, darf sich einbilden, eine Erfindung Kafkas zu sein; und so manchem Sarkas soll es nichts genützt haben, daß er vor Damaskus freiwillig vom hohen Ross gefallen ist.

An die Bezirksjugendreferenten  
An die Schulverantwortlichen der Bezirke

(Aus Gründen der Diskretion verdeckt die Redaktion die namentlich angeführten Adressaten dieses Briefes)

Betrifft: SH-Fragen

Bozen, den 2. April 1976

Liebe Freunde!

Über die Situation in der Südtiroler Hochschülerschaft brauche ich hier gar nichts zu berichten; einige von Euch kennen sie wohl besser als ich. - Mein heutiger Vorschlag bezweckt auf lange Sicht nur folgendes:

gemeinsame Bemühungen ( d.h. in dieselbe Richtung gehende )  
sollten wirklich gemeinsam vorangetragen werden.

Gemeinsam im Sinne von koordiniert, abgesprochen, organisiert, als Gruppe, nicht als einzelne Studentenvertreter.

Dazu bitte ich

- insbesondere jene die ( noch ) nicht SH-Funktionäre sind, am Karfreitag, den 16. April, um 9.30 Uhr im Riffeisenhaus, 6. Stock Bozen, sicher zur SH-Ausschuß-Sitzung zu erscheinen.
- Alle vorher kurz ( sagen wir einmal: um 9 Uhr ) bei mir - (Frick, Guntzmastraße 17/a, Bozen/Gries, Nähe Handelsoberschule) vorbeizuschauen.

Das Fragezeichen steht über: Verhalten jener Hochschüler, die mit dem Anti-SVP-Kurs der SH und mit seiner extremen Linkslastigkeit nicht einverstanden sind.

inzwischen grüße ich Euch

*Werner*

## Die „Bombe“ auf der letzten SH-Ausschuß- sitzung

Resolution des Vorstandes, vom Ausschuß angenommen mit 14 Zustimmungen und 3 Gegenstimmen, bei 4 Enthaltungen:

Der Ausschuß der SH stellt mit Bedauern fest, daß seit einigen Monaten die gesamte politische und publizistische Tätigkeit dieser Organisation von seiten der SVP einer verschärften Kritik und massiven Angriffen ausgesetzt ist. Wir glauben allerdings, daß diese Tatsache nicht so sehr in den zwischen SH und SVP bestehenden politischen Differenzen ihren Grund hat, sondern daß es sich dabei um eine bewußt und gezielt vorgelegene Verleumdungskampagne der SVP und deren Organisationen gegen die SH handelt.

Ließen sich die Tendenzen der SVP, die gesamte Oberschülerbewegung in Südtirol möglichst vollständig unter ihre Kontrolle zu bringen, schon deutlich genug bei den Wahlen zu den Mitbestimmungspremiere vom Dezember vergangenen Jahres ablesen, so scheint nunmehr die SH das Objekt dieser Bestrebungen geworden zu sein. Daß dies keine bloßen Unterstellungen unserer-



seits sind, sondern der Realität entsprechen, beweist erneut in aller Deutlichkeit ein Brief, der dem SH-Vorstand zur Kenntnis gelangt ist: In diesem Brief des SVP-Jugend-Verantwortlichen für den Schulbereich, Werner Frick, vom 2.4. 1976, der neben einigen SH-Mitgliedern auch an alle Bezirksjugendreferenten und Schulverantwortlichen der Bezirke der SVP gerichtet ist, werden diese aufgefordert, mit allen Mitteln darauf hinzuwirken, um die „extrem linkslastige“ SH durch eine „gemeinsam vorgetragene, koordinierte, abgesprochene und organisierte“ Aktion in die Hand zu nehmen.

Dazu stellt der SH-Ausschuß fest:

1. Die SH ist eine überparteiliche Organisation, in der Studenten der verschiedensten politischen Richtungen organisiert sind. Nur die strikte Beachtung dieses Grundsatzes der Ablehnung jeder direkten Abhängigkeit von irgendeiner Partei wird es der SH ermöglichen, auch weiterhin als die politische und gewerkschaftliche Interessenvertretung der Südtiroler Studenten zu fungieren.

2. Wie allen anderen SH-Mitgliedern der verschiedensten politischen Orientierungen steht selbstverständlich allen SVP-Mitgliedern, die in den SH organisiert sind, das Recht zu, im Rahmen der demokratischen Meinungsbildung innerhalb unserer Organisation ihre

politische Anschauung zum Ausdruck zu bringen. Schärfstens verurteilt und zurückgewiesen werden muß jedoch der im zitierten Brief des W. Frick zum Ausdruck gebrachte Versuch, mit Hilfe von Organisationen der Partei die Autonomie und Unabhängigkeit der SH zu unterminieren und sie zum Instrument der Interessenspolitik der SVP zu degradieren.

Abgesehen von der als undemokratisch abzulehnenden Vorgangsweise eines Eingriffs von Organisationen einer Partei in die SH, müßte eine derartige Unterordnung unserer Organisation unter eine Parteilinie unweigerlich auch mit schwerwiegenden Folgen für den Weiterbestand der Einheit der SH verbunden sein.

3. In Bewahrung dieses ihres von jeder Partei unabhängigen Charakters wird jedoch die SH, soweit sie es für notwendig erachtet, auch weiterhin durch ihre demokratisch gewählten Organe (Ausschuß und Vorstand) zu allgemeinen gesellschaftspolitischen Fragen, insbesondere zu Fragen der Kultur- und Schulpolitik in Südtirol, Stellung nehmen.

4. Im übrigen hält es der Ausschuß der SH für notwendig darauf hinzuweisen, daß der unter der Parole gegen die „Verpolitisierung“ und für eine „Entpolitisierung“ der Schule und der SH geführte Kampf nichts anderes darstellt als eine Verschleierung der Unpolitisierung der Schule und der SH im reaktionären Sinne.

Werner Frick

## Diskussionsbeitrag zur Lage der SH

Kaum rührt sich jemand, der mit der Ausrichtung der SH-Führung nicht einverstanden ist, vermitten Vorstandsmitglieder einen „historischen Moment“ oder gar einen „Putsch“.

Diese teils kindische teils verleumdnerische Einschätzung gewährt Einblick in das bei der heutigen SH gängige Demokratieverständnis. Jeder der

nicht „den Vorstand mit der Weiterbehandlung der Angelegenheit a, b, c, ... und der entsprechenden Entscheidungsbezugnis“ betraut (was den Ausschuß bis zur Lächerlichkeit entmachtet), oder sonst irgendwie aus der von den SH-Gewaltigen angeführten Reihe tanzt, der wird regelmäßig erleben, wie man ihn versucht ins Abseits zu

drängen. Echter, lebendiger Pluralismus sollte gar nicht erst aufkommen. (Kennzeichnend dafür ist auch: Kronbichler verspricht seinem Gegenkandidaten Knöbl im Sommer 1975, ihn in den Vorstand einzubauen; Kronbichler bricht — ohne Erklärung und ohne Kommentar — sein Versprechen. Überhaupt scheint es manchem, als würde der SH-Vorsitzende verlässlicher dreinschauen, netter mit einem reden und korrekter sein, als es dann die Wirklichkeit zutage fördert.

Besorgnis weckt aber auch noch folgende Tatsache: Die SH spricht nur für einen Teil der Südtiroler Hochschüler. Was Wunder, wenn der andere in den letzten Jahren verschwindend klein geworden ist und sich unter diesen Umständen nicht mehr zum Mitmachen bewegen will. Die überstarke politische Akzentuierung und die eklatante ideologische Einseitigkeit der SH isolierte dieselbe nach und nach von der breiten Masse der Studenten und machte sie zu einem Sammelbecken aller derer (fast ausschließlich), die mit der Volkspartei im Hader liegen. Und diese Voraussetzung erfüllten, so leid dies manchem tun mag, eine ganze Reihe von Studenten eben nicht.

Was hätte die SH tun müssen?

Sie hätte sich verachtet mit diesen Leuten auseinandersetzen sollen, sich um sie kümmern und bemühen müssen.

Was hat die SH getan?

Sie frohlockte ob ihrer internen Einformigkeit (alles ging so viel leichter und schneller), und rührte keinen Finger, wie es ihre Aufgabe gewesen wäre, um möglichst allen größeren studentischen Meinungsgruppen eine wirkliche Vertretung in ihren Ausschüssen zu sichern.

Aber damit der notwendigen Kritik von meiner Seite nicht genug; besonders beeindruckend und auf die Dauer nicht erträglich war immer die Brutalität, mit der die SH-Führung alle Regungen von der „anderen Seite“ niederschlug. (Dies alles — ich betone es noch einmal — in einer Vereinnahmung, welche die Studenten Südtirols repräsentieren will, also keine Studentenpartei ist.)

Genauso mußte es konsequenterweise auch bei der Ostersitzung sein (wir erwarteten dies), als die Unzufriedenheit und die dementsprechenden oppositionellen Regungen erstarkten. Es gab einen geharischten Angriff von seiten des Vorstandes mit Verdrehungen und Unterstellungen, der aber diesmal — ich gebe zu, es freut mich aufrichtig — nicht mehr zu einer Zerschlagung der Minderheitenmeinung führte, sondern vielmehr, insbesondere wegen seiner offensichtlichen Unkorrektheit, mit half, die Opposition neu zu motivieren, zu organisieren, kurz: zu kräftigen. Also danke dafür!

Dank aber, mit Einschränkungen und verbunden mit der Warnung vor



üblichen Vorgangsweisen in der Zukunft: es hat da nämlich schon unver-schämte Frechheiten gegeben. Da weiß etwa der Vorstand nicht mehr, was an ihm links sein könnte. Least den SKO-LAST, denkt über den ideologischen Ansatz und die politische Zielsetzung Euror Herbsttagung 76 nach, über die tiefen Gehalte der Resolution zu Autonomie und Selbstbestimmungs-recht...!

Und dann die fliehenden — ich muß sagen: falschen — Hilferufe zur Bewahrung der parteilichen Un-abhängigkeit. — Die Vorstandsmit-glieder haben überdurchschnittlich gut definierte politische Meinungen. Politische Meinungen kommen durch eine Mitgliedschaft bei oder eine sonstige Sympathiebezeugung zu Partei-en oder anderen politischen Or-ganisationen (z. B. Kulturzentrum, Lotta continua u.a.) zum Ausdruck. Auch die Entscheidung für die eine oder andere Tageszeitung (z. B. La Repubblica kombiniert mit Alto Adige) kann uns so manchen Hinweis geben. Ein jeder bringt auch seine politischen Vorstellungen in bestimmter Form und mit bestimmter Intension zum Aus-druck. Soweit in Ordnung. — Nicht in Ordnung ist es, demagogisch und prop-agandawirksam (der Alto Adige hat auch prompt gut mitgespielt) die Ge-fährdung der Überparteilichkeit hinaus-zuposaunen, wenn sich Studenten stärker für die SH interessieren, die der Volkspartei nahestehen oder ihre Mit-glieder sind. Ganz offensichtlich wol-len jene, die jahrelang hart politischen Meinungen ihrer Art zum Durchbruch verhoffen haben, anderen dieselbe Betätigungsmöglichkeit rauben. Fast schien es, als würden sie schon heute um ihre Monopolstellung bangen. (Übrigens habe ich den Eindruck, sie überschätzen ihre Opponenten.)

Es geht in all diesen Überlegungen niemals um nominelle Parteimitgliedschaften, also um den Besitz eines Kürchelchens. Ausschlaggebend ist einzig und allein, welcher politischen Auf-fassung ein Kollege ist, und wie weit er gewillt ist, für diese über die SH (als Werkzeug) zu kämpfen. Und dies ma-chen doch die Vorstandsmitglieder mit großem Einsatz und kaum verdeckt! Dazu kommt noch, daß gerade auch eine Positionsergreifung gegen eine Partei — insbesondere wenn diese ge-fühlsbeladen, vehement und in kaum differenzierter Form erfolgt, wie bei der der SH — ein parteipolitisches En-gagement darstellt. Ein außenstehen-der Beobachter kann den „Zauber“ des Vorstandes nur als Falschheit und als Eingeständnis der eigenen Schwäche verstehen.

Meine abschließenden Forderungen an die Vorstandsmitglieder:

— wesentliche Entscheidungen dem Ausschuss vorbehalten; für diesen die entsprechenden Sachfragen aufberei-ten; bessere Sachvorbereitung des Vor-standes; ausreichende Information an den Ausschuss (eventuell Arbeitspapie-re zusenden).

— Zur leichten Durchsetzung der gruppeneigenen Interessen stärker auf Integration der Studentenschaft abzielen; anzustreben ist zunächst immer ein Kompromiß zwischen den verschie-denen Vorstellungen innerhalb der Or-ganisation; Abstimmungsmechanie dementsprechend nicht sofort in Be-wegung setzen.

— Kein Anheizen des internen Kli-mas, kein Verwenden von Begriffen, die von den Tatsachen nicht gedeckt sind (Putsch), kein Scharfmachen und Verdrehen (Parteiunabhängigkeit).

— Bei allen Tätigkeiten (speziell Herbsttagung 76, z.B. Referentenwahl) von sich aus auf Ausgeglichenheit und Pluralität achten.

— Nichtherausgabe des angekündig-ten „Wahikampf“-SKOLAST; dafür die schon seit langem geplante Nummer erscheinen lassen.

Daß ich zu diesem „Diskussionsbei-trag“ Stellung nehme, soll nicht zur Annahme verleiten, ich würde ihn und seinen Autor erster nehmen als sie es tatsächlich verdienen.

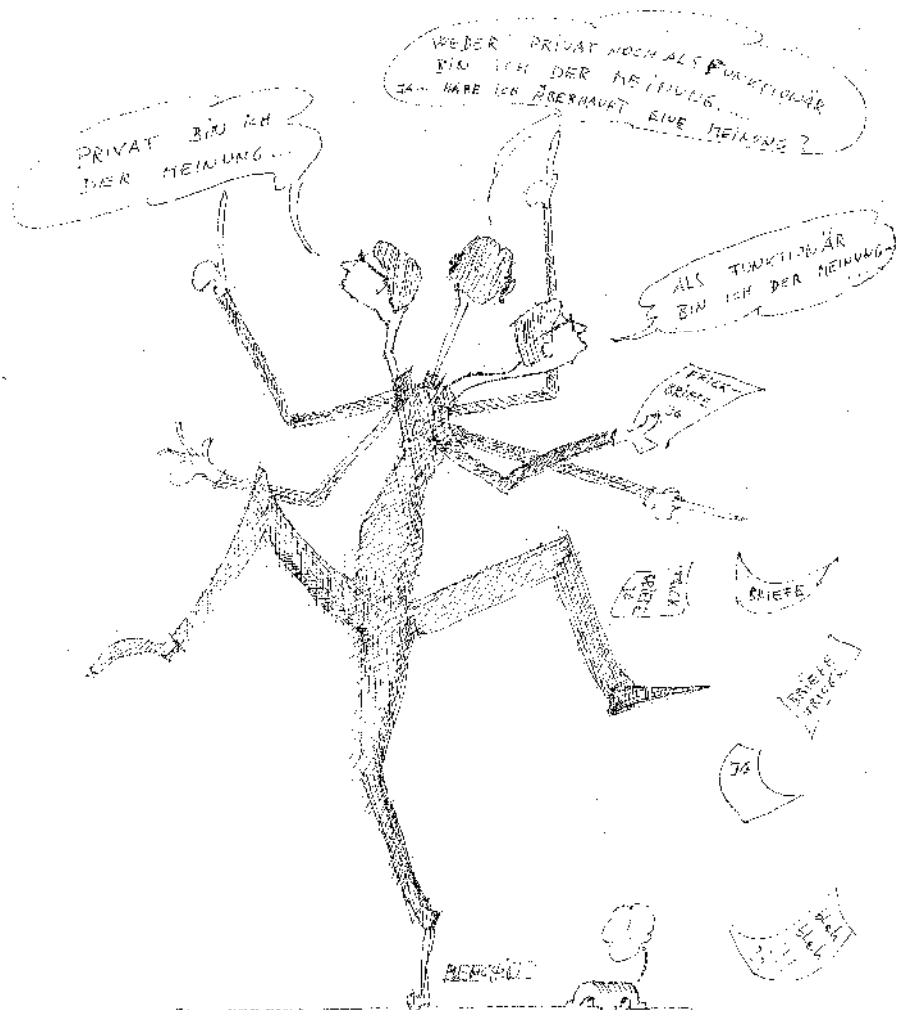
Es sollten unsere Leser aber wis-sen, daß die Verhältnisse SH-Mitghe-der — Südtiroler Studenten und Wahl-teilnehmer-Mitglieder höher als bei den meisten Studentenorganisationen weit-

um sind. Was soll also der penetrante Hinweis, wie wenig Leute der SH-Vor-stand vertritt? Ich traue den unter hoher Beteiligung gewählten Ausschuß-mitgliedern wirklich zu, mich nicht nur zum zweiten Mal zum Vorsitzen-den gewählt zu haben, weil sie noch nicht erkannt haben, daß ich ein freundlich dreinschauender böser Bi-be bin.

Von einer Isolierung der SH spre-chen gerade zu einer Zeit, wo in den meisten Gruppen neue Arbeiten mit beachtlicher Beteiligung angegangen werden, kann auch nur jemand, der anscheinend nirgends so recht An-schluß findet.

Mehr „kümmern und bemühen um diese Leute“ hätten wir uns sollen! Schon viel hätte die SH tun können, hätte sie nicht immer wieder bis zum Überdruß ihre Zeit damit verplempert, den Leuten, die sich jetzt vernachlässigt fühlen, ihre Wünsche und Weh-wehchen förmlich aus dem Hintern zu ziehen.

Die intellektuelle Schicht der Gesell-schaft wenigstens sollte doch auch bei uns hier instande sein, ihren politi-schen Anschauungen in ihrer organi-satorischen Führung zum Ausdruck zu verhelfen, und sich von dieser nicht Babysitterdienste gefallen lassen.



Fricks Meinungsstanz

Wünscht sie das, sollte sie schleunigst aufhören, sich kritisches Feindtum der Gesellschaft zu nennen.

Dem Vorstand nun vorzuwerfen, er habe die Fricksche Aktion falsch verstanden, zu beteuern, von „Putschversuchen“ sei nie die Rede gewesen, ist wirklich die einzige Möglichkeit, das Gesicht nach außen doch noch einigermaßen zu bewahren. Wer gibt einem solch kapitalen Reifmaß auch gerne zu, zumal wenn die Aktion so tapfurchig organisiert ist und ein vermutterter Genossenschaftsmitglied sich als Heckenrohrlitz entpuppt.

Wenn Kollege Friek bei der Osterausschusssitzung festgestellt haben will, daß die „Unzufriedenheit und die dementsprechenden oppositionellen Fregungen erstarkt“ seien, so kann ich das nur darauf zurückführen, daß den auf seinen „Eindufungsbrief“ hin anwesenden Nichtausschußmitgliedern und in erster Linie ihm selber, in feiner Weise doch unangehessen viel Diskussionsgelegenheit eingeäumt worden ist — und das obwohl der mit großer Mehrheit hinter dem Vorstand stehende Ausschuß sie jederzeit im Sinne der Geschützordnung des Vereins leicht hätte daran hindern können.

Das, worüber unser Kollege im Mittelteil seines Briefes dozieren, ist satzungsbekannt politische Aufklärung für den Hausgebrauch und sollte nicht den Anspruch erheben, unseren Lesern etwas Neues zu sagen. Der Information wegen festgestellt möchte ich nur haben, daß kein Vorstandsmitglied in irgendeiner Beziehung zu Lotta continue steht und daß vor allem die beiden Hauptlärmerisse im Vorstand (Pressereferent und Vorsitzender) ihre „überdurchschnittlich gut definierten politischen Meinungen“ nicht nur aber auch aus der „La Repubblica — Alto-Adige-Kombination“ speisen.

... und daß wir nicht wüßten, „was an uns links ist“? Das werden wir so einfach erst zugeben, wenn Friek zugeht, daß er rechts ist!

Ob wir die „Opposition“ überschätzen? Wenn wir annehmen müssen, daß SH-externe Organisationen in den Machtkampf einsteigen (beim Problem SH-Studientagung 1976 und ihrer Organisation werden wir noch Gelegenheit haben, darauf zurückzukommen) werden wir sie schwerlich hoch genug einschätzen.

In den pathetischen Schlussbetrachtungen verliert Kollege Friek nun aber doch jedes Gefühl für seinen wirklichen Stellenwert in der SH: Als militanten Verfechter parlamentarisch-demokratischer Mechanismen, der zu sein er angibt, sollte er sich doch besser mal bis in den Ausschuß (willensbildendes Organ der SH) verkämpfen, um die Unverfrorenheit doch irgendwie legitimieren zu können, mit der er uns vorschreiben will, „welche Begriffe wir verwenden“, wo wir auf „Ausgeglichenheit und Pluralität“ achten und welchen SKOLAST wir herausgeben müssen.

Wir lassen jeden rind

Wolfgang Krorbichler

## Leserbriefe

Der Vorstand der Südtiroler Hochschülerschaft versäumt in jüngster Zeit keine Gelegenheit, immer wieder zu beteuern, daß die SH parteiunabhängig bleiben müsse, daß die SH keine bestimmte ideologische Ausrichtung habe, daß die SH in gar keinem Fall eine „bestimmte Linie“ — schon gar keine linke — verfolge. Der in einem „historischen Augenblick der SH“ erfolgreich abgewehrte „Putschversuch von SVP-Jugendfunktionären“ (so Vorsitzender Krorbichler) möchte einem unvoreingenommenen „gewöhnlichen“ SH-Mitglied dies in der Tat glaubhaft erscheinen lassen.

Widmet sich dann aber dieser Hochschüler der Lektüre des Skolasten, so tut er sich auf einmal schwer, keine Linie oder Tendenz darin vorzufinden. Und zwar eine Linie, die sich so ziemlich durch das gesamte Blatt hinzieht, angefangen von der Spalte des Pressereferenten bis hin zu Norbert C. Kasers gelisteten Stuhlgängen (... in einigen nobelkneipen biegen sich die stammatische reaktionäre, unverbesserlicher weltverbesserer das vogelhaus bei sprünge ... diktatur der hauptstadt nicht nur des althesiakonzerns wegen diktatur in allen zipfeleien ...“).

Besonders anhand der Problematik ethnischer Minderheiten, der die letzte Ausgabe des Skolasten gewidmet war, und der jeder Südtiroler naturgemäß aufgeschlossen gegenübersteht, versuchen die verschiedenen Autoren klarzumachen, daß eine kommunistische Regierung für unsere Südtiroler Minderheit nie zum Schaden, nein eher zum Vorteil gereichen müsse, denn ... daß die italienischen Kommunisten keine Feinde, sondern unermüdliche Vorkämpfer einer progressiven Demokratie und ihrer Freiheiten sind, haben sie sich der Resistenza immer wieder unter Beweis gestellt.“ So Josef Torggler auf Seite 11 des SKOLAST Nr. 1, 1976.

Sollte sich unser Leser nur aber die Demokratiemodelle kommunistischer Staaten vor Augen halten und dabei von einem leichten Grinsen befallen werden, weiß der nämliche Autor ihn zu beruhigen, indem er schreibt, ... daß der italienische Weg zum Sozialismus, wie er von der KPI angestrebt wird, den weltanschaulichen und politischen Pluralismus nicht nur als Möglichkeit einschließt, sondern als Notwendigkeit voraussetzt.“

Der italienische Kommunismus ist also „ganz anders“ als die anderen kommunistischen Regimes, die jeden Pluralismus mit Panzen unterbinden.

Viele Meinungsäußerung bleibt uns erhalten, und auch ... die Annahme (... daß die KPI als Regierungspartei zu einer Gefahr für unsere Autonomie werden könnte, beruht entweder auf Ignoranz oder böswilliger Umstellung durch den Klassenfeind.“

Skolast S. 14) Das sitzt! Denn da der gute Skolast-Leser weder ignorant sein, noch als Klassenfeind verschrien werden möchte, muß er seine schönen Vorstellungen von einer funktionierenden Sozialpartnerschaft wohl oder übel über Bord werfen. Was zu geschehen hat, kann man der Pressereferent der SH auf Seite 2 erklären. Er weiß nämlich, warum es geht: „Es geht demnach darum, gleichzeitig gegen den Kapitalismus zu kämpfen, und das Recht auf die Wiederherstellung unterdrückter Kulturen und Nationen im Inneren der Staatsnation zu fordern.

Aha! Minderheiten und unterdrückte Kulturen werden nur effizient geschützt, wenn man gleichzeitig gegen Kapitalismus und gegenwärtig herrschendes Gesellschaftssystem kämpft. Was hingegen tut unsere SVP? „Durch eine (...) antikommunistische Kampagne tut die SVP-Führung alles, um mit der ideologischen Waffe des Antikommunismus ihre politische Monopolstellung innerhalb der deutschsprachigen Minderheit (...) aufrecht zu halten.“ (Skolast S. 11)

Es ist in der Tat ein wahres Kreuz mit diesen Südtirolern! Seit 1948 wählen sie mit übergroßer Mehrheit eben diese SVP, welche ... immer wieder bertelnd nach Rom ging, Zugeständnisse für ihre eigene Volksgruppe zu erwirken ...“ (Skolast S. 12), während sich doch nur die Kommunisten bemühten, den Südtirolern eine gerechte Autonomie zukommen zu lassen (!). Anscheinend will nun die SH mit ihrer Zeitung Aufklärungsarbeit leisten und den Südtirolern Seite für Seite die Kommunisten schmackhafter machen.

Unser „gewöhnliches“ SH-Mitglied ist sich nun seiner Sache ganz sicher: Die SH ist tatsächlich parteiunabhängig, verfolgt keine politische Linie und wird sich auch in künftigen „historischen Augenblicken“ klar zu dieser Linie (!) bekennen.

Christian Zierhöld

Der Pressereferent berichtete bei der Ostersitzung des Ausschusses über die Vorbereitung der nächsten Skolast-Nummer. Zu einem bestimmten Rahmenthema sollten mehrere Artikel veröffentlicht werden. Dies aber nur, wenn im Juni keine Parlamentswahlen stattfinden würden; für den Fall von Parlamentswahlen müsse man dazu einen eigenen Skolasten herausbringen.

Will sich die SH in den Wahlkampf stürzen?

Will sie bei dieser unmißverständlichen Terminwahl „objektive“ Aufklärung über Südtirols Parteien und damit einen neuen Beweis „Ihrer weltanschaulichen Ungebundenheit“ geben, oder will sie gar die technischen Fi-

nessen des Wahlvorganges darlegen, damit wir nicht unser Kreuz an die „falsche Stelle“ setzen?

Ich bin der Meinung die Verantwortlichen sollten kurz vor den Wahlen gefälligst die Finger von einer ausschließlich politisch orientierten Nummer der Studentenzeitschrift lassen!

Reinhard Widmann

Off ist es sinnvoll, auch auf Kosten der Übersichtlichkeit zu differenzieren.

Zum zweiten versuche ich so zur Diskussion beizutragen, daß Geister und Fronten sich nicht allzusehr verhärten; es liegt mir daran, den Gedankenaustausch fortzusetzen. In diesem Fall geht es dann halt oft auf Kosten der scheinbar gewünschten Härte im Ausdruck.

Nach Bewältigung der eigentlichen Tagesordnung wurden bei der letzten Ausschuß-Sitzung noch recht interessante Dinge besprochen.

Zwei davon sollen hier zu Papier gebracht werden, der notwendigen Klarheit wegen, und weil es recht wäre, wenn der Vorstand an derselben Stelle seine Vorstellungen darüber zum Ausdruck brächte.

— Keines der Ausschuß-Mitglieder widersprach der Behauptung, die SH würde einen großen Teil der Südtiroler Studentenschaft nicht erfassen. Als Grund dafür nannte man die Schwerfälligkeit und das Desinteresse der breiten Masse. (Auch für mein Dafürhalten stellt dies eine Grund dar, aber eben nur einen von vielen).

Könnte der Vorstand die übergroße Zahl von Fernbleibenden nicht auch als Nein zu seinem Kurs verstehen? (Bei dieser Gelegenheit bitte ich den Vorsitzenden, als Diskussionsgrundlage, die SH-Mitgliederzahlen, die Beteiligungsquoten bei den Ausschußwahlen und die Gesamtzahl der Südtiroler Hochschüler, jeweils aufgeschlüsselt nach Hochschulorten, zu veröffentlichen.)

— Der Vorsitzende der SH und eine Reihe von Ausschuß-Mitgliedern empörten sich sehr über ein SH-Mitglied, welches in einem Leserbrief die Meinung einiger Kollegen zum Ausdruck brachte. Diese empfanden die Vorstandsmitglieder als tendenziell links. Die überraschende Berührungsempfindlichkeit der SH-Spitzen an gerade diesem Punkt wäre näher zu untersuchen und zu deuteln!

Ich bin der Ansicht, daß es im Interesse der SH selbst wäre, wenn die Vorstandsmitglieder eine Selbst-Standortbestimmung veröffentlichen würden. Wir brauchen für unsere Diskussion auch diesbezügliche Aussagen; verneinen und ableugnen ist da einfach zu wenig.

Der Pressereferent möge uns auch darüber aufklären, mit welcher Studentenorganisation (außer SH) er in

München die besten Kontakte unterhält.

Zum Abschluß, auch an den Vorsitzenden des Ausschusses: Alle sollten sich in der Diskussion streng an die wirklich vorhandenen Aussagen halten. Ein eigenmächtiges Aufblasen oder Verzerrten von anderer Leute Wort oder Schrift (im krampfhaft-lächerlichen Bemühen den Gesprächspartner festzunageln) ist unkorrekt und macht zu guter Letzt noch unsere Dispute unmöglich.

Werner Frick

## Antwort des Pressereferenten

Der Verantwortliche für den Schulbereich der SVP-Jugend, Werner Frick, fordert in seinem Leserbrief Aufklärung darüber, mit welcher Studentenorganisation der Pressereferent in München die besten Kontakte unterhält. Einmal kann ich dazu feststellen, daß meine Kontakte in Richtung Bayern nicht mit jenen Einbahnkontakten zur CSU und ihren Helfershelfern (z. B. Otto von Habsburg in Wildbad Kreuth) verwechselt werden dürfen, wie sie bei der SVP-Jugend gang und gäbe sind. Ich bin weder Mitglied, noch sonst bei irgendeiner Studenten- oder anderen politischen Organisation tätig. Ich habe natürlich meinen linken Standpunkt und bestimmt daher rührt die Neugierde des hoffnungsvollen SVP-Nachwuchspolitikers. Da wimmelt's bestimmt von Kommunisten... wird sich Herr Frick insgeheim denken, da gibt es doch Möglichkeiten zu demnieren, schade, daß es in Deutschland keine Lotta continua gibt, scheint doch das politische Differenzierungsvermögen des Jungpolitikers der SVP links immer mit Lotta continua gleichzusetzen. Da doch erst kürzlich ein SVP-Gewaltiger nach dem Radikalerlaß auch hierzulande gerufen hat, wäre es vielleicht angebracht, eine Planstelle als Referent für Gesinnungsschnüffelei bei der Landesregierung dem Herrn Frick zu reservieren. Talent scheinbar hat er, die nötige Arroganz auch.

Dem Herrn Widmann möchte ich kurz antworten, daß es seit Bestehen der SH üblich war, zu Wahlzeiten im SKOLAST darüber zu berichten, Interviews mit verschiedenen Politikern zu machen... Und besonders angesichts der Wichtigkeit dieser Wahlen, sehen wir keine Veranlassung, diesmal davon abzusehen. Ich bin überzeugt, daß Herr Widmann auch ohne unsere Anleitungen das Kreuz an die rechte Stelle setzen wird; im übrigen soll er „gefälligst die Finger davon lassen“, uns in diesem Ton vorzuschreiben, was wir tun und lassen dürfen.

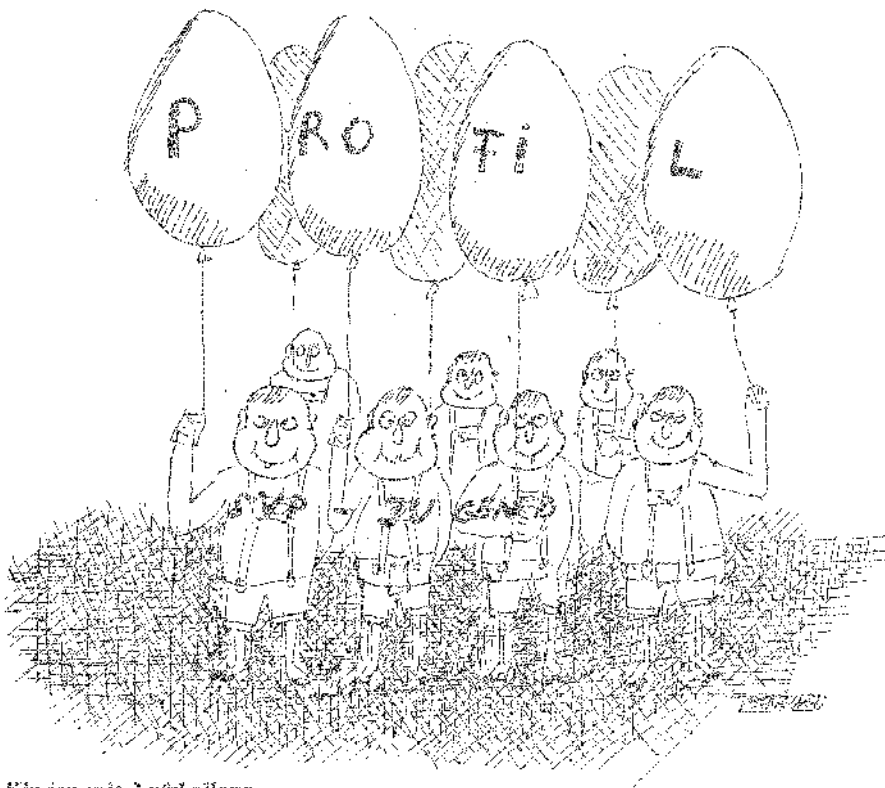
Hans Mayr

## Bemerkungen zum Profilartikel

Die Besprechung PROFIL Nr. 1-12 von Bernhard Wölfl in der letzten SKOLAST-Nummer scheint mir ein geeigneter Anlaß zu sein, die Frage der Glaubwürdigkeit der SVP-internen Organisationen wie „Junge Generation in der SVP“, „Arbeitnehmer in der SVP“ und „SVP-Frauenschaft“ (böse Zungen prophezeien die baldige Aufnahme des kürzlich gegründeten „Wirtschaftsrings“) einer kritischen Überprüfung zu unterziehen. Diese Frage ist nämlich überaus bedeutsam in der Diskussion „Sammelpartei-Einheitspartei“.

Die Ansicht, daß es der „Jungen Generation in der SVP“ — ich zitiere — „nicht um eine erneuerte Politik, sondern nur um die bessere Vermarktung der prinzipiell unveränderten Politik“ geht, wird durch die Verhaltensweise und durch Aussagen der IG-Macher (tatkünftig unter Beweis gestellt. Daß sich PROFIL in seiner modernen und farbenfrohen Aufmachung vorteilhaft von der Parteizeitung „Volksbote“ und vom Apparat der alten Garde unterscheidet, ist unbestreitbar. Daß die IG in grundsätzlichen Fragen der Südtiroler Politik jedoch eine betont verschiedene Haltung von der Mutterpartei einnimmt, habe ich in der Praxis leider noch nie feststellen können. Außerdem hat die IG genauso wie die „Arbeitnehmer in der SVP“ den erklärten Segen der seit 30 Jahren in ihren Reden wie in ihrer praktischen Politik gleich konservativen Magnago & Co. Wenn diese wirklich von der Notwendigkeit einer Wirtschafts- und Sozialpolitik überzeugt wären, die nicht nur die bürgerlichen Kreise, sondern die breiten Schichten unserer Bevölkerung berücksichtigt, so hätten sie jeden Tag Gelegenheit, diese zu verwirklichen. Weil dies aber keineswegs der Fall ist, muß leider befürchtet werden, daß die Benediktens, die Achmüllers und die Geberts nur vorgeschoben worden, um die Vertretung der Interessen aller Südtiroler wenigstens optisch sicherzustellen.

Daß auch die Jugend dieses Manöver der SVP nicht durchschaut und nicht durchschauen will, ist einer in den westlichen Ländern beispiellosen Propaganda- und Beeinflussungsmaschinerie zuzuschreiben, die in 30 Jahren, in denen die SVP „staatstragende Macht“ in Südtirol war, jede Kulturpolitik verewaltigte sowie die unabhängige Presse und die parlamentarische Opposition, für jede Demokratie unabdingbare Faktoren, mit stalinistischen Methoden bekämpfte. Damit hat man schließlich und endlich erreicht, daß heute ein Großteil der Jugendlichen der Politik entweder teilnahmslos und resignierend gegenübersteht oder aber aus reinem Opportunismus heraus in der vormals belächelten Volkspartei tätig wird. Wohin eine solche Entwick-



Kinder mit Luftballons

lung führen kann, lehrt die Geschichte...

Die Entwicklung droht dahinzuziehen, daß die Arbeiter, die Intellektuellen, die Studenten, ja der Großteil der für soziale und kulturelle Belange aufgeschlossenen Demokraten sich jener italienischsprachigen Partei zuwenden,

die ihnen ideologisch am besten zusagt. Die SVP hingegen entwickelt sich in Anlehnung an die DC und die CSU des F. L. Strauß immer mehr zu einer erzkonservativen, undemokratischen Rechtspartei, deren politische Führer unfähig sind, die Wandlungen einer Gesellschaft zu erkennen, die sich in

einem Gärungsprozeß befindet, und dementsprechend zu handeln.

Eine gegenteilige Entwicklung ist nur dann möglich, wenn es der Südtiroler Opposition gelingt, der SVP weitere Machtbereiche zu entreißen und dem Wort „Demokratie“ einen praktischen Inhalt zu geben. Dabei danke ich vor allem an die Linksoption, die im Moment zwar durch den bestehenden Fraktionismus behindert wird, bei gemeinsamer Verfolgung einer konsequenten, gemäßigten Linkspolitik und mit viel Kleinarbeit aber durchaus Chancen hätte, in Südtirol eine Sozialdemokratie aufzubauen, die langfristig einen Wähleranteil von 30–35% erobern könnte.

Das Fazit: Die parteiinternen Organisationen der SVP wie „Junge Generation“ und „Arbeitnehmerbewegung“ sind Teil der Bestrebungen einer an die absolute Macht gewöhnten Partei, jeden Bürger in den Griff zu bekommen. Dabei wird der gute Name junger Leute, die in erheblicher Absicht in diesen Organisationen mitarbeiten, zu Alibi-Zwecken mißbraucht. Das weitreichende Versagen der Konservativen und der Drang zur Demokratisierung des politischen und gesellschaftlichen Lebens in Südtirol veranlassen diese Partei trotz krampfhafter Bemühungen jedoch dazu, von einer nicht akzeptierten Entwicklung überholt zu werden. Mit dieser „Eigenblut“-Organisationen werden also Schlösser gebaut, obwohl die Ritterszeit in den letzten Atemzügen liegt.

Albert Samth

## Liebwerte Nachwüchslinge,

mit viel Vergnügen habe ich die letzte Folge des SKOLAST meinem verlockten Gemüte zugeführt. Da kann man nur sagen, allerhand! Aber sind die Probleme der diversen „Kleinschreiber“ wirklich so brennend, daß man ihnen so viel Raum einräumen kann? Jede „Schreiberei“ beruht auf einer Konvention, warum ein Problem daraus machen? Gibt es sonst nichts, worüber man sich heutzutage den Kopf zerbrechen kann? Natürlich, man kann so und man kann so. Nicht aber so kann man, wie es Buer Stadtschüler betreibt: das ist schlichthin albern und der Leser straft ihn, indem er ihn nicht liest, weil nämlich zu mühsam und es steht nicht dafür, dann hatters.

Links! Was ist das? Ich war's natürlich auch in meinen grünen Jahren, ich war ein Konstant, ich war Mitglied -- sogar -- einer Pennalverbändung, die, so sie „aufkam“, man hoch im Bogen hinausflog. Und als ich zwei Monate vor der Matura einen Fragebogen ausfüllen mußte (sowas gab's

schon damals), da schrieb ich in die Rubrik „Berufswahl“ mit kühnem Schwung „Journalist“. April! April! Aber wie das weiterging und wie der Skandal mit Löt beigelegt wurde, erzählt ich Euch ein andermal, wenn wir miteinander einen leben, was ich gerne täte.

Links! Aber was ist das schon? Der Bolschewismus begann ganz links und steht heute ganz rechts, nur die Deklamationen sind geblieben. Aber so geht es immer und überall. War Luther nicht ein Mann der Befreiung? Und andere als Organ der Innen- und Palzminister. Und was hat der Vatikan aus dem -- doch sehr linken -- Evangelien gemacht. Die Sache ist die, daß jeder Ismus, jede Doktrin, nie ein Gift ist, in das man jeden Saft, aber schon gar einen jeden Saft, hinein tun kann. Daher besteht in ultima analysi -- zwischen Kromi und Vatikan eine innere Verwandtschaft: zwei hochgedüchtete Bürokratien, die ihre „Untertanen“ straff am Bündel haben, letztlich glaubenslos, aber konservativ.

Und die Probleme der „Südtiroler Linken“? Das Kernproblem besteht darin, daß sie hoffnungslos zerstritten sind und mit jener Sturheit aufeinander losgehen, wie vor ein paar Jahrhunderten die verschiedenen konfessionellen Denominationen. Wenn man ihre Vertreter anhört, bekommt man dogmatisches Geschwafel zu hören, das im besten Fall in einen Ständchen gehört, aber niemals Instande ist, eine politische Opposition innerhalb einer Minderheit darzustellen.

Angesichts der reaktionären Substanz der SVP und der paternalistisch angewandten Mätzchen (jetzt dürfen sie sich sogar „die Stern aufrahn“) ist jener Opponenten autoritativ links davon gestuft. Aber was sehen meine entsetzten Augen? Im schmalen verfügbaren Raum (bestenfalls 25–30% umfassend) tummeln sich nicht weniger als fünf organisierte Gruppen, die trotz anerkennenswerter Versuche nicht imstande sind, ein fünfjähriges, der Legislaturperiode angepaßtes, Aktionsprogramm aufzustellen. Davon ob ich eine Schnellstraße 3000 haben will, oder den Landschaftsschutz 3000, hat doch mit Dogmatik nichts zu tun. Aber wie heißt es doch in jenem lan-

dert Jahre alten Spottlied (hier leicht zurechtgebogen):

Die Südtiroler Linke,

Die weiß nicht, was sie will:

Denn was sie will, das kann sie nicht,

Und was sie kann, das will sie nicht,  
Die Südtiroler Linke, die weiß nicht was sie will.

Wer sich ins Fäustchen lacht, sind die Hantierer der SVP, die der Linken den Wind aus den Segeln zu nehmen es kinderleicht haben.

Man bedenke, daß jede Opposition fähig sein muß, mit dem Kopf des Gegners zu denken.

Was die „Slowenen“ in Österreich betrifft, bitte ich, vor allem vor Augen zu halten, daß jedes Minderheitenproblem „sui generis“ ist. Hier nur soviel, daß eine wie immer geartete Feststellung der Zugehörigkeit unvermeidbar ist. Man kann sie ja anonym machen, etwa in der Form, daß mit ja oder nein darüber abgestimmt wird, wer eine zweisprachige Schule will und wer nicht, oder zweisprachige Aufschriften,

usw. Irgendwie vergleichbar wäre die Lage unserer Ladiner, aber nicht die der Tiroler als eine Art dreisprachiger Subnation, wie sie es zur Zeit André Hofers war und erst vor hundert Jahren dem „nationalen“ Trend ausgeliefert wurde. Die Tiroler haben ein tausendjähriges Selbstbewußtsein, die Slowenen höchstens hundertjährig.

Aber Ihr von der SH habt nur eine wahre Sorge: wie wollen wir überleben? Hie Rhodus! Es grüßt Euch in freundschaftlicher Gewogenheit, Euer  
Dr. Otto Vinzter

## Promotionen

AGOSTINI-SCHIARER Hugo, Meran  
BONELL Wolfgang, Brixen  
DEMATTA Roman, Gattorna

DISSINGER Klauspeter, Brixen

DURST Paul Julian, Brixen  
ELLER Alois Karl, Stilles  
FEJDEBER Christian, Brixen

FISCHER Hansjörg, Meran

GRATT Rita, Kaltern

GALVAGNI Walter, Neumarkt

GANSBACHER Bernd, Sarnthein  
GOLLER Paul, St. Ulrich  
GOLDNERER Barbara, Vintl  
GRÜBER Alfred, Tirol

HOLBLING Herbert, Meran

HOLLRIGL Andreas, Latsch  
HOLZL Gerhard, Algund  
HUBER Reinhold, Lana  
KNOPP-ABRAM Sabine, Bozen

KOFLER Christine, Gornal

LADURNER Josef, Dorf Tirol

LOTTESBERGER Eberhard, Meran  
MAIR-NÖSSLINGER Gertrud, Lana

OBERHOFER Franz, Lana  
PIRCHER Hildegard, Meran

POBITZER Rudolf, Mals

PSAIER Ida, Brixen

RAINER Sr. Maria Regina, Innerpffersch

SPECHTENHAUSER Renato, Reschen  
SCHWITZER Josef, Pons  
THAYER Heiga, Sand in Taufers

THONI Albin, Mals  
WEGMANN Siegfried, Mals

WEISSENEGGER Margit, Bozen

WIESER Erwin, Stilles

WIEGEL Julius, Neustift

Promotion zum Doktor der Medizin an der Universität Triest.

Promotion zum Doktor der Medizin an der Universität Innsbruck.

Promotion zum Doktor der Philosophie (Geschichte) an der Universität Innsbruck.

Promotion zum Doktor der Wirtschafts- und Handelswissenschaften an der Universität Verona. Dissertationsthema: „Die Bedeutung der Zollstation von Sterzing im italienischen Zollsystem“.

Graduierung zum Diplom-Physiker an der Universität Gießen.

Promotion zum Doktor der Philosophie an der Universität Innsbruck.

Graduierung zum Diplom-Ingenieur (Technische Physik) an der Technischen Universität Graz.

Graduierung zum Diplom-Ingenieur (Bauwesen) an der Technischen Universität Graz.

Promotion zum Doktor der Philosophie (Geschichte) an der Universität Innsbruck.

Promotion zum Doktor der Literaturwissenschaften (Geschichte) an der Universität Padua.

Promotion zum Doktor der Medizin an der Universität Innsbruck.

Promotion zum Doktor der Medizin an der Universität Innsbruck.

Promotion zum Doktor der Medizin an der Universität Innsbruck.

Promotion zum Doktor der Philosophie (Germanistik-Kunstgeschichte) an der Universität Innsbruck.

Sponson zum Magister der Sozial- und Wirtschaftswissenschaften (Betriebsinformatik) an der Universität Wien. Diplomarbeit: „Systemanalyse als Methode zur EDV-Organisation und -einsatzplanung im kommerziellen Bereich“.

Promotion zum Doktor der Pharmazie an der Universität Florenz.

Promotion zum Doktor der Medizin an der Universität Innsbruck.

Promotion zum Doktor der Medizin an der Universität Innsbruck.

Promotion zum Doktor der Philosophie (Psychologie) an der Universität Salzburg. Dissertationsthema: „Aufbau primärer Verhaltensweisen bei geistig behinderten Kindern über ein Verhaltenstraining der Eltern in der Gruppe“.

Promotion zum Doktor der Philosophie (Germanistik) an der Universität Innsbruck.

Graduierung zum Diplom-Ingenieur (Technische Physik) an der Technischen Universität Graz. Diplomarbeit: „Massenspektrometrische Untersuchungen mit Hilfe des Atomsonden-Feldionenmikroskops“.

Promotion zum Doktor der Medizin an der Universität Innsbruck.

Promotion zum Doktor der Literaturwissenschaften an der Universität Padua. Dissertationsthema: „Meran in deutscher Dichtung“.

Promotion zum Doktor der Medizin an der Universität Innsbruck.

Promotion zum Doktor der Literaturwissenschaften an der Universität Padua. Dissertationsthema: „Die Frauengestalten Hubert Mümmlers“.

Graduierung zum Diplom-Ingenieur (Bauwesen) an der Technischen Universität Graz.

Promotion zum Doktor der Literaturwissenschaften an der Universität Padua.

Promotion zum Doktor der Literaturwissenschaften an der Universität Padua. Dissertationsthema: „Beiträge zur Geschichte des Freien Tourns und des Herz-Jesu-Institutes“.

Promotion zum Doktor der Philosophie an der Universität Innsbruck.

Promotion zum Doktor der Medizin an der Universität Wien.

Promotion zum Doktor der Handelswissenschaften an der Katholischen Universität Mailand.

Promotion zum Doktor der Medizin an der Universität Innsbruck.

Promotion zum Doktor der Wirtschafts- und Handelswissenschaften an der Universität Verona. Dissertationsthema: „Die Raiffeisenkassen in Südtirol“.

Promotion zum Doktor der Literaturwissenschaften an der Universität Padua. Dissertationsthema: „Das Problem der historischen Biographie bei Stefan Zweig“.

Promotion zum Doktor der Pharmazie an der Universität Florenz. Dissertationsthema: „Struktur und Synthese einiger natürlicher Fettsäuren“.

Promotion zum Doktor der Philosophie an der Universität Innsbruck.

---

# skolast

Südtiroler Hochschülerzeitschrift

---

---

Herausgeber und Verwaltung:  
Südtiroler Hochschülerchaft,  
39100 Bozen, Waitherhaus, Tel. 2 46 14

---

Redaktion: HANS MAYR  
Verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes: WALTER FILL

---

Druck: Ferrari-Auer, Bozen

---

Skolast, 4—6 Hefte im Jahr      Einzelpreis Lire 500  
Abonnement: Italien Lire 2000  
                 Österreich 6S 70  
                 Deutschland DM 12

Italien: Postsparkasse Konto-Nr. 14/1177, Bozen  
Österreich: Creditanstalt - Bankverein Innsbruck, Konto-Nr. 89-64371  
Deutschland: Bayrische Staatsbank, München, Konto-Nr. 94-098

---

Die Artikel geben die Meinung der Autoren wieder.  
Eintragung: Landesgericht Bozen R. St. I/56, Erlaß vom 18. Juni 1956  
Spedizione in abbonamento postale - Gruppo IV, 70%.

---